

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Lenin im Oktober

Viele Ältere unter uns erinnern sich noch an die sowjetischen Filme „Lenin im Oktober“ und „Der Mann mit dem Gewehr“. Sie schildern eindrucksvoll den Aufbruch zu neuen Horizonten. Die Szenen vom Sturm der Arbeiter, der Matrosen und Soldaten meist bäuerlicher Herkunft auf das Petrograder Winterpalais wurden zur Legende. Der fast dokumentarische Bericht vom siegreichen Angriff auf die Festen eines halbfeudalen Kapitalismus hat sich uns tief eingeprägt. Vor neun Jahrzehnten leitete die Oktoberrevolution eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit ein. Daran kann auch die spätere Preisgabe der Sowjetunion und der meisten mit ihr verbundenen sozialistischen Staaten durch jene, welche das Erbe Lenins verrieten und auf die Positionen des Gegners übergingen, nichts ändern. Zwischen dem grandiosen Sieg von 1917 und der schmachvollen Niederlage von 1991 lagen heroische Jahrzehnte des Aufbaus einer neuen Gesellschaft und der die Völker Europas vor faschistischer Versklavung rettende Sieg der Roten Armee im Großen Vaterländischen Krieg. Wie könnten wir jemals das Bild des Sowjetsoldaten, der die rote Fahne mit Hammer und Sichel auf den Reichstag trägt, aus dem Gedächtnis verlieren! Und wie könnten wir außer acht lassen, daß sich der Sozialismus von Kuba bis China behauptet, daß der revolutionäre Weltprozeß – allen Widrigkeiten zum Trotz – weiter voranschreitet?

Sicher dürfte eine Revolution vom Oktober-Kaliber in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern auf sich warten lassen, obwohl auch dort jähe Wendungen nicht auszuschließen sind. Doch wir sollten uns der Worte Lenins erinnern, daß der Weg nach London und Paris über Kalkutta und Shanghai führt. Die ostindische 13-Millionen-Metropole Kalkutta, Verwaltungszentrum des über 80 Millionen Einwohner zählenden Unionsstaates Westbengalen, wird wie dieser seit mehr als 30 Jahren von einer kommunistisch-sozialistischen Einheitsfront regiert. Und über Shanghai weht das Banner der Volksrepublik China, deren Kommunistische Partei – alle Kaffeesatz-Prognosen sich auf Dalai-Lama-Empfänge kaprizierender Reaktionäre widerlegend – bei zeitweiliger Zulassung kapitalistischer Elemente in der Wirtschaft die Volksmacht entschieden verteidigt. 1989 ist die Konterrevolution hier nicht durchgekommen.

Mit seinen das Denken der beiden Großen des 19. Jahrhunderts weiterführenden Werken „Was tun?“, „Zwei Taktiken“, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“,

„Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus“ und „Staat und Revolution“, mit seiner „Iskra“ und der bolschewistischen „Prawda“ hat Lenin entscheidende theoretisch-ideologische Fundamente für den Oktobersieg gelegt. Mit gutem Grund reihten ihn die Marxisten in das Dreigestirn ihrer Klassiker ein. Wer Lenin von Marx und Engels trennen will und naiv behauptet, der geniale proletarische Strategie sei „lediglich ein russischer Marxist“ gewesen oder passe nicht zum wurzellosen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, stellt die geschichtliche Wahrheit auf den Kopf. Es ist doch kein Zufall, daß jene, welche im Dezember 1989 den Revisionisten Bernstein aus der Mottenkiste holten, im gleichen Atemzug Lenin „entsorgten“. Wer schon im März 1990 von sich sagte, er rücke „nur“ in den Fragen der Macht und des Eigentums vom Marxismus ab, der muß Lenin, dessen Partei die alten Macht- und Eigentumsstrukturen radikal zerschlug, als blanken Horror empfinden. Deshalb hören wir gut hin, wenn Oskar Lafontaine die Macht- und Eigentumsfrage aufwirft. Das ist ein wichtiger Ansatz für gemeinsames Handeln linker Kräfte.

Als die von „Bürgerrechtlern“ flankierte und sich mit ihnen tarnende Reaktion 1989 in der DDR wieder Aufwind bekam und nach den Märzahlen 1990 ans Ruder gelangte, erging sie sich zunächst in Bilder- und Schilderstürmerei. Viele uns teure Namen wurden getilgt. Die Konterrevolutionäre wagten es aber nicht, sich an Marx und Engels zu vergreifen. Deren Standbild im Berliner Zentrum blieb daher ebenso erhalten wie die nach Karl Marx benannte Ostberliner Magistrale. Die Sieger auf Zeit ließen ihre Wut indes an Lenin aus. Sein Monument landete in einer Kiesgrube. Der Platz in Berlin, auf dem es gestanden hatte, wurde wie die Allee gleichen Namens umgetauft. Warum scheinbare Gelassenheit im ersten und hysterische Eile im zweiten Falle? Marx und Engels waren nach den Vorstellungen der Ausbeuter „lediglich“ die Erfinder einer explosiven und gefährlichen Idee, ohne sie zu verwirklichen. In Lenin sahen sie zu Recht den Kopf der proletarischen Revolution, die ihnen ans Leder ging. Er setzte die Gedanken von Marx und Engels in die Tat um. Das entfesselte den ganzen Haß des Klassenfeindes und seiner Nachäffer. Der Anti-Leninismus wurde zur Speerspitze des Antikommunismus. Ihn ständig zu entlarven und zu bekämpfen, ist unser Beitrag zum 90. Jahrestag des Roten Oktober.

Klaus Steiniger



INHALT

Von der Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins	S. 2
90 Jahre nach dem Sturm auf das Winterpalais	S. 4
Clara Zetkin über Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution	S. 5
Zehn Tage, die die Welt erschütterten	S. 6
Wie stand Lenin zum Aufbau des Sozialismus in einem Lande?	S. 7
Vorurteilsfrei und illusionslos	S. 8
Militarisierung im Inneren	S. 9
Das Zeug zu Crassus	S. 10
Wie faule Äpfel die ganze Horde anstecken	S. 11
Irene Wosikowski, la femme allemande	S. 12
Die Sozialistin Gerta Taro starb in Spanien	S. 13
Wer waren Hitlers Steigbügelhalter?	S. 14
Hysterische Historiker	S. 15
Wie Medien und Politiker der BRD die antichinesische Karte spielen	S. 16
■ Womacka bekennt Farbe RF-Extra I-IV	
Auf die deutsche Klassenjustiz ist immer Verlaß	S. 17
Wenn der Verstand stillsteht	S. 18
Start mit einer Pferdestärke	S. 19
Fähnrich Johannes	S. 20
Der rastlose Frank	S. 20
Vor 60 Jahren beschloß die UNO Palästinas Teilung	S. 21
Krokodilstränen um Myanmar	S. 21
Die PSUV in Venezuela:	
Massenorganisation als Partei?	S. 22
Solidarisch mit Ungarns Kommunisten	S. 23
Vietnams Agent-Orange-Opfer	S. 23
Rußland: Orthodoxer Obskurantismus	S. 24
Diether Dehm schrieb den Partisanenroman „Bella Ciao“	S. 25
Weltklassemportler Walter Meier:	
Zehnkämpfer, Humorist, Optimist	S. 26
Archie am Schwarzen Meer	S. 27
Zum 100. Geburtstag von Erich Wustmann	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Wir berichten von der 4. Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins Unsere politische Heimat

Der „RotFuchs“ ist meine politische Heimat. So lautete der Tenor vieler Äußerungen auf der 4. zentralen Mitgliederversammlung des Fördervereins am 22. September in Berlin. Denen, die das sagten, waren der Stolz und die Gewißheit, im RF einen zuverlässigen Freund gefunden zu haben, der Halt und Orientierung gibt, geradezu ins Gesicht geschrieben. Rund 150 Genossinnen und Genossen aus fast allen bis jetzt bestehenden 24 Regionalgruppen nahmen an der Beratung teil, die von „Quijote“ aus Chemnitz mit einem auf hohem künstlerischen Niveau gebotenen Konzert eröffnet wurde. Die Lieder, die Kämpfe des Antifaschismus und der internationalen Arbeiterklasse einbanden, rührten an Herz und Verstand der Versammelten.

Im Bericht hob der Vorsitzende des Fördervereins Rolf Berthold hervor, daß sich die Zeitschrift zu einer anerkannten und einflußreichen Tribüne von Kommunisten und Sozialisten in Deutschland entwickelt habe. Sie werde im Kleinen Buchladen in Berlin und in weiteren 15 Geschäften der Branche angeboten und liege in mehreren Lesesälen aus. Für ihre Popularität spreche auch, daß nicht wenige Verlage und Vereine durch Beilagen werben. Der „RotFuchs“, der in größeren Bibliotheken des Landes gesammelt und aufbewahrt werde, gehe oft von Hand zu Hand, man gebe ihn an Gleichgesinnte weiter. „Wir wissen von sieben oder acht Lesern desselben Exemplars.“ Etliche von ihnen haben sich an den in der letzten Zeit geführten Diskussionen beteiligt, mit denen der RF die kollektive Verständigung zu Fragen des Charakters der Ereignisse von 1989/90, zur Konterrevolution, zu den Ursachen unserer Niederlage, zur geschichtlichen Bedeutung von 40 Jahren Sozialismus in der DDR angeregt hat. Damit sind grundsätzliche politisch-ideologische Positionen in die Debatte eingebracht worden, die zu mehr Klarheit und klassenmäßigem Urteilsvermögen geführt hat. „So stellen wir dem“, betonte Rolf Berthold, „was die Bourgeoisie Zeitgeist nennt, unsere marxistische Sicht entgegen. Wir haben an unserer Linie festgehalten, die Dinge beim Namen zu nennen“. Denn nur, wenn die fundamentalen Probleme geklärt seien, könne man richtige Antworten auf Einzelfragen finden und eine exakte Handlungsorientierung festlegen. Scharf geißelte der Redner die Politik der in der BRD Herrschenden. „Die Beteiligung an Kriegen gegen andere Völker ist längst gängige Praxis. ... Ohne



Sabine Kühnrich von der Gruppe „Quijote“ erntete stürmischen Beifall

Wenn und Aber sind wir gegen deutsche Kriegseinsätze im Ausland, gegen die Stationierung der Bundeswehr außerhalb der Landesgrenzen. Wir halten an der bewährten Forderung fest: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen! Auch darf in unserem Land nie wieder Faschismus herrschen. Wir erleben gerade hier eine gefährliche Entwicklung. ...Die radikale Rechte verfügt nicht nur über ein starkes ökonomisches Hinterland,

sondern besitzt auch in den Machtorganen Wortführer und Verbündete.“ Walter Krüger (RG Güstrow) veranschaulichte in seinem Diskussionsbeitrag, wie er – ein unter dem Naziregime Aufgewachsener – nun zur Kenntnis nehmen müsse, daß faschistische Kräfte gerade auch in Mecklenburg-Vorpommern erneut erstarken. Doch es gehöre zu den positiven Entwicklungen unserer Zeit, daß der Widerstand gegen die Politik des Imperialismus wächst. Heiligendamm wird in die Geschichte der Klassenausinandersetzungen des 21. Jahrhunderts eingehen, unterstrich Rolf Berthold. Die „junge Welt“, deren Chefredakteur Dr. Arnold Schölzel als herzlich begrüßter Gast an der Versammlung teilnahm, hatte sich daran aktiv beteiligt, was ihr – wie er sagte – viele neue Leser eingebracht habe.

Auch der „RotFuchs“ war und ist überall dabei. Mehr als 21000 ständige Leser warten Monat für Monat auf sein pünktliches Erscheinen. Jeden Tag kommen neue Interessenten hinzu. Das liegt daran, daß der RF seine Rolle als kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator immer besser wahrnimmt, was sich auch in einer beeindruckenden Bilanz der Entwicklung des Fördervereins niederschlägt. In ihm sind inzwischen 1240 Genossinnen und Genossen organisiert. Allein in Berlin haben seit der



Rolf Berthold nahm ein Bild des Chemnitzer Malers Walter Fischer als Geschenk für den RF entgegen

Fotos: Armin Neumann

letzten zentralen Mitgliederversammlung 76 neue Mitstreiter um Aufnahme gebeten, wie Dr. Ernst Heinz, Vorsitzender der Regionalgruppe, in der Diskussion mitteilte. Hier bewährt sich seit langem die Linie des RF, Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch zusammenzuführen und den Meinungsaustausch freimütig und solidarisch zu gestalten. So hat auch Gert Julius, der DGB-Kreisvorsitzende von Tempelhof-Schöneberg, den Weg zum „RotFuchs“ gefunden. In seinen gewerkschaftlichen Kämpfen stärkt ihm unsere Zeitschrift das Rückgrat.

In fast allen Teilen Ostdeutschlands sind RF-Regionalgruppen präsent. Sie entstehen nicht, weil der Vorstand es veranlaßt. Ausnahmslos alle haben sich durch Eigeninitiative gebildet. So auch die Gruppe in Bitterfeld-Wolfen, über deren Start ihr Vorsitzender Dr. Walter Schmidt sprach. Seine wichtigste Erfahrung: Viele warten darauf, angesprochen zu werden. Die Reserven sind noch lange nicht ausgeschöpft. Auf der Mitgliederversammlung wurde deshalb beschlossen, an dieser Struktur festzuhalten und sie weiter auszubauen.

Markenzeichen vieler Gruppen sind gut besuchte Bildungsveranstaltungen, mit denen ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Verbreitung unserer wissenschaftlichen Weltanschauung geleistet wird. Unterstützung fand der Vorschlag aus der Berliner Regionalgruppe, neben der Beratung theoretischer Themen von Zeit zu Zeit über grundsätzliche Artikel des RF öffentlich zu debattieren.

Die vor zwei Jahren beschlossenen Leitsätze des Vereins bleiben weiterhin Grundlage der Arbeit. Sie stellen gewissermaßen unsere Programmatik dar und sollten nach Kräften verbreitet und erläutert werden. Auch jüngere Menschen können wir damit erreichen. Das bekräftigte Georg Dorn aus Berlin, der über seine Erfahrungen im Kontakt mit Jugendlichen berichtete. Aus einem zufälligen Treffen mit jungen Leuten sind inzwischen feste Bindungen geworden, in denen es, wie der Redner betonte, „so richtig zur Sache geht“. Die Themen der Zusammenkünfte seien von seinen Gesprächspartnern selbst ausgewählt worden, was beweise, daß sich die Generationen gegenseitig brauchen.

Zu erwähnen wäre noch, daß sich der „RotFuchs“-Förderverein auch in der linken Öffentlichkeit mit zahlreichen Veranstaltungen profiliert hat. Die meisten Regionalgruppen verstanden es, vertrauensvolle Beziehungen zu anderen Organisationen aufzubauen, ohne dabei ihr Profil und ihre Eigenständigkeit einzubüßen.

Nach Abschluß der Diskussion wurde der Bericht des Vorstandes einstimmig bestätigt. Der gleiche Geist bestimmte auch die Wahl des nunmehr 24köpfigen Vorstandes und der Revisionskommission. Einstimmig wurden wiedergewählt: Botschafter a. D. Rolf Berthold als Vorsitzender, Prof. Dr. Götz Dieckmann als stellvertretender Vorsitzender, Jürgen Thiele als Kassierer. Mit der Aufgabe des Vorsitzenden der Re-



„junge Welt“-Chefredakteur Dr. Arnold Schölzel begrüßte die Teilnehmer



Von Beginn an dabei: Gerda Klabuhn

visionskommission wurde erneut Dr.-Ing. Peter Tichauer betraut.

RF-Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger wurde unmittelbar nach der Versammlung vom neuen Vorstand abermals in diese Funktion berufen. Als letzter Diskussionsredner hatte er die Meinung aller im Saal zum Ausdruck gebracht: „Wir sind nicht in der imperialistischen BRD angekommen. Wir gedenken auch nicht, jemals in ihr anzukommen. Am Vorabend des 90. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sagen wir, Rosa Luxemburgs berühmte Worte erweiternd: Wir waren, wir sind und wir bleiben unter dem Banner von Marx, Engels und Lenin.“

Bruni Steiniger

Blick in den Saal



90 Jahre nach dem Sturm auf das Petrograder Winterpalais

Das Schlüsselereignis der Epoche

Der Prozeß des Übergangs der antimonarchistischen, bürgerlich-demokratischen Revolution (Februar 1917) in eine sozialistische Arbeiter- und Bauernrevolution (Oktober/November) verlief im Ganzen ohne Gewaltanwendung (mit Ausnahme der Erschießung von Teilnehmern der Arbeiterdemonstration durch die bürgerliche Regierung im Juli und des Kornilow-Putsches im August). Vor der Intervention von außen gab es kein Potential eines bewaffneten Konflikts innerhalb Rußlands.

Die Bourgeoisie und ihre Ideologen bemühen sich zum Erhalt der eigenen Diktatur darum, die Diktatur des Proletariats als unvereinbar mit Demokratie und Menschenrechten darzustellen. Das ist eine gewissenlose Lüge. Die Arbeitermacht drückt die Interessen aller werktätigen Schichten aus, das heißt der Hauptmasse des Volkes. Natürlich, erklärte Lenin, beschäftigt uns in der ersten Zeit nach der proletarischen Revolution vorrangig die Aufgabe, den Widerstand der Bourgeoisie zu überwinden, keine Rückkehr der Ausbeuter zuzulassen. Es geht dabei aber nur um eine kurzzeitige Gewaltanwendung und nicht hauptsächlich um Gewalt.

Die Praxis von Jahrhunderten zeigt, daß es keine Staaten außerhalb der Klassen, über den Klassen und ohne die Herrschaft von Klassen geben kann. Nach dem ersten marxistisch-leninistischen Entwurf sollte der Staat der proletarischen Diktatur ein breites Spektrum von Rechten und Freiheiten der Persönlichkeit gewährleisten. Aber, so unterstreicht Lenin, jede Freiheit ist ein Betrug, wenn sie dem Interesse an einer Befreiung der Arbeit von der Unterdrückung des Kapitals widerspricht. Die Bourgeoisie hat die von der Sowjetmacht durchgesetzte, tief demokratische Einheit eines Rechts auf Arbeit mit der Pflicht zu arbeiten als „Totalitarismus“ deklariert. Dabei ist das nur eine vernünftige Norm des ausgewogenen menschlichen Zusammenlebens. Schon die I. Internationale hatte das Prinzip: Es gibt keine Pflichten ohne Rechte – es gibt keine Rechte ohne Pflichten. Gestützt auf diese Maxime hatten die Sowjetmenschen 70 Jahre staatlich garantierte Rechte auf Arbeit und Erholung, kostenlose Bildung und unentgeltliches Gesundheitswesen, ein Recht auf Wohnraum und gesichertes Alter.

Anfang 1920 gab es in Rußland fünf gesellschaftlich-ökonomische Systeme: das sozialistische, das staatskapitalistische, das privatkapitalistische, das der kleinen Warenproduktion und ein patriarchalisches. Technologisch und organisatorisch-technisch war dem sozialistischen System (Volkseigentum und Genossen-

schaften) das staatskapitalistische und zum Teil auch das privatkapitalistische verhältnismäßig nahe. Um ihr positives Potential zu nutzen und gleichzeitig ihre raubtierartige Natur einzuschränken, bedurfte es einer starken Arbeitermacht, die



über die Kommandostellen des Staates verfügte, die Großindustrie, die Finanzwirtschaft, den Außenhandel, die Presse, die bewaffneten Organe und andere Bereiche kontrollierte. Eine sozialistische Entwicklungsrichtung wäre ohne diese Bedingungen nicht möglich gewesen. Diese Aufgabe sollte die Neue Ökonomische Politik (NÖP) erfüllen. Eingeführt wurde sie im Jahre 1921. Nach Lenins Auffassung bestand ihr Sinn im Bündnis der proletarischen Avantgarde mit der breiten Masse der Bauernschaft. Fehlerhaft wurde lange Zeit in der wissenschaftlichen Literatur der Inhalt der NÖP lediglich auf die Entfaltung des „freien Marktes“ reduziert. In ihren Rahmen gehörte aber auch die Industrialisierung des Landes, der Übergang der Volkswirtschaft zur energetischen Basis der Elektrizität, die Kollektivierung der Landwirtschaft und eine allumfassende Kulturrevolution. Eine nur marktwirtschaftlich verstandene NÖP widerspricht der grundlegenden Weisung Lenins über Planung, und zwar ausgehend von den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung an Nahrungsmitteln und Energie, und über die Teilnahme der Staatlichen Plankommission an der Gesetzgebung. Besonders hervorzuheben sind die Ergebnisse der Umgestaltung auf kulturellem

Gebiet. Das vorher zu drei Vierteln von Analphabeten besiedelte Rußland wurde in einer historisch sehr kurzen Zeitspanne zu einem Land, in dem am meisten gelesen wurde. Die Sowjetmacht sicherte ein beispielloses Aufblühen von Wissenschaft und Kultur.

Der Sieg über den Faschismus kostete das sowjetische Volk große Opfer. Mehr als 8,5 Millionen Soldaten der Roten Armee fielen auf den Schlachtfeldern, fast 20 Millionen Kriegsgefangene und friedliche Bürger wurden von den Besatzern umgebracht. Etwa drei Millionen Kommunisten kamen ums Leben. Im Grunde genommen hat das Land eine ganze Generation verloren, die von der Sowjetmacht erzogen wurde und beispielhaft war in Bewußtsein und Selbstlosigkeit, in Kühnheit und Arbeitsliebe beim Kampf für den Sozialismus. Dieser Verlust hatte schwere negative Folgen.

Die Lehren des Bürgerkrieges und des Großen Vaterländischen Krieges sowie der reaktionären Rückwende 1991 bis 1993 bestätigen die Worte Lenins, daß eine Revolution nur dann etwas wert ist, wenn sie auch dazu in der Lage ist, sich zu verteidigen. Es ist kein Zufall, daß die verräterische Revision der Errungenschaften und Siege, die Angriffe auf die sowjetische Gesellschaftsordnung mit Anschuldigungen gegen Kommunisten und die

Armee, mit dem sogenannten Entpolitisieren der Streitkräfte im bürgerlichen Sinne, verbunden wurden. Eine sichere Zukunft kann nur eine sozialistische Gesellschaft haben, die diese Lehre gründlich beherzigt. Es ist festzustellen, daß die UdSSR vom Standpunkt tiefergehender ökonomischer und sozialer Voraussetzungen trotz aller Errungenschaften bis zu ihrer Zerstörung im Jahre 1991 noch nicht über den historischen Rahmen eines frühen Sozialismus hinausgekommen war. Sie hatte also die Aufgaben der Übergangsperiode noch nicht voll gelöst.

Erstens wurde viel zu lange die unterschiedliche technologische Ausrüstung der Volkswirtschaft beibehalten. Es blieb ein hoher Anteil schwerer physischer Arbeit: in der Industrie bis zu 40 %, im Bauwesen 60 % und in der Landwirtschaft noch mehr. Das behinderte eine reale Ver gesellschaftung der Produktion.

Zweitens war jahrelang nur von zwei Sektoren der sowjetischen Ökonomie die Rede: dem volkseigenen und dem genossenschaftlichen Sektor. Die immer größer werdende Schattenwirtschaft übersah man völlig.

Drittens wurde die soziale Struktur in der Gesellschaft seit Mitte der 30er Jahre unverändert vereinfacht dargestellt: Arbeiterklasse, Kolchosbauern und werk-

tätige Intelligenz. Ihre Evolution und die Aufgabe der zielstrebigsten Überwindung der Klassenunterschiede ignorierte man. Wenn die Zeit von Mitte der 60er bis Mitte der 80er Jahre als Stagnationsperiode deklariert wird, dann stimmt das nicht ganz. Einen vollen Stillstand kannte die sowjetische Planwirtschaft nicht. Leider gab es aber bestimmte Stagnationsprozesse in Schlüsselbereichen, praktisch eine Abschottung von der wissenschaftlich-technischen Revolution der entwickelten kapitalistischen Staaten.

Die erste Etappe der Konterrevolution (1985–1988) verlief getarnt. Erst nach grundlegenden Kaderumstellungen, nach totaler Inbesitznahme der Massenmedien durch die Rechten und Zerstörung der ökonomischen Stabilität der Gesellschaft wurde zur Beseitigung der Sowjetmacht

übergegangen. Besonders rechte Positionen nahm die Mehrheit des Volksdeputiertenkongresses der Russischen Föderation ein, deren Anteil an Arbeitern und Bauern unter 6 % lag!

Nach der Wahl Jelzins zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Russischen Föderation und zweideutiger Festlegung der „Souveränität“ der RF innerhalb der Sowjetunion entstand eine Art Doppelherrschaft von Union und Rußland, die zu ständigen Konflikten führte und mit dem Augustspektakel 1991 ihren Abschluß fand. Hinter den Kulissen der Vorgänge waren USA-„Berater“ allenthalben aktiv. Auf der Bühne aber lief eine Posse in drei Akten: Vortäuschung eines Putsches, Vorpiegelung seiner Zerschlagung; Verbot der KPdSU und Verhaftung von Vertretern der gesetzlichen Macht. Dem folgte

schließlich der echte Putsch mit dem Auseinanderjagen des letzten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR ohne jegliche gesetzliche Grundlage. Anschließend trat die Sowjetunion mit dem berüchtigten Abkommen von Beloweshje von der Weltbühne ab.

Dennoch sei betont: Im Oktober 1917 hat der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab begonnen. Dieser epochale Veränderungsprozeß nimmt allen Rückschlägen und Schwankungen zum Trotz seinen Fortgang.

Richard Kosolapow

Der Verfasser dieser Thesen war bis April 1986 Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift „Kommunist“.

Übersetzung: Dr.-Ing. Peter Tichauer

Clara Zetkin über Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution Höhepunkt, aber nicht Abschluß

Es ist sehr wertvoll und verdient ernsteste, nachdenkende Aufmerksamkeit, was Rosa Luxemburg in der Nachlaßbroschüre [„Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung“] ... über die bolschewistische Politik bei der Durchführung der *proletarischen Diktatur* äußert. Nicht, daß es meiner Meinung nach in allen Punkten zutreffend wäre. Seine Bedeutung beruht in anderem. Rosa Luxemburg weist hier eindringlich hin auf vielverschlungene Probleme und riesige Schwierigkeiten, die dem Proletariat erst *nach* seinem ersten entscheidenden Siege – der Eroberung der politischen Macht – entgegenzutreten, auf ungeheure Verantwortlichkeiten, die ihm dann mit seiner Diktatur zufallen. Es hieße eine verderbliche Vogel-Strauß-Politik treiben, wollten ... wir Kommunisten den Blick vor dieser schicksalsschweren Perspektive verschließen.

Mit der Ergreifung der Staatsgewalt steht das Proletariat durchaus nicht am Ende seines mühe-, gefahren- und opferreichen Weges, vielmehr vor neuen harten Aufgaben und Kämpfen. Aus der Hölle des Kapitalismus kann es nicht mit einem einzigen, gewaltigen, sehnsuchtsgeschwellten Flügelschlag in das kommunistische Paradies fliegen. Es hat das Fegefeuer der Übergangszeit zu durchwandern, und diese muß im Zeichen seiner Klassenherrschaft, seiner Diktatur stehen. So wollen es nicht etwa Rachegeleüste und Herrschsucht des Proletariats, so zwingt es die Bourgeoisie auf, die sich mit Nägeln und Zähnen gegen die Ausrottung des Kapitalismus und die Aufrichtung der kommunistischen Ordnung wehrt.

Die proletarische Diktatur ist bei Lichte betrachtet Notwehr zum Schutze und für die Weiterentwicklung der Revolution und ihrer Errungenschaften. Sie muß der Bourgeoisie die Macht, die Hoffnung

rauben, je wieder mit List oder Gewalt ihre Herrschaft aufrichten zu können. Sie muß Angriffen gegen die neue Ordnung möglichst vorbeugen, und sie muß solche Angriffe niederschlagen. Das siegreiche Proletariat bedarf des Friedens als Voraussetzung für die Konzentration seiner Kräfte auf das Wegräumen des Schuttes der kapitalistischen Ordnung und auf die Gestaltung der höheren Gesellschaft. Seine Riesenaufgaben fordern äußerste „Menschenökonomie“. Es darf nicht nach dem bluttriefenden Muster des Kapitalismus Menschen vernichten, Menschen verkümmern machen, es muß darauf bedacht sein, möglichst alle zu schöpferischer Arbeit heranzuziehen. Allein:

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben,
Wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“

Nach der Aufrichtung des Proletariatsstaates noch vorhandene Besitzesmacht, kapitalistische Macht, ist und bleibt „ein böser Nachbar“. Die proletarische Herrschaft und Diktatur ist mithin wohl ein Höhepunkt, jedoch nicht der Abschluß der Klassenkämpfe eines Landes. ... Der Charakter und die einzelnen Maßnahmen der proletarischen Diktatur spiegeln das Stärkeverhältnis der Klassen ab, die unter ihr miteinander ringen. Ebenso die Stufe der Reife und Macht, die das Proletariat bereits erreicht hat, wie die Macht und den Widerstandswillen, den die Verteidiger der alten, kapitalistischen Welt noch aufbringen. Es liegt auf der Hand, daß die proletarische Diktatur um so milder und großzügiger sein kann, je stärker und befestigter die Macht des schaffenden Volks ist, je schwächer und bedeutungsloser die Kraft seiner Feinde.

Die Ausübung der Diktatur selbst ist eines der schwersten Probleme, das vom Proletariat in der Übergangszeit zum Kommu-

nismus bewältigt werden muß. Wo ist die Grenze, bis zu der sich unter der Diktatur des Proletariats eine unvermeidliche Einschnürung, ja Verneinung der allgemeinen staatlichen Rechtsgarantien noch verträgt mit der notwendigen Demokratie, die Lebensluft für die Entwicklung und Betätigung der breiten, schaffenden Massen ist und damit für die Zielerfüllung der Revolution selbst? Wo ist die Grenze, an der Pflicht und Recht der Mehrheit hart zusammenprallen mit Pflicht und Recht der Minderheit, ja des einzelnen? ...

Das alles [geschieht] im Banne der Revolution, die die alten sozialen Tafeln über die Bindungen von Mensch zu Mensch zerschlägt, ehe noch die neuen, höheren fertig beschrieben sind. In Zeiten, wo der stürmische Wirbel des geschichtlichen Vergehens und Werdens an die Oberfläche reißt, was in friedlichen Tagen in der Tiefe der Menschheit und der Gesellschaft ruht. Nicht immer bloß lauterer Gold, auch Schlamm und vulkanische, ausgebrannte Schlacken. Und der Krieg ist ein schlimmer „Erzieher“, mag er zwischen den Völkern oder den Bürgern eines Landes toben. Er reißt die Gitter der Zivilisation, der Menschlichkeit nieder und läßt wilden Bestien gleich Neigungen, Triebe, Leidenschaften hervorberechen, die den Menschen aus dunkler, tierischer Vergangenheit überkommen sind und für gewöhnlich unter der Schwelle des Bewußtseins schlummern. So sind es schwerste Belastungsproben für die politische und menschliche Reife, die die Diktatur des Proletariats diesem, seiner führenden Partei, jedem Revolutionskämpfer bringt. Gewissenskonflikte, die sich nicht durch Schlagworte und allgemeine geschichtliche Wahrheiten übertäuben lassen, ...

Aus: Clara Zetkin, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 2, Dietz-Verlag, Berlin 1960

Ausgewählt von Prof. Dr. Eike Kopf

Die Spur des Oktober wird nicht in Äonen untergehen

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Die Oktoberrevolution als dritte russische Revolution kann in ihren Ursachen und in ihrer Bedeutung nur verstanden werden, wenn sie als Konsequenz aus der Februarrevolution 1917, der zweiten russischen Revolution, begriffen wird. Der unmittelbare Auslöser der Februarrevolution war der imperialistische Krieg, an dem Rußland schon drei Jahre in Allianz mit England und Frankreich teilnahm. Lenin hatte vorausgesehen, daß dieser Krieg die Widersprüche der russischen Gesellschaft maßlos verschärfen werde. Die Niederlagen der zaristischen Truppen an den Fronten, ihre hohen Verluste, der grassierende Hunger der Massen steigerten deren Unzufriedenheit und setzten die Forderung nach dem Sturz der Selbstherrschaft auf die Tagesordnung. Auch in der Bourgeoisie, in deren Interesse der Krieg vor allem geführt wurde, zeigte sich Unbehagen. Sie wollte sich ebenfalls des Zaren entledigen. So brachte die Februarrevolution, die bürgerlich-demokratischen Charakter trug, einerseits die Provisorische Regierung als Machtdorgan der Bourgeoisie und andererseits die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hervor. Die Entscheidung mußte zugunsten der einen oder anderen Seite fallen. In seiner Arbeit „Über die Doppelherrschaft“ schrieb Lenin: „Die Grundfrage jeder Revolution ist die Frage der Macht im Staate. ... Worin besteht die Doppelherrschaft? Darin, daß sich neben der Provisorischen Regierung ... eine wirklich existierende und erstarkende andere Regierung herausgebildet hat: die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.“ Es handle sich um „eine Macht von demselben Typus, wie es die Pariser Kommune von 1871 war ...“ (LW, Bd. 24, S. 20 ff.)

In der Lösung der Machtfrage entschied sich das Schicksal Rußlands, das zur sozialistischen Revolution voranschritt. Der amerikanische Journalist John Reed schrieb als Augenzeuge der Ereignisse in seinem durch Lenin hoch bewerteten Buch „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“: „Die besitzenden Klassen wollten eine ausschließlich politische Revolution, die dem Zaren die Macht nähme und sie ihnen gäbe. Sie wollten aus Rußland eine Republik machen wie Frankreich und die Vereinigten Staaten oder eine konstitutionelle Monarchie wie England. Die Massen des Volkes dagegen wollten eine wirkliche Revolution in Industrie und Landwirtschaft.“ Vor allem ging es auch

um die Frage des Friedens. Die Forderung nach ihm wuchs in der halbjährigen Periode von Februar bis November 1917 Tag für Tag. Keine Verunglimpfungen der Bolschewiki und der Sowjets konnten die Massen davon abhalten, die Weiterführung der Revolution zu verlangen und die Politik der Partei Lenins zu unterstützen. Dies zeigten die drei großen Demonstrationen vom April, Juni und Juli 1917, auf denen „Alle Macht den Sowjets!“, „Nieder mit der Provisorischen Regierung!“ und „Beendigung des Krieges!“ die Hauptlosungen waren.

Lenin hatte stets darauf geachtet, den Zeitpunkt der Machteroberung nicht durch Verschwörungen zu gefährden. Eine unverfängliche Quelle, die französische Zeitung „Entente“, stellte damals fest: „Die Regierung Kerenski diskutiert und zögert. Die Regierung Lenin-Trotsky greift an und handelt. Letztere nennt man die Regierung der Verschwörer, aber das ist falsch ... Im Gegenteil, offen, kühn, unzweideutig, ohne ihre Ansichten zu verbergen, vermehrten sie (Lenins Anhänger) ihre Agitation, verstärkten sie ihre Propaganda in den Fabriken, in den Kasernen, an der Front, auf dem Lande, überall. Sie legten sogar den Tag für den bewaffneten Aufstand vorher fest ... Sie – Verschwörer? Nein, niemals ...“ (zitiert nach John Reed) Die Bolschewiki und die Sowjetmacht hätten sich nicht drei Tage halten, geschweige denn als Sieger aus dem Bürgerkrieg und über die ausländische militärische Intervention hervorgehen können, wäre ihnen nicht die Mehrheit der werktätigen Massen und der Soldaten sicher gewesen. Von einer Handvoll Verschwörer zu reden, die angeblich den Aufstand vom 7. November 1917 vollzogen hätten, ist nicht nur ahistorisch, sondern einfach lächerlich.

Lenin analysierte am Vorabend der Oktoberrevolution die Lage in Rußland sehr gründlich und verglich sie mit der Situation in Deutschland, um die in der Partei aufgeworfene Frage zu beantworten, wer mit der sozialistischen Revolution in Europa beginnen solle. Es gab Parteimitglieder, die der Meinung waren, daß die Deutschen beginnen müßten, weil sie die besseren Voraussetzungen hätten. Lenin vertrat demgegenüber die Auffassung, daß die Russen anfangen und die Deutschen folgen sollten. Er ging davon aus, daß nicht in erster Linie das ökonomische Niveau, sondern die politischen Bedin-

gungen darüber entschieden, ob ein Land für die Revolution reif sei.

In seinem Brief „An die Genossen Bolschewiki, die am Kongreß der Sowjets des Nordgebiets teilnehmen“, konstatierte Lenin am 8. Oktober 1917 das Heranreifen der proletarischen Weltrevolution. Eines der wichtigsten Anzeichen dafür erblickte er im Aufstand der Matrosen der deutschen Hochseeflotte im Sommer 1917. „Man bedenke“, schrieb er, „wie wir jetzt vor den deutschen Revolutionären dastehen. Sie können uns sagen: Wir haben nur Liebknecht, der offen zur Revolution aufgerufen hat. Seine Stimme wird hinter Zuchthausmauern erstickt. Wir haben keine einzige Zeitung, die offen die Notwendigkeit einer Revolution klarmacht, wir haben keine Versammlungsfreiheit. Wir haben keinen einzigen Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Unsere Stimme dringt nur schwach bis zu den wirklichen breiten Massen. Wir haben dennoch einen Aufstand versucht, obwohl unsere Chancen kaum eins zu neunundneunzig standen. Ihr russischen Revolutionäre und Internationalisten aber habt ein halbes Jahr freier Agitation hinter euch, ihr habt etwa zwei Dutzend Zeitungen, ihr habt eine ganze Reihe der Sowjet- und Soldatendeputierten, ihr habt in den Sowjets beider Hauptstädte gesiegt, auf eurer Seite stehen die ganze baltische Flotte und alle russischen Truppen in Finnland, und ihr antwortet nicht auf unseren Ruf zum Aufstand, ihr stürzt euren Imperialisten Kerenski nicht, obwohl die Chancen für den siegreichen Ausgang eures Aufstands neunundneunzig zu eins stehen.“ Lenin fügte mit Schärfe hinzu: „Ja, wir werden wirkliche Verräter an der Internationale sein, wenn wir in einem solchen Augenblick unter so günstigen Umständen einen Ruf der deutschen Revolutionäre nur mit ... Resolutionen beantworten.“ (LW, Bd. 26, S. 169 f.)

Heute wissen wir: Es wurde nicht mit Resolutionen, sondern mit der Revolution geantwortet. Die russischen Kommunisten mit Lenin an der Spitze scheuten sich nicht, mit der Durchführung der ersten proletarischen Revolution im 20. Jahrhundert den ganzen Haß der Weltreaktion auf sich zu lenken und die Verantwortung für die Entwicklung des internationalen Sozialismus, für den Verlauf des Menschheitsfortschritts zu übernehmen. Diese Revolution war eine objektiv herangereifte historische Notwendigkeit, und ihre Fortsetzung durch gleichgeartete Revolutionen in den westeuropäischen Ländern wäre zweifellos eine Chance gewesen, schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Welt grundlegend zu verändern.

Trotz der Niederlage des Sozialismus in Europa bleibt die russische Oktoberrevolution eine Großtat, „deren Spur nicht in Äonen untergehen wird“, wie Rosa Luxemburg in einem Brief aus dem Gefängnis geschrieben hat.

Dr. Rudolf Dix

Am 10. Oktober ist der ergebene Kommunist und bedeutende Musikschöpfer

Dr. h. c. Kurt Schwaen

in Berlin gestorben.

Noch im Alter von 97 Jahren bat er handschriftlich um den „RotFuchs“.
Wir verneigen uns vor einem großen Künstler und treuen Kampfgefährten.

Die Revolution im Rußland des Jahres 1917 durchbrach als erste die Kette des internationalen Imperialismus. Die russische Revolution sei aber – so Lenins Gedanke – gleichzeitig Auftakt, Vorspiel und Wegbereiter weiterer proletarischer Revolutionen in Europa, wobei er vor allem an Deutschland dachte. Diese Revolutionen würden ihrerseits die Revolution in Rußland und den Aufbau des Sozialismus dort sichern.

Wie verhält es sich angesichts dessen mit der – Marx und Engels gegenübergestellten – These, daß unter den Bedingungen des Imperialismus der Sieg der proletarischen Revolution (und der Aufbau des Sozialismus) nur in einem Lande oder einigen wenigen Ländern eine Gesetzmäßigkeit sei, wie wir es jahrhundertlang gelernt und (auch der Autor) unter Berufung auf die Leninschen Arbeiten „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ und „Über das Militärprogramm der proletarischen Revolution“ aus den Jahren 1915 und 1916 (LW, Bd. 21 und 23) gelehrt haben?

Bei Lenin findet sich in den ersten drei Jahren nach dem Roten Oktober kein Gedanke an einen Kurs auf den Sieg der proletarischen Revolution und den Aufbau des Sozialismus ausschließlich in Sowjetrußland. Er war vielmehr der Ansicht – und man kann das anhand einer Vielzahl von Aussagen belegen –, daß „es uns allein – der sozialistischen Revolution in einem Lande, selbst wenn dieses viel weniger rückständig wäre als Rußland, selbst wenn wir in leichteren Verhältnissen lebten als nach vier Jahren eines ... verheerenden Krieges – nicht möglich ist, mit den eigenen Kräften die sozialistische Revolution voll und ganz durchzuführen.“ (LW, 27, 409) „Wenn wir“ – so Lenin – „das Werk in unsere Hände genommen haben, so haben wir es in der Überzeugung getan, daß die Revolution in allen Ländern heranreift. Unsere Rettung ist die sozialistische Revolution in Europa. Der Endsieg unserer Revolution wäre eine hoffnungslose Sache, wenn sie allein bliebe.“ (LW, 27, 81) Das war der Standpunkt Lenins auch, als die Bolschewiki 1920 feststellen mußten, daß sie keine Unterstützung durch den Sieg proletarischer Revolutionen in anderen Ländern erhalten hatten.

Dabei verließ sich die Partei natürlich nicht einfach auf die Revolution anderswo, sondern unternahm alles, um die proletarische Herrschaft zu verteidigen und zu stärken und die „nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ in Angriff zu nehmen. Lenin konnte 1920 das Fazit ziehen, daß es dank ungeheurer Anstrengungen und unter großen Opfern (Kriegskommunismus, militärische Organisation und Führung der Wirtschaft und der Partei) gelungen war, zugleich mit der inneren Festigung der Sowjetmacht diese gegen die innere Konterrevolution und die ausländischen Interventionen zu behaupten. Man dürfe aber nicht vergessen, so schränkte er zugleich ein, daß die Gefahr für Sowjetrußland nicht gebannt sei, sie werde weiter bestehen, solange die Revolution nicht in einem

Wie stand Lenin zum Aufbau des Sozialismus in einem Lande? Aus der Not geboren

oder einigen fortgeschrittenen Ländern gesiegt haben wird. (LW, 31, 391 ff.).

Auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1921 resümierte Lenin für die verflossenen vier Jahre, daß „der Imperialismus außerstande war, Sowjetrußland zu erdrosseln“, obwohl er viel stärker sei als dieses, und daß er sich gezwungen gesehen habe, es zeitweilig anzuerkennen und Handelsverträge mit ihm abzuschließen. „Es entstand ein zwar äußerst unsicheres, äußerst labiles Gleichgewicht, das der sozialistischen Republik, natürlich nicht für lange Zeit, die Möglichkeit gibt, in der kapitalistischen Umwelt fortzubestehen.“ (LW, 32, 476) Rapallo war ein Zeichen dafür.

Jetzt konzentrierten sich die Gedanken Lenins darauf, ob sich daraus nicht neue Möglichkeiten für die Sicherung und Festigung der Sowjetmacht auch unter den Bedingungen der fortwährenden kapitalistischen Einkreisung und der Verlangsamung des Tempos und von Umwegen der internationalen revolutionären Bewegungen ergeben könnten. Das Schwerkgewicht („unser letztes Werk – zugleich das schwierigste, wichtigste und unfertigste“) mußte jetzt auf die Errichtung des ökonomischen Fundaments für das neue, sozialistische Gebäude an Stelle des zerstörten feudalen und halbzestörten kapitalistischen Baus gerichtet werden. (LW, 33, 37) Als Stichworte seien der Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP), die Arbeiten Lenins „Über das Genossenschaftswesen“ und „Über unsere Revolution“ wie überhaupt seine späteren Werke genannt.

Wir finden dabei aber nirgends, daß Lenin Bezug genommen hätte auf seine in den am Anfang angeführten Arbeiten von 1915 und 1916 oder daß er die These von der Möglichkeit und Gesetzmäßigkeit

des Sieges des Sozialismus in einem Lande verfochten hätte. Erst in den letzten Jahren seines politischen und wissenschaftlich-theoretischen Lebens 1921 bis Januar 1923 begann er, sich einer solchen Möglichkeit theoretisch und in der praktischen Politik zu nähern, wodurch die Sowjetmacht in die Lage versetzt werden sollte, sich, obwohl allein geblieben, in der feindlichen kapitalistischen Umwelt zu behaupten. Das wurde als der einzig mögliche revolutionäre Weg gewählt. Denn nur so konnte der Sowjetstaat versuchen, in der imperialistischen Einkreisung zu bestehen und zum Beispiel und Beistand für folgende Revolutionen zu werden. Es ist deshalb falsch, einen Gegensatz zwischen Weltrevolution und Aufbau des Sozialismus in der UdSSR zu konstruieren oder von einer Absage an die Weltrevolution durch den Kurs auf den Aufbau des Sozialismus zu sprechen. Aber auch angesichts der besseren Aussichten, daß sich die Sowjetmacht allein halten und den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung erfolgreich in Angriff nehmen könnte, warnte Lenin: Da das Kapital in der ganzen Welt miteinander verflochten sei, ersehe man daraus natürlich, daß es dem ganzen Wesen der Sache nach in einem einzelnen Land nicht endgültig besiegt werden könne. (LW, 32, 106)

Erst nach Lenins Tod wurde die These von der Möglichkeit und Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande zum Kernpunkt der Weiterentwicklung der Theorie der sozialistischen Revolution erklärt. Diese erwuchs aus dem Umstand, daß Sowjetrußland allein blieb und die Bolschewiki vor der Entscheidung standen, aufzugeben und reumütig in den Schoß der kapitalistischen Länder zurückzukehren oder dennoch den Aufbau einer neuen Gesellschaft, vorerst nur in einem und dazu ökonomisch rückständigen, durch Krieg, Bürgerkrieg und Intervention zerrütteten Lande, zu wagen.

Jetzt wurden die Leninschen Gedanken von 1915 und 1916 aufgegriffen, um dem Kurs der KPdSU auf Schaffung des Sozialismus in einem Lande ein theoretisches Fundament zu geben. Das erfolgte in Stalins Vorlesungen an der Moskauer Swerdlow-Universität „Über die Grundlagen des Leninismus“. Sie wurden nach Lenins Tod im Jahre 1924 gehalten. Dabei stellte man die Theorien von Marx und Engels einerseits und Lenin andererseits bezüglich der sozialistischen Revolution gegenüber. Interessant ist aber auch, daß in den besagten Vorlesungen zwar eine Vielzahl von Lenin-Aussagen zitiert wurde, die anfangs erwähnten zwei Lenin-Stellen zu dieser Thematik aber (noch) unerwähnt blieben. Sie wurden erst später zur Argumentation herangezogen und bildeten dann sogar deren Herzstück.

Prof. Dr. Gerhard Fricke

Der „RotFuchs“ trauert
um den herausragenden
marxistischen Historiker und
standhaften Kommunisten

Prof. Dr.
Lothar Berthold

**30. August 1926 –
12. September 2007**

Jeder positive Schritt der Partei „Die Linke“ findet unsere Unterstützung Vorurteilsfrei und illusionslos

Durch die Gründung der Partei „Die Linke“ hat sich die politische Landschaft der BRD deutlich verändert. Die Legierung aus PDS und WASG entwickelt sich zu einer gesamtdeutschen Kraft. In immer mehr Städten und Gemeinden des Westens, selbst Bayerns, entstehen Orts- und Kreisverbände. Auch Sozialdemokraten, die sich noch dem Erbe August Bebels verpflichtet fühlen, verlassen die Schrödersche Partei Deutschlands (SPD) und treten hier und dort der Linkspartei bei. Gewerkschafter entschließen sich zu diesem Schritt. Wenn Oskar Lafontaine in seiner Antrittsrede die Systemfrage andeutete, den Rückzug aus Afghanistan forderte, für ein breites Bündnis eintrat, direkte Demokratie, das Recht auf einen politischen Generalstreik und den Mindestlohn verlangte, dann war er sich dabei der Unterstützung vieler Menschen gewiß. Indes muß man das Werden und Wachsen der neuen Partei behutsam und konstruktiv, kritisch und mit Augenmaß begleiten. Anders ausgedrückt: vorurteilsfrei und illusionslos. Dabei sollte jeder positive Schritt unsere Unterstützung finden. Gleichzeitig dürfen unterschiedliche Positionen – vor allem auf theoretisch-ideologischem Gebiet – nicht verschwiegen werden. Denn faule Kompromisse in Grundfragen führen zu nichts Gutem.

Nach Ansicht Lafontaines sind die „Leitfiguren der Arbeiterbewegung“ Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Willy Brandt. Mit der Benennung der beiden ersten wird kein Marxist Schwierigkeiten haben. Wie ein Befreiungsschlag erklang auf dem KPD-Gründungsparteitag am 31. Dezember 1918 der programmatische Ruf Rosa Luxemburgs: „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner.“

Wer sich also auf Luxemburg und Liebknecht beruft, muß berücksichtigen, daß sie auf Marx und Engels fußten und der von Lenin geführten russischen Revolution stets verbunden waren, woran Rosas kritische Bemerkungen nichts änderten. Der Hinweis Oskar Lafontaines auf den langjährigen SPD-Parteivorsitzenden und Chef der Sozialistischen Internationale Willy Brandt zielte vermutlich darauf ab, Sozialdemokraten für die neue Partei zu interessieren. Indes darf man nicht verkennen, daß Brandt keineswegs nur Friedensnobelpreisträger war. Man erinnert sich auch an seine Rolle als Westberliner Frontstadt-Bürgermeister. Zu einer objektiven Geschichtsbetrachtung gehört, daß sein später von Egon Bahr ausgeführter „sanfterer Kurs“ ebenfalls auf die Beseitigung der DDR gerichtet war. Nicht ohne Grund wurde die Brandt-Linie auch als „Konterrevolution auf Filzlatzchen“ bezeichnet.

Die richtige Forderung Oskar Lafontaines „Freiheit durch Sozialismus“ darf die Erfolge der DDR nicht ausklammern.

Die DDR war die bisher größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Partei „Die Linke“ muß in ihrem Antifaschismus, in ihrem Widerstand gegen die imperialistische Kriege flankierende Politik der Merkel-Regierung und in ihrem Einsatz für die Armen und Schwachen der Gesellschaft unterstützt werden. Zugleich darf man nicht verschweigen, daß es uns um die Überwindung des kapitalistischen Systems und den Sozialismus geht. In diesen Dingen muß niemand bei Null anfangen.

Ohne Zweifel sind die subjektiven Voraussetzungen für eine vom Grundgesetz der BRD freigestellte Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und darüber hinaus gehende Umgestaltungen noch nicht herangereift. Deshalb ist linksradikales Revoluzzertum ebenso unsinnig wie die Verklärung eines nur „humaner“ zu gestaltenden Kapitalismus. Das Bemühen um tägliche soziale Belange muß mit programmatischem Weitblick verbunden werden.

Die Erringung der politischen Macht durch die vom Kapital ausgebeuteten Klassen und Schichten, in erster Linie die Arbeiter, ist ein langfristiger historischer Prozeß. Im Vordergrund stehen dabei die ökonomische, ökologische und soziale Fundierung des zu schaffenden sozialistischen Eigentums, die moralische und materielle Motivierung sozialistischer Eigentümer, eine wirklich sozialistische Demokratie und eine strikte Machtkontrolle. Wird nämlich die politische Macht des sozialistischen Staates nur um ihrer selbst willen praktiziert, dann sind gesellschaftliche Verwerfungen unvermeidlich. Natürlich muß der Staat auch in Zukunft bei der Gestaltung der neuen Gesellschaft eine überragende Rolle spielen. Attacken kleinbürgerlicher Politiker auf einen angeblichen „Staatssozialismus“ sind nur darauf gerichtet, Verwirrung zu stiften. Damit werden strukturelle Mängel der Vergangenheit böswillig fehlinterpretiert. Auch die anzustrebende Vielfalt der Eigentumsformen – staatlich-sozialistisches und genossenschaftliches Eigentum, das Eigentum von Handwerksbetrieben und Kleinunternehmen sowie die zeitweilige Nutzung kapitalistischer Formen – werden die Volkswirtschaft eines neuen Sozialismus prägen. Hierbei ist jede dogmatische Enge ebenso fehl am Platze wie das Abrücken von unverzichtbaren Bedingungen: Ohne sozialistisches Eigentum an den Schlüsselindustrien, den Großbanken, dem Außenhandel und der Finanzsteuerung gibt es keinen stabilen und effektiven Sozialismus. Die Profitdominanz zu brechen und gemeinschaftlich zu wirtschaften ist aber keineswegs nur über die bloße Änderung der Eigentumsverhältnisse zu erreichen. Auch im

Massenbewußtsein müssen tiefgreifende Wandlungen herbeigeführt werden. Die Konterrevolution in der DDR hat uns die Auswirkungen ihres Fehlens plastisch vor Augen geführt.

Die Frage der Regierungsbeteiligung einer Linkspartei im kapitalistischen Staat wird immer wieder aufgeworfen. Wer hierzu Patentrezepte erwartet oder für jede Situation passende Antworten sucht, verkennt die Tatsache, daß bei der Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses plötzliche Wendungen nicht auszuschließen sind. Dennoch ist grundsätzlich zu bemerken, daß der Ausgangspunkt jeder Analyse die realen Möglichkeiten eigener Einflußnahme auf die Politik einer Koalition sind. Deren Ergebnis entscheidet über Beteiligung oder Ablehnung. Die Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin waren oder sind Fehlkonstruktionen. In beiden Fällen wäre eine starke und kämpferische Opposition angebracht gewesen.

Natürlich wenden wir uns nicht gegen wirkliche Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Bevölkerung. Die erfolgreiche Tätigkeit vieler linker Bürgermeister und Abgeordneter, die strategische Übersicht und taktische Flexibilität miteinander verbinden, ergibt einen reichen Fundus zu theoretischer Verallgemeinerung.

Die Ideologen des Kapitals nutzen ihre Vorherrschaft im Äther und auf bedrucktem Papier, um alle Formationen der Linken zu bekämpfen. Dabei behaupten sie, ihre Sender und Zeitungen seien völlig ideologiefrei. Sprachregelung und Gleichschaltung bestimmen die bürgerliche Informationspolitik. Da werden Aggressionen zur Rohstoffsicherung als „friedenserhaltende Maßnahmen“ ausgegeben. Unter Verschweigen des enormen Zuwachses an gesellschaftlicher Produktivität wird beharrlich verbreitet, immer weniger Junge müßten künftig die Existenz einer überalterten Bevölkerung sichern. Rentenkürzungen durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit werden so als „demographisch erforderlich“ verkauft. Gesellschaftlichen Protest gegen rapide wachsende Unternehmerprofite und Managerbezüge prangert die Bourgeoisie als „Sozialneid“ an.

Besonders infam ist die Menschenrechtsheuchelei von Merkel & Co. Ihre Lieblingsadressaten für Belehrungszwecke sind derzeit Chinas und Rußlands Spitzenpolitiker. Doch hier bellt der Mops den Mond an. Unterdessen wird im eigenen Land das Grundrecht auf ein Leben in Frieden von Staatsterroristen rigoros unterlaufen. Gegen den Kurs der Drohung und Erpressung, der Faschisierung und Kriegsverstrickung müssen alle linken Kräfte unbedingt zusammenstehen.

Prof. Dr. Harry Milke

Die Bundeswehr bereitet sich auf den Einsatz an der „Heimatfront“ vor Militarisierung im Inneren

Grundsätze für Deutschland“ lautet der Titel des neuen Parteiprogramms der CDU. Vom Vorstand Anfang Juli beschlossen, soll es im Dezember auf dem Bundesparteitag verabschiedet werden. Bei seiner Vorstellung kommentierte die Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Merkel, einen Grundsatz, der für Schlagzeilen sorgte: Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Neu ist dieses Ansinnen nicht. Die Unionsparteien entwickelten schon vor Jahren Vorstellungen von einem „Heimatschutz gegen terroristische Gefahren“, dessen Kern die Bundeswehr sein müsse. Innenminister Schäuble, von Amts wegen oberster Hüter des Grundgesetzes, brachte es auf den Punkt: „Es macht auf Dauer keinen Sinn, daß die Bundeswehr überall auf der Welt vielfältige Aufgaben wahrnehmen kann, nur nicht in dem Land, in dem das Grundgesetz gilt.“ Durch die Aufhebung der verfassungsmäßigen Trennung zwischen äußerer (Landesverteidigung) und innerer Sicherheit sollen die unterschiedlichen Aufträge von Militär und Polizei „entgrenzt“ und vermischt werden. Der Einsatz der Bundeswehr zum Heimatschutz wird ebenso möglich wie der der Polizei im Ausland. Während Politiker angeblich noch das Für und Wider abwägen, ist die Einsatzvorbereitung der Bundeswehr weit vorangeschritten. Drei Beispiele als Beleg: der Auf- und Ausbau der personellen und territorialen Struktur, das stabsmäßige Training des Zusammenwirkens und die Ausbildung der Soldaten.

Nach zweijähriger Erprobung in drei Bundesländern wurden in diesem Jahr überall Landeskommandos bzw. das Standortkommando in Berlin eingerichtet. Unterhalb dieser Ebene entstehen in den Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten entsprechende Kommandos. Sie verstehen sich als „Ansprechpartner“ der jeweiligen Behörde bei Katastrophen. Die Landeskommandos sind mit aktiven Soldaten besetzt. Im Unterschied dazu kommen in den 31 Bezirks- und 426 Kreiskommandos Reservisten zum Einsatz. Ihrer damit wachsenden Bedeutung trug der Bundestag bereits Rechnung. Er hob 2005 das Ende der Wehrpflicht für Reservisten vom 45. auf das 60. Lebensjahr an und führte die Wehrdienstform „Hilfeleistung im Inneren“ ein. Mit der flächendeckenden Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ), wie sie offiziell heißt, beschreitet die Bundeswehr einen völlig neuen Weg: Es entsteht ein „engverknüpftes Netz“, das die „ressortübergreifende Reaktionsfähigkeit im Inneren“ stärkt, so der Generalinspekteur der Bundeswehr.

Hier geht es nicht mehr nur um Katastrophen, sondern um „Anti-Terror-Einsätze“. Das beweist u. a. LÜKEX 05 (Länderübergreifendes Krisenmanagement Exercise).

Dieser Stabsrahmenübung im Dezember 2005 lag eine unterstellte „angespannte Sicherheitslage mit terroristischer Bedrohung“ zugrunde. Unter Leitung des Innenministeriums probten das Bundeskanzleramt, sieben Ministerien und sechs Bundesländer das Zusammenwirken. Während der Übung kamen Kräfte der Bundeswehr (Heer, Luftwaffe, Marine, Zentraler Sanitätsdienst), Bundes- und Länderpolizei, Nachrichtendienste, Technisches Hilfswerk, Feuerwehr, Unternehmen der Wirtschaft und private Organisationen zum Einsatz. LÜKEX 05 diente auch der Vorbereitung der Bundeswehr auf die Fußball-Weltmeisterschaft.

In der Ausbildung der Soldaten wird der Einsatz gegen die Zivilbevölkerung geübt. Bei der Erläuterung des neuen Konzepts der „einsatzvorbereitenden Ausbildung für Krisenverhütung und Konfliktbewältigung“ (EAKK) nannte der zuständige General jene „Gefahren der Bedrohung“, denen in der Ausbildung verstärkt Rechnung getragen werden müsse. Zu ihnen gehören neben terroristischen Angriffen, auch „demonstrierende Massen“. Bei ihrem Truppenbesuch im November vergangenen Jahres konnte die Bundeskanzlerin sehen, wie so etwas vor sich geht. Soldaten in Polizeiausrüstung (Schutzschild, Helm mit Visier) gingen mit Schlagstöcken und Tränengas gegen eine „aufgebrachte Menschenmenge“ vor und bekamen eine gefährliche Situation in den Griff, „ohne sämtliche Eskalationsstufen ausreizen zu müssen“, so ein Berichterstatter. Nicht zu erfahren war, auf welcher Stufe die Schußwaffe zur Anwendung kommt oder Demonstranten als mutmaßliche Terroristen gezielt getötet werden. Damit die Bundeswehr Tränengas, auch Pfefferspray einsetzen darf – bisher war das in Verwirklichung des internationalen Chemiewaffen-Übereinkommens in der BRD verboten –, räumte der Bundestag

dieses Hindernis per Gesetz im Juli 2004 aus dem Weg.

Gesetzwidrige Bundeswehreinsätze fanden bereits wiederholt statt. Im Januar 2003 kamen Phantom-Abfangjäger über Frankfurt am Main zum Einsatz. Vier Jahre (Januar 2003 bis Ende 2006) bewachte die Bundeswehr mit insgesamt 14500 Soldaten USA-Liegenschaften in der BRD. Das war eine indirekte Teilnahme am Irak-Krieg! Der Einsatz von 7000 Soldaten zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 entschwand der öffentlichen Wahrnehmung durch den Deutschland-Taumel. Nicht so der beim G8-Gipfel. Vor allem die Tatsache, daß ein Geschwaderkommandeur den Einsatz von Tornados befahl, wirft ein Schlaglicht auf Denken und Handeln in Kategorien des Kampfeinsatzes gegen die Zivilbevölkerung.

Die Bundeswehr im Inneren diene der „Sicherheitsvorsorge zur Terrorismusabwehr“ behauptet die Regierung. Die unter diesem Schlagwort betriebene Sicherheitspolitik wird als Folge der von den Monopol-Medien geschürten Bedrohungsangst von einer Bevölkerungsmehrheit nicht gebilligt, aber widerstandslos hingenommen. „Terrorismusabwehr“ ist zu einem wirksamen Mittel geworden, um die bürgerlichen Rechte und Freiheiten weiter abzubauen und das Grundgesetz auszuhöhlen. Millionen werden unter den Generalverdacht des Terrorismus gestellt und überwacht. Die angebliche Sicherheitsvorsorge, die mit rigorosem Sozialabbau einhergeht, wird zur wachsenden Unsicherheit für die große Mehrheit der Bevölkerung. In Wirklichkeit geht es einer Minderheit um die Sicherung ihrer Besitz- und Machtverhältnisse im Inneren auch in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Widersprüche, um nach außen, wie es ein Sicherheitspolitiker nannte, „proaktiv, präventiv und umgestaltend in das Weltgeschehen“ eingreifen zu können.

Auch unter im einzelnen veränderten Umständen bestätigt die innere Entwicklung in der BRD die marxistisch-leninistischen Erkenntnisse über den Militarismus. Dazu gehören die Einschätzungen, die Karl Liebknecht in seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ vor einhundert Jahren traf. Militarismus ist eine spezifische Form der Politik antagonistischer Klassengesellschaften. Diese Politik stützt sich vorrangig auf die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt. Sie durchdringt nach und nach alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens und ordnet die gesamte Gesellschaft den reaktionären und aggressiven Zielen der Ausbeuterklassen unter. In diesem Zusammenhang erhält der Einsatz der Bundeswehr im Inneren seine wahre Begründung.

Dr. Dieter Hillebrenner

Ein großartiger Mensch und unerschütterlicher Kämpfer für den Sozialismus wird **95**. Dieses seltene Jubiläum begeht unser „RotFuchs“-Autor und lieber Freund

Herbert Thomas

am **29. November**.

Dem ehemaligen Buchenwaldhäftling gratulieren wir von ganzem Herzen.

Über Leute, die „Aufrührer“ erneut ans Kreuz nageln wollen

Das Zeug zu Crassus

Während des 10. „Wasserprotests“ Ende August in Zeulenroda gegen überhöhte Abwasserbeiträge nahm auch Bodo Ramelow, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag, als Gast das Wort. Er ist bekennender Christ und wurde auch als solcher vorgestellt. Ich wiederum bin bekennender Atheist. Dennoch habe ich keine Berührungsängste. Menschen verschiedener Konfession und Weltanschauung sollten – wie beim Wasserprotest – eine gemeinsame Sprache finden. In einem Interview während des Gipfels in Heiligendamm hatte Bodo Ramelow die Steinwerfer gerügt, aber aus meiner Sicht nicht heftig genug die Gewaltbereitschaft von Sondereinheiten der Polizei. Dazu wollte ich mich in seiner Gegenwart öffentlich äußern, kam aber aus Zeitgründen nicht mehr dran. Ein kurzes Gespräch im Anschluß befriedigte mich nicht. Deshalb hier folgendes:

Ich habe das Unmögliche während des massenhaften Protestes auf dem riesigen Gelände des Stadthafens erlebt. Rostock strotzte von Polizei. Nichts ging mehr. Der Strom wurde abgeschaltet. Hubschrauber störten bereits, bevor der Krach so richtig begann. Feuerwehren, Wasserwerfer und Räumpanzer rückten an. Die Journaille kam zu ihren bestellten Bildern über die „chaotischen Linken“. Deren Botschaft war eindeutig, weltweit. Angstmache: Da seht ihr's. Das sind die Unverbesserlichen. Die schlagen rücksichtslos alles zusammen. Also doch Chaoten, primitiv, hirnrissig, unterbelichtet? Was aber sind dann jene, gegen die sie auf die Straße gingen, deretwegen sie sich jagen und prügeln ließen? Jene, welche doch um so vieles klüger und menschlicher sein wollen? Jene, welche deren Wünsche und Forderungen nach einer anderen Welt nicht nur ignorieren, sondern mit brachialen Mitteln antworten ließen?

Dieser Krawall wurde provoziert. Wie sonst hätte der Einsatz von mehr als 15 000 Polizisten und Bundeswehrsoldaten gerechtfertigt werden können? Und die Millionen Euro, die für ein politisches Spektakel mit diesem blamablen Ergebnis zum Fenster hinausgeworfen wurden? Diese Gelder hätten x-mal gereicht, ungerechtfertigte Wassergebühren oder andere soziale Härten auszugleichen. Immer ging die verdeckte oder offene Gewalt zuerst von den Herrschenden aus. Jene, die dagegen aufbegehrten, wurden aufs Härteste bestraft.

Der römische Feldherr Crassus schlug einst den Sklavenaufstand nieder. Spartacus und seine Getreuen wurden zu Hun-

deten die Heerstraße Via Appia entlang ans Kreuz genagelt. Thomas Müntzer und seine gegen Leibeigenschaft und Feudalherren aufständischen Bauern endeten gepfählt, gevierteilt oder gerädert. Christus warf die Wucherer und Händler aus dem Tempel. Er liebte die Menschen und trat für die Armen ein: Eher kommt ein Kamel durchs Nadelöhr denn ein Reicher in den Himmel. Er war nach meiner Lesart ein Revolutionär, gewissermaßen der erste Kommunist. Seine Vision und sein Opfergang machten ihn zur Lichtgestalt. Auch er mußte am Kreuz sterben.

In Heiligendamm verschanzten sich die Lakaien des Kapitals, um es wider Mensch und Natur global aufzurüsten, obgleich sie nicht einmal die Hälfte der Erdbevölkerung repräsentierten. Entgegen jeglicher Beteuerung streuen sie mehr Salz in offene Wunden, statt heilen zu helfen. Unter den Stiefeln der Generäle und in den Zwangsjacken der Großbanken bluten und hungern die Völker der dritten Welt. Anstatt ihnen weniger zu stehlen, präsentierten sie halbherzige Versprechungen.

Wer gegen diese tödliche Arroganz auftritt, wird auch in Deutschland als Terrorist denunziert oder in dessen Nähe gerückt. Der bewußte Bürger wird verleumdet, gedemütigt und durch den Verfassungsschutz observiert. Da ist kein Telefon mehr sicher, weder ein PC noch die Haustür. Die Unschuldsvermutung entfällt. Jeder kann auf Anhieb zum Kriminellen gestempelt werden. Und Innenminister Schäuble, den die eigenen Narben ermahnen müßten, schwingt sich zu seiner ganzen schwärzlichen Größe auf, denn er will dringend Verdächtige prophylaktisch töten lassen. Das ist heutige Wirklichkeit.

Schäuble hat wohl das Zeug dazu, ein zeitgenössischer Crassus zu werden.

Sage mir keiner nach, ich redete Gewalt. Aber nennen dürfen will ich, woher sie wirklich kommt, und mich ihrer erwehren.

Ebenfalls gegen eine Außenpolitik, die im Fahrwasser der USA wieder und wieder aufs Militärische zielt.

Für die sogenannten deutschen Interessen, die am Hindukusch zu verteidigen wären, sind vorerst wenige eigene Soldaten und Polizisten umgekommen. Die Zahl der Opfer während der Auslandseinsätze ist aber bereits dreistellig.

Der große Lummel soll wieder wie in finsterner nazideutscher Vergangenheit mit Abermillionen Toten stillhalten und für jene so gepriesenen höheren Belange nicht nur den Gürtel enger schnallen.

Für Sold, der nichts anderes als ein Blutgeld ist, wird er dem gemeinsten Tun verpflichtet, nämlich dem Kriegshandwerk. Dafür darf er im Namen der Freiheit und Demokratie der so laut verworfenen Gewalt in aller Scheußlichkeit frönen und Menschen vorsätzlich umbringen.

Er darf wieder marschieren, auch mit dem Segen der Kirche, inklusive der Chance, im Zinksarg kostenlos zurückzukehren. So gut geht es ihm.

Diese unhaltbaren, schier wölfischen Zustände sind vom gesunden Menschenverstand kaum zu verkraften. Wer sich darüber empört oder gar aufmuckt, wie die jungen Leute in Rostock oder deren Sympathisanten, dem drohen Knüppel und Gitter.

**Rudi W. Berger,
Langenwetzendorf**

Unser Autor ist der Verfasser des Romans „Spitzenrausch“ (siehe Rezension in RF 115) und weiterer Bücher.



Wie Bundeswehr und BRD-Polizei die Spitzen des Imperialismus in Heiligendamm abschrmten

Die „RotFuchs“-Regionalgruppe Erfurt lädt für den **17. November, 10 Uhr**, in die Gaststätte „Rudelsburg“, Rudolstädter Str. 34, herzlich ein.
Dipl.-jur. **Ralph Dobrawa**, Gotha, spricht über das Thema

Friedrich Karl Kaul

■ Sein Lebensweg als Kommunist, Anwalt und Schriftsteller in der DDR

Wenn es ein wichtiges Thema in den vergangenen Monaten gab, das die Akteure des internationalen Börsengeschehens beschäftigte, ist es die Krise des USA-Immobilienmarktes. Was anfangs als fernes Problem der Finanzwirtschaft nur in den Vereinigten Staaten gesehen wurde, von dem der europäische Geldmarkt nicht, oder nur peripher betroffen sein könnte hat sich mittlerweile als handfeste Krise mit weltweiten Kettenreaktionen herausgestellt.

Worum geht es eigentlich? Die USA als die derzeit noch führende Wirtschaftsregion der Welt stecken seit Jahrzehnten in einem Dilemma. Sie haben mit einem geradezu astronomischen Außenhandelsdefizit zu kämpfen. Im Klartext heißt das: Es werden viel mehr Waren ein- als ausgeführt. Finanziert werden die überschüssigen Importe mit Fremdkapital. Anders ausgedrückt, ausländisches Geld finanziert ausländische Waren für den USA-Binnenmarkt. Möglich ist diese Kapitalbewegung vor allem deshalb, weil der schwächelnde Dollar noch immer als Weltwährung gilt.

Doch wo liegt eigentlich der reelle wirtschaftliche Hintergrund für den Kapitalimport zur Finanzierung des USA-Binnenmarktes? Die Antwort ist vor allem im Immobilienmarkt zu finden. Über Jahre hinweg gab es in den Vereinigten Staaten einen kontinuierlichen Anstieg der Grundstücks- und Gebäudepreise. Vor diesem Panorama entwickelte sich der sogenannte Subprime-Markt der Hypothekenfinanzierung. Dahinter verbirgt sich die ständige Kreditvergabe an Menschen, die aufgrund ihres Einkommens eigentlich gar nicht in der Lage sind, Geld zu leihen und es auch zurückzuzahlen. Sie werden jedoch als kreditwürdig eingestuft, wenn sie eine Immobilie besitzen, welche sie beleihen können. Ein einfaches Rechenbeispiel: Unter der Voraussetzung, daß der Immobilienpreis jährlich um 10 Prozent steigt und die allgemeinen Kreditzinsen unter diesem Anstieg liegen, geschieht folgendes: Ohne Eigenkapital wird ein Haus im Wert von 100 000 Dollar auf Kredit gekauft. In zehn Jahren ist es aufgrund der Preisentwicklung gut das Doppelte wert. Das wiederum bedeutet für die kreditvergebenden Institutionen, daß als Sicherheit nicht das oftmals schmale Einkommen des Kreditnehmers dient, sondern die Wertentwicklung des mit dem Kredit finanzierten Hauses. Falls der Kreditnehmer zahlungsunfähig wird, fällt die Immobilie an den Kreditgeber, und dieser kann sie verkaufen, wobei er nicht nur seinen Kredit, sondern auch die Wertsteigerung herausbekommt. In der Praxis haben viele Immobilienbesitzer die Wertsteigerung ihrer Häuser dazu genutzt, die Kredite zurückzuzahlen und mit dem Überschuß den privaten Konsum zu finanzieren. Dies war und ist der wesentliche Motor der USA-Binnennachfrage. Einzig gedeckt durch die ständig steigenden Immobilienpreise und die permanent niedrigen Leitzinsen. Die Kreditgeber haben ihre Einzelforderungen wiederum in Form von Paketen

Wie faule Äpfel die ganze Horde anstecken Zur Krise der Kapitalmärkte

gebündelt und an andere Banken weiterverkauft. Diese schufen zur Finanzierung ihrer Geschäfte sogenannte Fonds, deren Anteile von privaten und institutionellen Anlegern gekauft werden. In diesen Fonds sind also zu einem mehr oder weniger großen Anteil die Hypothekenkredite „versteckt“. Da diese Fonds international operieren und ihre Anteile ebenso weltweit gehandelt werden, sind die Kreditrisiken jetzt nicht mehr allein auf den USA-Markt beschränkt, sondern wiederum „gut verteilt“. Auch deutsche Kreditinstitute gehören zu den in diesen Markt Verstrickten.

Wie sieht die aktuelle Entwicklung aus? Seit einem Dreivierteljahr beginnt der Immobilienmarkt zu bröckeln. Immer mehr Hypothekenschuldner können die laufenden Zins- und Tilgungszahlungen nicht mehr leisten, so daß die Immobilien zum Verkauf stehen. Da diese Entwicklung nicht auf Einzelfälle beschränkt ist, sondern immer größere Ausmaße annimmt, werden ständig mehr Immobilien angeboten. Da gleichzeitig die Leitzinsen angehoben wurden, stiegen auch die Kreditkosten, und damit sank die Nachfrage nach Immobilien. Diese Doppelbewegung führte zur Krise. Während auf der einen Seite immer mehr Immobilien zur Veräußerung anstehen und auf der anderen Seite immer weniger Kaufinteresse vorhanden ist, sinken die Immobilienpreise rasch. Da aber diese Preise gleichzeitig die Deckungsquelle der Kredite sind, werden immer mehr von ihnen „faul“. Das heißt, sie besitzen keine Deckung mehr. Nach Auskunft des „Spiegels“ sind allein in den letzten zwei Jahren in den USA 3,2 Billionen Dollar an Hypothekendarlehen ausgereicht worden, davon allein etwa 20 Prozent im „Subprime-Markt“. Das heißt aber auch, daß ca. 640 Milliar-

den Dollar aus diesem Bereich, zu denen keine reelle Wertdeckung besteht, in den internationalen Finanzsystemen stecken. Mit dem faktischen Zusammenbruch des USA-Immobilienmarktes machten unzählige Finanzdienstleister Bankrott. Über 50 allein in den letzten Monaten. Da diese aber von ihnen gewährte Hypothekendarlehen an andere Banken weiterverkauft haben, erfaßt die Krise jetzt auch Bereiche des Finanzmarktes, welche mit deren Vergabe gar nichts zu tun haben. Als erstes erwischte es die IKB in Düsseldorf, welche sich hauptsächlich auf die langfristige Finanzierung von mittelständischen Industrieunternehmen spezialisiert hatte. Der von ihr verwaltete Fonds „Rhineland Funding“ ist am US-Hypothekenmarkt beteiligt. Dieser Fonds ist zusammengebrochen, und nur die staatliche KfW-Bank – zu 38 Prozent an der IKB beteiligt – hat mit einer Finanzspritze von über 8 Milliarden Euro dafür gesorgt, daß die IKB nicht Insolvenz anmelden mußte, welches weitreichende Folgen für den deutschen Geldmarkt gehabt hätte. Das Problem ist nur, daß bisher niemand so richtig weiß, wie tief die IKB wirklich im USA-Immobilienmarkt drinsteckt.

Doch auch andere Banken gerieten ins Visier der bundesdeutschen Banken- und Finanzaufsicht (Bafin). Eine davon ist die Landesbank Sachsen (SachsenLB), deren angebliche „Retter“ in Stuttgart sitzen. Sie ist über ihren Fonds „Ormond Quay“ nach Eigenaussagen mit mindestens 17,3 Milliarden Euro in den USA-Immobilienmarkt involviert. Nach Meldung der „Financial Times Deutschland“ hat die SachsenLB davon 3,5 Milliarden Euro in zweitklassige USA-Hypotheken (subprime) gesteckt. Das Pikante dabei ist, daß nur knapp 1,5 Milliarden Euro dieses Fonds durch Eigenkapital gedeckt waren. Wie man die restlichen Summen des Fondswertes absichern wollte, steht in den Sternen. Zunächst räumten andere Landesbanken und die Deka-Bank der SachsenLB kurzfristig eine Kreditlinie in Höhe von 17,3 Milliarden Euro ein. Inzwischen ist die LB Baden-Württemberg „eingesprungen“ und hat sich die Ertrinkende in letzter Minute an Land gezogen.

Unklar bleibt indes, welche und wie viele Kreditinstitute, zum Beispiel Sparkassen, noch über Umwege in Form diverser Fondskonstruktionen von der USA-Immobilienkrise betroffen sind und welche weiteren Folgen diese Entwicklung haben wird. Tatsache ist, daß die Europäische Zentralbank, die USA-Bundesreservebank (FED) und viele andere Notenbanken rund um den Globus mehrere hundert Milliarden Dollar binnen Tagen in das internationale Bankensystem pumpen mußten, um den Markt vorerst zu stabilisieren.

**Stadtrat Patrick Pritscha
(Die Linke, Chemnitz)**

„Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“

Der Vorsitzende des
RF-Fördervereins,
Botschafter a. D. Rolf Berthold,
diskutiert am **17. November**
um **15 Uhr** im Infoladen linker
Projekte, **Wiesbaden,**
Werderstraße 8, über

Bedingungen von Revolution und Konter- revolution

Einlader: **„RotFuchs“-Initiative
Rhein-Main**

Marseille, 26. Juni 1943. Die junge hübsche Frau, die langsam durch die Straßen der Hafenstadt am Mittelmeer spaziert, mustert aufmerksam die Männer in deutschen Uniformen, denen sie auf Schritt und Tritt begegnet. Ein Matrose der Kriegsmarine spricht sie an. Sie beginnen ein Gespräch. Er stellt sich als Hermann Frischalowski aus Cuxhaven vor, sie nennt ihren Namen Paulette Monier und erklärt ihre guten deutschen Sprachkenntnisse damit, daß sie aus dem Departement Bas-Rhin, also dem Elsaß, stamme.

Bevor sich die beiden trennen, verabreden sie ein weiteres Treffen. Die junge



Eine Kommunistin, die in Frankreich für ein freies Deutschland kämpfte Irene Wosikowski – la femme allemande

Frau, die in Wirklichkeit Irene Wosikowski heißt und deutsche Kommunistin ist, gehört einer Widerstandsgruppe der KPD an, die im Süden Frankreichs als Teil der „Bewegung Freies Deutschland im Westen“ (BFDW) und unterstützt von Genossen der KPF und der Résistance Aufklärungsarbeit unter den Angehörigen der faschistischen Wehrmacht leistet. Die deutschen Kommunisten, zu denen u. a. Luise Kraushaar, Doris und Max Kahane und Rudolf Leonhard gehören, drucken und verteilen Dokumentationen und Flugblätter in großer Anzahl, die sie in Cafés und Kinos, auf Bahnstationen und Plätzen ablegen, sie sogar mit Hilfe französischer Zivilbeschäftigter in Kasernen und Dienststellen der Besatzer bringen. Ein Jahr lang gelingt es ihnen, jeden Monat eine Nummer der Zeitung „Soldat am Mittelmeer“ herauszugeben.

Irene Wosikowski hat bisher nicht nur schriftliches Material verbreitet, sondern oft auch vorsichtig Gespräche mit deutschen Soldaten und Matrosen geführt. Nun überlegt sie, ob sie auch der neuen Bekanntschaft vertrauen kann. Sie erinnert sich, daß es im ersten Weltkrieg Matrosen der kaiserlichen Flotte waren, die die Befehle verweigerten, die 1918 als erste mit roten Fahnen die Revolution begannen und die Monarchie stürzten. Sie hofft, daß Frischalowski auch ein solcher Mann ist. Doch Irene irrt sich. Nach jedem Treffen berichtet der Nazimatrose bei der Gestapo über die Gespräche, liefert Flugblätter und Zeitungen ab. Genau vier Wochen später, am 26. Juli, wird Irene verhaftet. Zwar besitzt sie Ausweispapire auf den Namen Marie-Louise Durand, aber nach langer schwerer Folter nennt sie ihren richtigen Namen.

Irene Wosikowski wird am 9. Februar 1910 in Danzig geboren. Vater Wilhelm arbeitet als Dreher, Mutter Alice als Kindergärtnerin. Nach einem Streik auf

der Werft wird der Vater entlassen und zieht mit der Familie nach Kiel. Zu Beginn des Krieges 1914 eingezogen, fällt er nach wenigen Wochen an der Westfront. Die Mutter siedelt mit Tochter und Sohn 1921 nach Hamburg über, schließt sich der KPD an und leitet die Frauenabteilung in der Bezirksleitung Wasserkante. Irene besucht die Handelsschule für Mädchen und beginnt ihr Berufsleben als Stenotypistin in einer Exportfirma. 1928 nimmt sie eine Stelle in der sowjetischen Handelsvertretung in Hamburg an. Zwei Jahre später geht sie nach Berlin, um auch dort bei sowjetischen Kaufleuten tätig zu sein. Parallel dazu entwickelt sie sich politisch. Als Mitglied des KJVD wird sie Funktionärin ihrer Gruppe in Hamburg-Barmbek, ist sie Delegierte des 3. Reichsjugendtages in Chemnitz. In Berlin arbeitet sie nach 1933 als technische Kraft und Kurier im illegalen Parteiapparat.

Durch die Nazis vom ersten Tag der Machtübernahme an gesucht, geht Irene über die CSR in die Sowjetunion, besucht in Moskau die Leninschule der Komintern. 1937 siedelt sie nach Paris über, um dort bei der „Deutschen Volkszeitung“ zu arbeiten. Sie hilft als Stenotypistin bei

der Herstellung der Zeitung und beim Versand in viele europäische Länder und die USA. Im Mai 1940 wird sie von den Franzosen im berühmten KZ Gurs interniert. Zusammen mit ihren Genossinnen Luise Kraushaar und Thea Saefkow gelingt ihr die Flucht, allerdings nur bis zur nächsten Verhaftung. Nach ihrer unter Auflagen erfolgten Freilassung geht sie nach Marseille und schließt sich den illegal arbeitenden Kommunisten an. Von dort aus organisieren die Antifaschisten vorerst Hilfe für die in Lagern der Vichy-Regierung inhaftierten Spanienkämpfer; unter großen Anstrengungen schicken sie Hunderte Pakete mit Lebensmitteln an die Gefangenen. Doch im November 1942 besetzt die Wehrmacht auch Südfrankreich.

Die Faschisten versuchen mit allen Mitteln, Irene zum Verrat an ihren Genossen zu bewegen. Augenzeugen sagen nach dem Krieg aus, daß die Gestapo Irene mit Ketten um die Handfesseln mittels eines Flaschenzuges an einer Wand hochzog, so daß sie gerade noch mit den Fußspitzen den Erdboden berühren konnte. 48 Stunden mußte sie ohne Nahrung und Wasser so hängen. Dennoch gab sie weder bei dieser noch bei anderen Foltern den Namen eines Kampfgefährten preis. Mitgefängene Französinen, die das Martyrium Irenes miterlebten, nannten sie achtingungsvoll „la femme allemande“ („die Deutsche“).

Schließlich gibt die Gestapo in Marseille auf und veranlaßt die Überführung Irene Wosikowskis erst nach Paris, dann in das Gefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel. Dort gerät sie in die Hände des Gestapo-Mannes Heinrich Teege, der die „Arbeit“ seiner Kumpane fortsetzt. Dieser „deutsche Beamte“ stellt das Ansinnen an Irenes Mutter, die selbst in mehreren KZs inhaftiert war, für die Gestapo zu arbeiten. Nur so könne sie den Kopf ihrer Tochter retten. Alice Wosikowski lehnt ab, zumal ihr Irene in einem Brief versichert hat, daß sie „unserer Sache treu bleibt“.

Die weiteren Haftstationen Irenes sind Cottbus und Berlin-Barnimstraße. Am 13. September 1943 steht sie vor dem sogenannten Volksgerichtshof. Hitlers Bluthund Freisler fällt persönlich das Urteil: Todesstrafe wegen Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung. Der Hauptbelastungszeuge heißt Heinrich Teege. Am 27. Oktober stirbt die Kommunistin Irene Wosikowski in Berlin-Plötzensee unter dem Fallbeil. Ihr Leichnam wird der Berliner Universität übergeben, die ihn verbrennt und an unbekanntem Ort beisetzt.

Mutter Alice und Bruder Eberhard Wosikowski erstatten später Strafanzeige gegen Frischalowski und Teege, die beide den Krieg überlebt haben. Die westzonale Justiz solidarisiert sich mit diesen Nazi-verbrechern und weist die Klage ab.

Auf Antrag Eberhard Wosikowskis erhält Irene im Juni 1982 auf dem Ohlsdorfer Friedhof ein symbolisches Grab im Ehrenhain der Hamburger Widerstandskämpfer neben Etkar André, Fiete Schulze, Bernhard Bästlein, Franz Jacob, Robert Abshagen und weiteren Opfern des Faschismus.

Günter Freyer

Einer der frühen und verdienstvollen Autoren des „Rotfuchs“, der erprobte Kommunist

Walter Florath

ist am **29. September** nach schwerer Krankheit im Alter von 82 Jahren gestorben.

Als Parteisekretär in wichtigen Industriebetrieben, als stellvertretender Chefredakteur des ND und Fernsehjournalist hat er sich große Verdienste erworben.

Der RF wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Als über 100 000 Pariser dem Sarg einer jungen Leipzigerin folgten

Die Sozialistin Gerta Taro starb in Spanien

Am 1. August 1937 bewegte sich ein unübersehbarer Zug Trauernder durch Paris zum wohl bekanntesten Friedhof der Seine-Stadt, zum Père-Lachaise, wo viele der Kommunisten starben und begraben wurden. Mehr als einhunderttausend Menschen folgten dem Sarg der jungen Leipzigerin Gerta Taro, die an diesem Tag 27 Jahre alt geworden wäre. Unter ihnen befanden sich weltbekannte Schriftsteller und sozialistische Politiker, Delegationen aus Pariser Betrieben und dem republikanischen Spanien ebenso wie deutsche Emigranten aller politischen Richtungen.

Gerta Pohorylle, so der eigentliche Name jener jungen Frau, war am 1. August 1910 in Reutlingen geboren worden. Ihr Vater hatte Mitte der zwanziger Jahre in Leipzig an der Berliner Straße die Firma Eier-Import Pohorylle & Brüder Born gegründet und seiner Familie in der Springerstraße 32 eine standesgemäße Wohnung angemietet. Gerta war zu diesem Zeitpunkt nicht nur außergewöhnlich schön und gebildet, sondern auch elegant und äußerst modebewußt. Hier in Leipzig besuchte sie die Gaudigsschule und kam schon sehr bald mit dem Sozialistischen Schülerbund und linken Studenten in Berührung. Aus dem „Mädchen aus besserem Haus“, dem unbekümmerten Teenager, dessen Sinnen und Trachten sich auf Kleider, Schmuck, Kosmetik, Tanzen und Schallplatten konzentrierte, entwickelte sich in wenigen Jahren eine politisch interessierte, antifaschistisch orientierte junge Frau. Als nach der Übernahme der Macht durch die Nazis ihre beiden Brüder von der SA abgeholt werden sollten, waren sie bereits untergetaucht. Das SA-Rollkommando nahm daraufhin Gerta mit und brachte sie ins Polizeigefängnis Wächterstraße. Wenn sie auch bald wieder freigelassen werden mußte, hatte sie doch hautnahe Bekanntschaft mit dem Faschismus gemacht. Ihr wurde klar, daß sie als Jüdin und Sozialistin dieses Deutschland schnell verlassen mußte.

Völlig ohne finanzielle Mittel traf sie im Herbst 1933 in Paris ein und erlebte nun alle Widrigkeiten des Emigrantendaseins: Hunger, Unterkunftsprobleme, fehlende Arbeitserlaubnis, Angst vor der Ausweisung, Im-Abseits-Stehen. Dabei hatte sie noch Glück, denn sie sprach fließend französisch, war ungebunden und hatte die Unterstützung vieler Freunde. Im September 1934 lernte sie den ungarischen Fotografen André Friedmann kennen, der in Berlin gearbeitet hatte und von dort nach Paris emigriert war. Er gab ihr die ersten Fototips, und als es ihr gelang, in einer Fotoagentur Arbeit zu bekommen, war ihr weiterer Weg bestimmt: Sie wurde Fotografin und erhielt im Februar 1936 ihren Presseausweis. Da mit den Namen Friedmann und Pohorylle kaum Bilder

zu verkaufen waren, legten sie sich die Künstlernamen Robert Capa und Gerta Taro zu. Unter diesen Namen wurden sie bekannt und Capa später weltberühmt.

Am 18. Juli 1936 schockierte die Nachricht vom Putsch faschistischer Generale gegen Spaniens rechtmäßige Regierung die Welt. Der nun folgende Bürgerkrieg wurde zu



einem Vorspiel des II. Weltkrieges. Gerta und Robert wollten sofort als Fotoreporter an die Front. Am 5. August 1936 trafen sie im Auftrag der französischen Zeitung „Regards“ in Barcelona ein und begannen ihre Arbeit, wenn auch vorerst im Hinterland. Aber Gerta Taro zog es in die vordere Linie. Und so berichtete sie bald von der Aragon- und der Saragossafront, von den Kämpfen bei Córdoba und Toledo.

Als Fotoreporterin „schoß“ sie einmalige Bilder beim II. Internationalen Schriftstellerkongreß im Juli 1937 in Valencia.

Sie zeigten Anna Seghers, Martin Andersen Nexø, Alexej Tolstoi und Erich Weinert. Anschließend ging Gerta direkt an die Guadalajarafront und erlebte hier die verheerenden Luftangriffe der deutschen Legion Condor. Der „Fliegerheld“ Leutnant Adolf Galland notierte über den 25. Juli 1937 begeistert in seinem Tagebuch: „Wo man hinsieht, Ziele über Ziele ...“ An diesem Tag befand sich Gerta Taro im Divisionshauptquartier des legendären „General Walter“, des Polen Karol Swierczewski, wo wenige Minuten nach ihrem Eintreffen die Hölle losbrach. Die Legion Condor legte einen Bombenteppich über die republikanischen Truppen. Bei einer Verbandsstation erwischte Gerta Taro einen großen schwarzen Tourenwagen, der Verletzte nach El Escorial transportierte. Auf seinem Trittbrett durfte sie mitfahren. Doch die Flieger kamen wieder, diesmal deutsche Jagdmaschinen. Sie belegten die Flüchtenden, die Verwundeten und die in Panik Geratenden mit MG-Feuer und Bomben. Gerta wurde vom Trittbrett gerissen, und ein Panzer zerquetschte ihr mit seinen Ketten den Unterleib. Sie wurde sofort geborgen und ins britische Feldhospital der 35. Division gebracht. Bluttransfusionen und Operationen waren vergebens. Sie verstarb am Morgen des 26. Juli 1937.

Zwei Tage später wurde sie in Valencia aufgebahrt und in einem offiziellen Trauerakt aus Spanien verabschiedet. Man überführte ihren Leichnam nach Paris, wo eine überwältigende Trauerfeier stattfand. Sie war wohl allen bekannten und unbekannten Toten dieses Krieges gewidmet. In ihrer Heimatstadt Leipzig wurde 1970 eine Straße nach Gerta Taro benannt.

Dieter Kürschner

Unser Autor ist Militärhistoriker und lebt in Leipzig.

Am **5. November** begeht der angesehene Faschismus-Forscher der DDR

Dr. sc. Kurt Gossweiler

aus Berlin seinen **90. Geburtstag**.

Der Jubilar, Mitglied des „RotFuchs“-Fördervereins, hat sich durch entschiedene Verteidigung des Marxismus-Leninismus und durch politische Unbestechlichkeit großes Ansehen erworben.

Seine aufsehererregenden Schriften gegen den Revisionismus haben lebhaft und ergiebige Diskussionen innerhalb der Linken befördert.

Am **8. November um 15 Uhr** ist der Vorsitzende des RF-Fördervereins, Botschafter a. D. **Rolf Berthold**, bei den „RotFüchsen“ auf Rügen zu Gast. In den Räumen des Frauenbunds, **Bergen**, Bahnhofstraße, berichtet er über

**Neues
aus
China**

Der spätere britische Premier Winston Churchill erkannte frühzeitig die Funktion des Faschismus für den antiproletarischen Klassenkampf. Am 20. Januar 1927 stellte er fest: „Italien hat das notwendige Gegengift zum russischen Gift geliefert. Von jetzt ab ist keine Großmacht mehr ohne ein letztes Schutzmittel gegen das Krebsgeschwür des Bolschewismus.“ Im Laufe des Ersten Weltkrieges und vor allem nach der Novemberrevolution entstanden unzählige Verbände zur Hochzucht des Faschismus, die vom Monopolkapital finanziert wurden. 1919 wurde die „Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte“ gegründet. Sie gab das Geld für das Presseimperium Alfred Hugenburgs, das 1600 Zeitungen kontrollierte und maßgeblich

stischen Brandherdes“. Zehn Tage nach Papens Ernennung zum Reichskanzler hielt er am 10. Juni 1932 im Deutschen Herrenklub, dem 100 führende Industrielle und Bankiers, 62 Großgrundbesitzer und 94 ehemalige Minister ihren Stempel aufdrückten, eine Rede, in der er die Parole ausgab: „Tod dem Bolschewismus!“ Schon frühzeitig wurden die Magnaten auf die 1919 gegründete NSDAP aufmerksam. Deren Führer hatten das Bedürfnis der herrschenden Klasse, den Nationalismus in die Massen zu tragen, klar erkannt. Deswegen umwarb die NSDAP, die sich sozialistisch und Arbeiterpartei nannte, hauptsächlich Proletarier. Hitler umriß im Januar 1931 gegenüber dem Fürsten Eulenburg-Hertefeld seinen Auftrag folgendermaßen: „Worauf kam es denn in er-

entfalten, was die Zahl ihrer Wählerstimmen von 2,6% im Jahre 1928 auf 18% (1930) anschwellen ließ. Der ehemalige Reichskanzler Brüning schrieb 1937 an Churchill: „Hitlers wirklicher Aufstieg begann erst 1929, als die deutschen Großindustriellen und andere es ablehnten, weiterhin Gelder an eine Menge patriotischer Organisationen auszuschütten.“ Daß die Nazipartei über enorme Beträge aus der Industrie verfügte, enthüllte IG-Farben-Chef Carl Duisberg gegenüber Krupp am 25. Februar 1931: „Wie mir mitgeteilt wird, sollen die Nationalsozialisten bereits über phantastische Summen verfügen.“

Anerkennend erklärte der Großherzog v. Mecklenburg-Schwerin im November 1932 gegenüber Reichswehrminister von Schleicher: „Eins ist sicher: Hitler hat das unwiderlegliche Verdienst, breite Schichten der Bevölkerung, die sonst dem marxistischen oder kommunistischen Lager verfallen wären, in ein nationales Denken getrieben zu haben.“ Das war der Grund dafür, daß die Industriellen die Macht an die NSDAP übergeben wollten. Sie sollte den gesamten Staatsapparat zur Verbreitung ihrer Ideologie übernehmen. Hitlers Stellvertreter Heß schrieb am 9. September 1931 an seinen Vater: „Die führenden Leute der Wirtschaft, sogar Großbankiers, sind aufgrund der letzten Besprechungen mit H. der Überzeugung, daß nur noch er die Lage meistern könnte. Es wird durch diese Leute nun versucht, Brüning zu bestimmen, H. zumindest mit an die Regierung zu lassen.“ Am 20. September 1932 äußerte der Verbindungsmann des Ruhrbergbaus zur NSDAP August Heinrichsbauer gegenüber Gregor Strasser, es gebe eine „mächtige schwerindustrielle Unterstützung aus dem Ruhrgebiet für die Reichskanzlerschaft Hitlers. ... Sehr maßgebliche Herren des Reviers“ hätten sich „bei ausschlaggebenden Berliner Stellen sehr stark dafür eingesetzt, daß man Hitler das Reichskanzleramt überträgt“. Am 19. November 1932 erfolgte dann eine Eingabe von 20 Industriellen, Bankiers und Großgrundbesitzern an Hindenburg mit der Aufforderung, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Sie schrieben: „Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft.“

Nach der Machtauslieferung an die Nazis erfüllten diese die ihnen zugedachte Funktion: Sie zerschlugen die Arbeiterbewegung und trugen die faschistische Ideologie in die Massen. Dankbar schrieb Emil Kirdorf 1937 über Hitler: „Vor allem befreite er uns von dem mörderischen Klassenkampf.“ Zusammenfassend ist zu sagen, daß es der Faschismus durch Verschleierung der realen gesellschaftlichen Verhältnisse verstand, die überwiegende Mehrheit der Deutschen gegen ihre eigenen Interessen zu mobilisieren. Er war und ist der gefährlichste Feind der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte.

Jens Holt

Hintergründe des Machtantritts der Faschisten in Deutschland

Wer waren Hitlers Steigbügelhalter?

zur Rechtsentwicklung in der Weimarer Republik beitrug. In der Wirtschaftsvereinigung saßen unter anderen der Kohlebaron Emil Kirdorf, der Geschäftsführer des Bergbauvereins Freiherr von und zu Löwenstein, der Stahlindustrielle und spätere Chef des größten europäischen Stahlkonzerns Vereinigte Stahlwerke Albert Vögler und Krupp-Direktor Alfred Hugenberg. Die Krupp AG zahlte allein über 10 Millionen Reichsmark in den Fonds der Wirtschaftsvereinigung.

Ein weiterer Verband dieser Art war die 1922 in München gegründete Gaa. Ihr gehörten u. a. die Großindustriellen Albert Vögler, Alfred Hugenberg, Ernst von Borsig, der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Kurt Sorge, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Krupp AG Freiherr von Wilmowsky, Karl Haniel und Oswald Spengler an. Die Gaa trat als Finanzier rechter Massenpropaganda auf und wurde zu deren wichtigster Schaltstelle in Süddeutschland. 1929 setzte überdies eine Flutwelle militaristischer Schriften ein. Die Zahl rabiater Kriegsbücher stieg von etwa 200 im Jahre 1926 auf mehr als 400 im Jahre 1930.

Der nationalistische Massenrausch des Jahres 1933 kam nicht von ungefähr, sondern war bewußt angelegt.

Neben dem allgemeinen Ziel eines Eroberungskrieges wurde der Faschismus hochgezüchtet, um die Sowjetunion zu zerschlagen. Dieses revolutionäre Zentrum der Arbeiterbewegung sollte als gesellschaftliche Alternative vernichtet werden. Der spätere Reichskanzler Franz von Papen schrieb am 31. Juli 1927, „das Vordringlichste der europäischen Politik“ sei „die Beseitigung des bolschewi-

ster Linie an? Auf das Sammeln der breiten Massen! Meine Hauptaufgabe war es, sie dem Marxismus zu entreißen, sie wieder nationalen Gedanken zugänglich zu machen. Ich bin in diese vom Marxismus verhetzten Schichten hineingestiegen und habe mit ihnen gerungen ... Sollen doch die Herren, die meine Methode bekritteln, in die Industriezentren gehen und den durch den Marxismus rasend gemachten Massen auf ihre Methode beizukommen suchen!“

Die Nazis erzählten den Arbeitern, daß sie und die Unternehmer eine Volksgemeinschaft bilden sollten. Der wirkliche Ausbeuter sei das „jüdische raffende Kapital“ im Gegensatz zum „schaffenden Kapital“. Sie behaupteten, im Unterschied zu den Kommunisten den „wahren deutschen Sozialismus“ anzustreben.

Als einer der ersten Großindustriellen finanzierte Ernst von Borsig, der in ganz Deutschland als rabiater Arbeiterfeind bekannt war, die NSDAP. Über seine Motivation schrieb er am 12. März 1927 im Berliner Tageblatt: „Ich glaube, in Hitler einen Mann gefunden zu haben, der dazu beitragen könnte, durch die von ihm ins Leben gerufene Bewegung die Kluft zwischen den verschiedenen Volksschichten, insbesondere durch Wiederbelebung der nationalen Gesinnung der Arbeiterschaft, zu überbrücken.“

Im Laufe der Zeit wurde der Kreis der Förderer aus der Industrie immer größer, so daß Joseph Goebbels am 22. November 1930 in seinem Tagebuch notieren konnte: „Auch große Teile der Wirtschaft stehen heute schon bedingungslos bei uns.“ Mit deren Geldern vermochte die NSDAP eine ungeheure Propagandatätigkeit zu

Eppelmanns Feuerwerker wollen die Geschichte abbrennen Hysterische Historiker

Im Juni verkündete die berüchtigte Stiftung „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ ihre Absicht, zum 20. Jahrestag der Konterrevolution in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern 2009/2010 ein „Geschichtsfeuerwerk“ abzubrennen. (ND 9./10. 6.). Ihr Vorbeter, Pfarrer Rainer Eppelmann, befürchte, die Menschen könnten dieses Ereignis sonst „aus den Augen verlieren“, hieß es. Von einem Denkmal ist die Rede, einem „Geschichtsforum“, Sonderbriefmarken, „Bildungsarbeit der Bundeswehr“, Promotionsstipendien und ähnlichen „Kostbarkeiten“. Dieses Programm werde auch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mitgetragen (!), erfuhr man aparterweise.

Wir können uns also darauf gefaßt machen, daß nichts unversucht bleiben wird, um die öffentliche Meinung noch infamer zu manipulieren, die DDR noch gezielter als „Unrechtsstaat“ zu diffamieren und sie in eine Reihe mit dem Hitlerfaschismus zu stellen. Den Herbst 1989 aber will man zur „Sternstunde der Demokratie“ hochstilisieren.

„Hysterische Historiker“ nennt Prof. Dr. Horst Schneider seine Streitschrift, die in diesen Tagen erschien. Darin nimmt er „Totalitarismusforscher, DDRologen und Renegaten“ aufs Korn und äußert sich zu „Sinn und Unsinn eines verordneten Geschichtsbildes“. Wenn Frau Merkel behauptete, die DDR sei eine Diktatur gewesen, so kann man dem eigentlich zustimmen, konstatiert der Autor, ist doch jeder Staat eine Diktatur. Das Wort bedeutet – vereinfacht – unumschränkte Herrschaft. Die Frage ist nur, wer wen unumschränkt beherrscht!

Schneider zeigt: Die „Totalitarismusforschung“ untersucht alles mögliche – Ideologien, Wirtschaftsführung, Massenmobilisierung, Nachrichtenmonopol u. v. m. Sie läßt bloß aus, was allem zugrunde liegt: die Eigentums- und die davon bestimmten politischen Machtverhältnisse. Genau diese aber waren „in den ‚zwei Diktaturen in Deutschland‘ keineswegs identisch oder ähnlich, wohl aber in der Nazi-

diktatur und in der Bundesrepublik“. Der namhafte Historiker beweist das am Beispiel der Außenpolitik, der Ideologie, des Militärs, der Justiz, der Geheimdienste, der Kirche, der „Erinnerungspolitik“. Und er zieht das Fazit: „Es dürfte unmöglich sein, bei seriöser Betrachtung Ähnlichkeiten oder Gleichheiten zwischen Hitlerdeutschland und der DDR aus dem Hut zu zaubern. Die DDR war eine progressive Alternative sowohl zur faschistischen als auch zur bundesdeutschen ... Politik.“ Das gelte für ihre Ziele und Aufgaben wie für ihr Personal und ihre Methoden.

Für die Totalitarismusforscher stehe das Ergebnis fest, ehe eine Untersuchung beginne: „Die DDR war des Teufels, die BRD das christlich-parlamentarische Musterlände.“ Ihre „Bewußtseinsindustrie“ – Schulwesen, Presse, Film und Funk, Verlage, Museen, Gedenkstätten, Vereine usw. – schreibe „die Geschichte der Besiegten ...“ und „zurück bleibt die Lüge“, zitiert der Autor Bertolt Brecht.

Hitler feiert, der Klassenwurzeln seiner Politik entblößt, als Mephisto oder als wahnsinniges Individuum Hochkonjunktur in den „Dokumentationen“ eines Guido Knopp oder in „Spaßfilmen“, in denen weder die verführten Volksmassen noch die Kräfte, die die Faschisten dirigieren, eine Rolle spielen. Gleichzeitig genießt ein Hubertus Knabe Narrenfreiheit, wenn es darum geht, Greuelmärchen über die einstige Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin Hohenschönhausen zu verbreiten, während unter Verantwortung des – inzwischen abgewählten – Berliner Senators Thomas Flierl (Die Linke) ein Konzept zur Erinnerung an die „Mauer“ erarbeitet wurde, um „mit Hilfe der Gedenkstättenpolitik das Grenzregime der DDR zu verteufeln, das dem Schutz der

Bürger der DDR und dem Frieden in Europa diene“.

Die Quintessenz: „Die Untauglichkeit der Totalitarismuskritik beweist nicht deren Ungefährlichkeit.“ Da die in der BRD Herrschenden den Bürgern ihres Landes weder eine Welt des Friedens noch der sozialen Gerechtigkeit in Aussicht stellen könnten oder wollten, bedürfe es der „Feindbilder, ob für die Vergangenheit oder die Gegenwart“. Den Hauptfeind „sahen und sehen sie im Sozialismus, so unvollkommen er auch war ... Und nichts fürchten sie mehr als sozialistische Ideen, die zur materiellen Gewalt werden könnten“, schreibt Schneider.

„Was können Linke tun?“, fragt der Dresdner Gelehrte am Schluß. In Abwandlung des Thälmannschen Kriteriums – der Haltung zur Sowjetunion – schlägt er als Bewertungsmaßstab vor: „Sage mir, wie Du zur DDR stehst – damit sind natürlich nicht nur ihre Erfolge gemeint –, und ich sage Dir, wer Du bist!“ Es gehe darum, „jene positiven Ansätze zu bewahren, aus denen eine Welt des Friedens, der Menschlichkeit und der Vernunft entwickelt werden kann“.

Der jetzt 80jährige Horst Schneider gibt uns mit fundiertem Wissen und zwin-gender Logik eine Fülle von Argumenten gegen die Herabsetzung und Verleumdung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der deutschen Geschichte an die Hand. Wir brauchen sie, um zu verhindern, daß aus dem von solchen „Lichtgestalten“ wie Eppelmann geplanten „Geschichtsfeuerwerk“ ein Flächenbrand wird.

Dr. Ernst Heinz

Horst Schneider: Hysterische Historiker. Verlag Wiljo Heinen, Böklund 2007, 304 Seiten, 12 €, ISBN 978-3-939828-14-3

Am **14. November** um **14 Uhr** ist der stellvertretende Vorsitzende des RF-Fördervereins, **Prof. Dr. Götz Dieckmann**, bei Potsdamer „RotFüchsen“ zu Gast. Er spricht im Klubhaus „Sternzeichen“, Galileistraße 37, über das Thema

Ist der Sozialismus im 21. Jahrhundert eine Illusion?

Collage von Bernd Gutte nach Bruegel



„Na, der Tisch ist doch gedeckt!“

In der „Leipziger Volkszeitung“ vom 24. August stellte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck zu den Hartz-IV-Bedarfssätzen in Aussicht: „Wenn sich zeigt, daß beispielsweise Preissteigerungen bei Lebensmitteln eine Regelsatzanpassung außer der Reihe notwendig machen, dann werden wir von der SPD die ersten sein, die das im Blick haben.“

Als der „Erfinder“ der Olympischen Spiele, der französische Humanist Baron Pierre de Coubertin, sein Werk 1894 in Angriff nahm, wollte er auch die Deutschen dabeihaben. Nicht aus Sympathie, sondern weil er ein Sportfest, an dem die beiden „Erzfeinde“ zu friedlichem Wettstreit zusammenkamen, für nützlich hielt. Weil die Einladung nach Berlin zum ersten Olympischen Kongreß unbeantwortet blieb, machte er sich in Paris auf den Weg zur deutschen Botschaft, um eine zweite abzugeben. Niemand wußte dort, an wen man ihn mit seinem Anliegen verweisen sollte und hielt – kein preußisches Wunder – den Militär-Attaché für die richtige Adresse. Das war ein gewisser von Schwartzkoppen, der als „Führungsoffizier“ eines französischen Agenten später traurige Berühmtheit erlangen sollte und über Nacht nach Berlin zurückbeordert wurde. Er hatte den Verdacht auf den jüdischen Hauptmann Dreyfus gelenkt und damit einen der größten Skandale der neueren französischen Geschichte ausgelöst. Daran zu erinnern scheint unumgänglich, wenn man die jüngsten deutschen Schritte im Hinblick auf die nächste Olympiade verfolgt.

In Peking werden 2008 die XXIX. Spiele gefeiert. Die Zahl hat einen bitteren Schönheitsfehler: Drei Olympiaden – 1916, 1940 und 1944 – konnten nicht stattfinden, weil Deutschland Weltkriege angezettelt hatte und die Jugend in Schützengräben verblutete, statt sportlich die Kräfte zu messen.

Auf das alles muß verwiesen werden, wenn das Geschehen der vorolympischen Gegenwart zur Kenntnis genommen wird. Zum Beispiel: Die deutsche Bundesregierung beschäftigt einen „Beauftragten für Menschenrechte“ namens Günter Nooke, der seine Kompetenz für solche Fragen zum Beispiel als Vorstandsmitglied der Räuber-Treuhand nachwies, die bekanntlich das Menschenrecht auf Arbeit im Osten Deutschlands drastisch reduzierte. Dieser „Beauftragte“, der bislang kein Thema ausließ, von dem er hoffte, sich damit profilieren zu können, beantwortete der „Welt“ am 9. August die Frage, was er von einem Boykott der Spiele in Peking halte, wie ihn USA-Senatoren vorgeschlagen haben. Nein, er halte nichts davon, versicherte er und fuhr fort: „Wenn man meint, Olympische Spiele dürften nicht in China stattfinden, dann sollten wir

Wie Medien und Politiker der BRD die antichinesische Karte spielen

Unolympisches

den Funktionsträgern in den Nationalen Olympischen Komitees und im IOC deutlicher sagen, daß sie nach anderen Kriterien über die Vergabe der Spiele entscheiden müssen. Die Situation der Menschenrechte muß künftig eine wichtigere Rolle spielen.“

Coubertin wäre fassungslos gewesen, wenn er diese Nooke-Botschaft noch gehört hätte. Vielleicht nicht zu fassungslos, weil er ja schon mit Schwartzkoppen seine Erfahrungen gemacht hatte, aber der operierte schließlich „verdeckt“, während der deutsche Regierungsbeamte Nooke keinerlei Hemmungen hat, dem von Coubertin vor 113 Jahren gegründeten Internationalen Olympischen Komitee anzuraten, nach welchen Kriterien es künftig Olympische Spiele vergeben soll.

Ich habe keine Hemmungen, festzustellen: Selten zuvor hat sich eine Regierung derart dreist ins olympische Geschehen eingemischt.

Zugegeben: Einmal erlebte ich eine noch ärgere Intervention. Das war im Winter 1980 in einem alten, aber legendären Hotel in der amerikanischen Kleinstadt Lake Placid, wo der USA-Außenminister Cyrus Vance das IOC aufforderte, Moskau die Olympischen Sommerspiele 1980 wegzunehmen. Daß daraus nichts wurde, war dem damaligen IOC-Präsidenten, dem irischen Lord Killanin, zuzuschreiben, der Vance wissen ließ: „Und wenn ich der einzige aus dem Westen sein sollte – ich bin in Moskau!“ Mit ihm waren damals viele aus dem Westen gekommen – die Bundesrepublik Deutschland allerdings nicht, deren Regierung den Boykott erzwang.

Und nun wieder? Nooke könnte man ignorieren. Aber auch Sportführer haben sich gemeldet. Zwar nicht, um zu boykottieren, nein, sie raten zu moderneren Methoden. Michael Vesper, Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB), und sein Leistungssportdirektor Schwank kehrten im Sommer aus Peking zurück. Am 16. August stand in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Wenn Vesper ... eine Menge Baustellen erwähnt, dann meint er nicht nur jene Wettkampfstätten, an denen noch gewerkelt wird. Eine dieser Baustellen ist die Menschenrechtssituation in China, auf die Vesper, ehemaliger Spitzenpolitiker der Grünen häufig angesprochen wird. ‚Wir reagieren nicht nur auf die öffentliche Diskussion‘, versicherte er, ‚wir handeln proaktiv‘. Das DOSB-Präsidium habe schon im Mai eine Erklärung zu den Menschenrechten im Gastgeberland verabschiedet ... Und die deutschen Athleten sollen, so Schwank, nicht ohne entsprechende politische Vorbereitung nach China reisen, um sich der besonderen Situation in dem Riesenland bewußt zu sein.“

Achtung! Das sollte zweimal gelesen werden: Der – eigentlich für die sportliche

Vorbereitung der Olympiamannschaft zuständige – deutsche Leistungssportdirektor plant, was man der DDR-Sportbewegung seit 17 Jahren mindestens jede Woche einmal vorwirft, nämlich die Athleten vor jeder Olympiareise politisch geschult zu haben. In Potsdam hat ein Professor Teichler Berge von Akten aufgetürmt, mit denen er das vergeblich zu beweisen versuchte. So Exaktes wie die Ankündigung des Herrn Schwank fand er bislang kaum, und wenn er es gefunden haben sollte, verband er es immer mit dem Hinweis, daß dies in der Bundesrepublik völlig unvorstellbar gewesen wäre. Das also gilt nun nicht mehr.

Auch wie man sich solch olympisches Polittrainingslager vorstellt, verriet der Generaldirektor des DOSB der FAZ: „Die Öffnung des Landes für Journalisten und andere Olympiagäste bezeichnete Vesper als ‚schleichendes Gift‘, das die chinesische Gesellschaft positiv verändern werde.“ Das sollte man sogar dreimal lesen! Die Bundesrepublik Deutschland müht sich um das „schleichende Gift“, das China verändern soll! Was dieser Vesper da ankündigte, hatte nicht einmal Cyrus Vance auszusprechen gewagt, als er vor 27 Jahren dem IOC seine politischen Forderungen vortrug. Der wollte nur die Moskauer Spiele verlagern oder verschieben, die führenden Männer des Deutschen Olympischen Sportbunds aber wollen gleich die Gesellschaft des Gastgeberlandes verändern!

Die „Frankfurter Rundschau“ wollte den Zeitungs-Ortsrivalen noch übertreffen und wählte folgende Überschriften: „Das schleichende Gift der kurzen Freiheit – Die DOSB-Spitze ... setzt beim Thema Menschenrecht auf die gesellschaftlichen Folgen der politischen Lockerungen während der Spiele 2008.“

Fußnote: Ich habe vor Jahren eine Coubertin-Biographie publiziert und glaube Auskunft geben zu können, wie der Baron auf diese unolympischen deutschen Attacken reagiert hätte. Das ließe sich mit einem Wort beschreiben: massiv!

Dr. Klaus Huhn

Am **12. November** kommt
RF-Chefredakteur

Dr. Klaus Steiniger nach **Freiberg**.
In der Gaststätte „Zur Orgelpfeife“,
Forstweg 81, spricht er um **18 Uhr**
über das Thema:

Wie steht es um die revolutionäre Weltbewegung?

Gäste sind herzlich willkommen.

Herzliche Glückwünsche gehen
an zwei Vorstandsmitglieder des
„RotFuchs“-Fördervereins, die ihre
65. Geburtstage begehen.

Unser hochverdienter iranischer
Genosse **Ghassem Niknafs**
aus Hamburg feiert dieses Jubiläum
am **7. November**.

Der erprobte Berliner Kommunist
Wolfgang Dockhorn
tritt am 25. November in die Reihe
der Jungveteranen.

Beiden Genossen wünschen wir
Gesundheit, Kraft und Kampfesmut.

Im folgenden will ich von zwei Geschehnissen berichten, die zeigen, wie die angeblich unparteiische, mit verbundenen Augen urteilende Justiz der BRD zu den Sehenden gehört.

Nach den von der Bundesrepublik kräftig finanzierten Wahlen im März 1990 wurde Peter-Michael Diestel Innenminister der DDR. Als letzten Chef der Deutschen Volkspolizei löste man mich ab, indem man die Funktion einfach abschaffte. Man machte mich zum Abteilungsleiter für die Zusammenarbeit mit der Polizei von Bund und Ländern der BRD. Deren Polizeiführer akzeptierten dies zwar, nicht aber die sogenannten Bürgerrechtler bei uns. Als der Anschluß der DDR an die BRD beschlossene Sache war, rangen die Abgeordneten der Volkskammer darum, wer das Privileg erhalten sollte, künftig auch im Bundestag von hohen Diäten leben zu können. Für alle war kein Platz, und so nutzten viele diese Zeit, um den politischen Gegner abzuschießen. Dies ging damals, wie heute auch, am besten mit der Stasi-Keule.

Am 6. September 1990 beriet die Volkskammer unter Tagesordnungspunkt 12 einen Antrag von 20 Abgeordneten (Drucksache 220), den ein gewisser Dr. Opitz begründete. Hier einige Auszüge: „... Viele Bürger der DDR wurden durch den Staatssicherheitsdienst Opfer einer abgefeimten Staatskriminalität ... Ich habe mit Betroffenheit zur Kenntnis genommen – das war der „Spiegel“ Nr. 36 dieses Jahres –, daß – wir haben es ja alle schon vermutet, wir wußten nur keine Namen – hohe Offiziere der Staatssicherheit noch im Bereich des Innenministeriums arbeiten oder hohe ehemalige Funktionäre, zum Beispiel, um nur einen Namen zu nennen, ein Herr Dieter Winderlich, früher verantwortlich für den Bereich des Strafvollzugs. Also von Hinrichtung bis Einzelhaft ist er überall verantwortlich gewesen. Jetzt ist er verantwortlich für die Zusammenarbeit der Polizei mit den Ländern. Das ist unmöglich.“

Diese Beschimpfungen, Verleumdungen und Ergüsse des Dr. Opitz wurden damals einer breiten Öffentlichkeit bekannt, da man Sitzungen der Volkskammer direkt im Fernsehen übertrug. Was dieser Mann verschwieg, war die Tatsache, daß in der DDR die Todesstrafe 1987 abgeschafft und seit 1981 kein Todesurteil mehr vollstreckt wurde. Nun war ich erst von Juli 1988 an Stellvertreter des Ministers und in dieser Funktion für den Strafvollzug zuständig. Ich konnte demnach nicht in Frage kommen. Daher mußte ich mich wehren. Also schrieb ich einen offenen Brief an alle Fraktionen der Volkskammer. Ich bat um öffentliche Richtigstellung und forderte von Dr. Opitz eine Entschuldigung. Nichts passierte. Das von den „Bürgerrechtlern“ damals immer geforderte Täter-Opfer-Gespräch galt nicht für mich. Ich erstattete Anzeige wegen falscher Anschuldigung nach § 228 und wegen Verleumdung nach § 138 StGB der DDR. Eine falsche Anschuldigung liegt dann vor, wenn der Täter gegenüber einem staatlichen Organ wider besseres

Auf die deutsche Klassenjustiz ist immer Verlaß Durchsichtige Augenbinden

Wissen einen anderen der Begehung einer Straftat beschuldigt. Und Hinrichtungen zu veranlassen, wenn die Todesstrafe abgeschafft ist, wäre Mord gewesen.

Am 24. 10. 1990 teilte mir Oberstaatsanwalt Priestoph von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin mit, daß er keine Veranlassung sehe, eine Klage zu erheben. Wörtlich schrieb er: „Eine Verleumdung ist in der fraglichen Äußerung des Beschuldigten nicht zu sehen. Offensichtlich hat der Beschuldigte sich geirrt, wie lange in der vormaligen DDR die Todesstrafe verhängt werden konnte.“ Diesen Irrtum unterstellte der Staatsanwalt einfach, denn Dr. Opitz hat ihn nie bekundet. Es ist auch eine eigenwillige Rechtsauffassung, wenn jeder Verleumder hinterher im stillen Kämmerlein sagen kann, er habe sich lediglich geirrt.

Die ganze Sache hatte aber noch ein köstliches Nachspiel. Im offenen Brief an die Fraktionen war auch zu lesen: „Warum aber verleumdete Sie Ihnen unbekannte Menschen ...? Wie würden Sie reagieren, wenn ich von Ihnen Dinge in die Welt setzen würde, z. B. über eine Stasi-Zusammenarbeit?“ Das schlug bei den von Haß und Beschränktheit befallenen Abgeordneten wie eine Bombe ein. Da man mich im Zusammenhang mit „hohen Offizieren der Staatssicherheit“ genannt hatte, dachte man sofort an einen gezielten Hinweis, was es jedoch nicht war. Tatsächlich tauchte eine IM-Akte auf, und die politische Karriere des Dr. Opitz war beendet.

Der zweite Fall: Seit einigen Jahren treibt ein eingefleischter Antikommunist und mediensüchtiger Historiker aus dem Westen sein Unwesen bei der Verteufelung der DDR. Er behauptet viel, ohne es wissenschaftlich zu beweisen. Seine Hetze betrifft alle Sphären der DDR und neuerdings auch einige Institutionen der BRD. Mal geifert er gegen das MfS, ein anderes Mal wettert er gegen Straßennamen von Marx und Engels. Sogar eine LPG-Straße schafft ihm Verdruß. Seinen bisherigen Höhepunkt erreichte er mit dem Machwerk „Die Täter sind unter uns“. Schon der Titel spricht Bände. Täter ist ein straf-

rechtlicher Begriff und meint das Subjekt einer Straftat. Nach Behauptungen des Autors Hubertus Knabe sind alle Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre der DDR Täter. Dabei betrachtet er die Mitarbeiter der Staatssicherheit natürlich als seine „Lieblingstäter“. Wer so den Täterbegriff ausweitet, kriminalisiert ganze Menschengruppen. Damit macht er böswillig Teile der Bevölkerung der DDR verächtlich, beschimpft und verleumdet sie. Das erzeugt eine Atmosphäre der Verdächtigungen und behindert die reale Betrachtung der Vergangenheit.

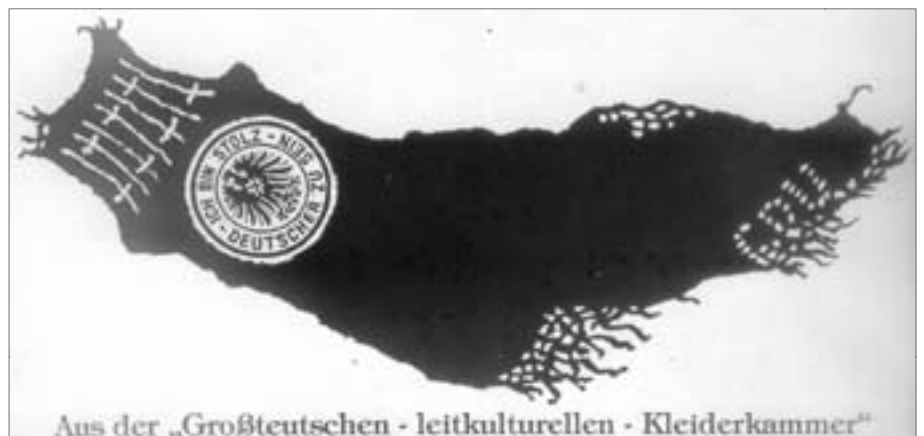
Im Jahr 2006 hat der Sprecher des Insiderkomitees, Wolfgang S., das Treiben des Hubertus Knabe als Volksverhetzung und den Täter als Volksverhetzer benannt. Im § 130 StGB der BRD wird Volksverhetzung wie folgt definiert: „Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, 1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt ... oder 2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er Teile der Bevölkerung beschimpft, ... böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird bestraft.“

In diesem Sinne war für Wolfgang S. klar, daß Knabe diesen Tatbestand erfüllt und Volksverhetzer genannt werden kann. Im Juni 2007 hat nun das Amtsgericht in Berlin-Tiergarten Herrn S. wegen Verleumdung verurteilt. Es stellte fest, daß die Annahme, Knabe sei Volksverhetzer, als Falschbehauptung bezeichnet werden müsse. Man kann in der juristischen Literatur nachlesen, daß die Unrichtigkeit einer Behauptung vor Gericht zu beweisen ist. Nur warum dieses zu der Ansicht gelangte, Knabe sei kein Volksverhetzer, erfährt man nicht. Sei es wie es sei: Nach diesem Gerichtsurteil darf man Knabe nicht so bezeichnen.

Fazit: Das Recht war und ist immer parteilich und der zum Gesetz erhobene Wille der herrschenden Klasse. Das weiß man seit dem „Kommunistischen Manifest“. Das Recht wird auch durch die Justiz der BRD in diesem Sinne konsequent gehandhabt, wie die von mir vorgestellten Fälle beweisen.

Dieter Winderlich

Grafik: Karlheinz Effenberger



Begriffliche Verrenkungen werden dann als solche erkannt, wenn sie erklärt werden sollen und nicht erklärt werden können. Zumindest sollten sie dann als Verrenkungen, als Blödsinn oder gewollte Verschleierung von irgendetwas durchschaut werden. Eine der übelsten, aber auch gefährlichsten geistigen Verrenkungen verbirgt sich unter dem von wem auch immer erfundenen Begriff „Globalisierung“.

Im Augustheft des „RotFuchs“ hat dazu dankenswerterweise Richard Georg Richter unter Bezugnahme auf die das eigentliche Problem kennzeichnende Stelle im „Kommunistischen Manifest“ Stellung genommen. Aber auch er versucht damit, „das Wesen der Globalisierung“ zu beschreiben und zu erläutern, was „unter den Bedingungen des Imperialismus ... Globalisierung“ sei, woraus man eigentlich schließen könnte, daß er „Globalisie-

würde, hätte er dazu sicherlich seinen Satz wiederholt: „Mit größerer Majestät hat noch nie ein Verstand stillgestanden!“

Genau dies kommt einem in den Sinn, wenn man sich die Äußerungen der sich klug dünkenden Leute unserer Zeit zur Erklärung der „Globalisierung“ zur Brust nimmt: In seiner Neujahrsbotschaft beschwor Herr Gerhard Schröder am 31. Dezember 2005 seine Untertanen, „die Stürme der Globalisierung“ auszuhalten. Eine aus der Schar seiner Getreuen, Frau Gesine Schwan, assistierte ihm, indem sie darauf hinwies, daß es nun für die Deutschen schwierig werde in einer „globalisierten Welt“. Frau Angela Merkel erklärte in ihrer Eröffnungsrede vor dem 36. Weltwirtschaftsforum in Davos am 25. Januar 2006: „Wir stehen vor der Herausforderung der Globalisierung, und die müssen wir gestalten.“ In

schon immer „Globalisierungsschübe“ gegeben habe. Anscheinend ist das bisher von allen Geistesgrößen der Menschheitsgeschichte völlig übersehen worden. Robert Kurz schreibt, daß Globalisierung „nichts anderes als ein eskalierender Krisenprozeß“ sei, der „sich selbst erstickt“. Andere entdecken „tiefgreifende Globalisierungswellen“ oder plädieren, da sie der Sache nichts Positives abgewinnen können, für eine „solidarisch organisierte Globalisierung“, für die „Globalisierung von unten“ oder gar für die „Politisierung der Globalisierung“, was immer das sein mag. In der Zeitschrift „Z“ war zu lesen, daß man auch den „Zusammenhang von Globalisierung, Prekarisierung, Demokratieentleerung und dem Anstieg extrem rechter Parteien ... thematisieren“ muß. Wenn das nichts ist!

Zu dem, was nun mit diesem Hauptwort-ungeheuer „Globalisierung“ umschrieben und verschleiert werden soll, hat sich Richard Georg Richter im Augustheft geäußert. Es ist also nichts anderes als der sich seit Jahrzehnten vollziehende Prozeß der Internationalisierung der gesellschaftlichen Produktion, Verteilung, Kommunikation, Information. Ein seit Jahrzehnten gebräuchlicher und auch begründbarer Begriff für die Entwicklung weltweiter oder – und hier auch richtig – globaler arbeitsteiliger Beziehungen im umfassenden Sinne. Um die mit diesem Prozeß verbundenen und an kapitalistische Eigentums- und Machtverhältnisse gebundenen Ungeheuerlichkeiten auf sozialen, politischen, militärischen und kulturellen Ebenen zu verschleiern und zu verfälschen, wurde der Begriff „Globalisierung“ erfunden, und er wird von allen, die es nötig haben, unablässig in die Welt posaunt.

Offenbar und leider haben die Deutschen eine Vorliebe für Verschleierungsbegriffe. Man denke nur an die „Ich-AG“ – ein biologisches Wunder. Wenn aber 40 Prozent aller Bundesbürger auf die eine oder andere Weise an astrologischen Humbug glauben oder abergläubisch sind, warum sollten sie sprachlichem Humbug widersprechen? Wie schon der Römer Marcus Tullius Cicero in vorchristlicher Zeit meinte, könne jeder Mensch irren, aber nur der Dummkopf verharret im Irrtum.

Jemand, der es gut mit mir meinte, klärte mich auf, als ich ihn nach der „Globalisierung“ fragte: So wie ich könne man das doch nicht sehen, denn „Globalisierung“ gebe es doch nun einmal, und das sei eben globalisieren, weltweit. Es gibt sie nun einfach, aber wahrscheinlich auch nur, weil sie unerklärbar ist wie der „liebe Gott“. Man kann jeden, der mit der „Globalisierung“ hausieren geht, der Lächerlichkeit preisgeben, wenn man ihn um eine korrekte Inhaltsbestimmung bittet.

Der „Globalisierung“ folgend haben inzwischen clevere Bürschlein flugs noch zwei Begriffsungeheuer erfunden: „Glokalisierung“ (aus Globalisierung und Lokalisierung) und „Grobalisierung“. Vielleicht klappt es damit ja auch. Der Verstand steht immer stiller!

Prof. Dr. Klaus Kannapin

Über den inflationistischen Gebrauch des Wortungeheuers „Globalisierung“ Wenn der Verstand stillsteht

„Globalisierung“ als gängigen Begriff akzeptiert. Ich tue das nicht.

Sicherlich wird jeder auch ohne kleines oder großes Lateinum allein aus der Erfahrung muttersprachlichen Gebrauchs von Fremdwörtern wissen, daß das Wort „globus“ aus dem Lateinischen kommt und Kugel, Ball oder auch Klumpen heißt. Da nun die Erde eine Kugel ist, an den Polen zwar etwas abgeflacht, aber doch eine Kugel, sagt man eben auch Erdkugel, geläufiger Erdball oder schlicht Globus, wenn man die Erde meint. Global hieße dann im übertragenen Sinne die Erde betreffend oder die Erde umfassend. Globale Probleme wären dementsprechend weltweit vorhandene Probleme. Das ist gebräuchlich und sprachlich auch erklärbar.

Wenn „globus“ also Kugel, Ball oder Klumpen heißt, dann wäre die erneute Substantivierung dieses Substantivs die Verkugelung oder Verballung (Verballhornung stünde der Sache in diesem Fall sogar eher an). Im 2006 herausgegebenen „Duden“ werden „globalisieren (weltweit ausrichten)“ und „Globalisierung, Globalisierungsgegner, Globalismus“ genannt. Immerhin wird in dieser Ausgabe vorsichtshalber „Globalisierung“ im Gegensatz zu „globalisieren“ gar nicht erst erklärt. Wie denn auch?

„Globalisierung“ könnte nur heißen, den Globus, also die Kugel kugeliger, den Ball balliger, runder zu machen. Runder als rund geht aber nicht. Wenn Georg Christoph Lichtenberg (1742–1799) heute leben

der Debatte des Bundestages am 24. Mai 2007 in Vorbereitung auf den sogenannten G8-Gipfel verkündete sie sogar, sie wolle der „Globalisierung ein menschliches Gesicht geben“. Die „tiefgründigste“ und für jeden nachvollziehbare Erklärung gab Franz Müntefering, zu der Zeit kurzfristig SPD-Chef, am 18. Mai 2005 im Deutschlandfunk: „Wir haben ... mit der Agenda 2010 schwierige Dinge machen müssen, aber die waren richtig ... Das hängt damit zusammen, daß die Globalisierung die Märkte geöffnet hat und das Geld weit unterwegs ist. Das hängt damit zusammen, daß Europa zusammenwachsen muß, und das hängt damit zusammen, daß wir sehr viel länger leben.“ Ihm assistierte Herr Finanzminister Peer Steinbrück, als er zum Beispiel ebenfalls im Deutschlandfunk am 31. Mai 2007 flötete: „Ich meine, wir Deutschen wollen alle ein T-Shirt für 4 oder 5 Euro haben. Wir wollen alle mit 19 Euro nach Malle fliegen. Wir wollen einen DVD-Player haben für 39,95. Das ist Ausdruck der Globalisierung! Das muß man sehen. Das sind die Vorteile dieser Globalisierung.“ Darauf muß ein denkender Mensch überhaupt erst einmal kommen.

Leider benutzen auch klügere, sogar um ein Vielfaches klügere Menschen diesen erfundenen Begriff und versuchen sogar, „Theorien der Globalisierung“ zu entwickeln. Eine davon besagt, daß es sich bei ihr „um einen allgemeinen Prozeß der Menschheitsgeschichte“ handele und es

In DDR-Zeiten gehörte die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft „Einigkeit“ Gehrden zu den größten Agrarbetrieben des Kreises Zerbst. Sie wurde Anfang 1953 gegründet und schrieb bis zu ihrem Ende nach der sogenannten Wende ein gutes Stück Geschichte der Genossenschaftsbewegung der Region. Besonders in ihrem Einzugsgebiet (Gehrden, Lübs, Prödel, Dornburg) verlieh sie dem dörflichen Leben kräftige Impulse. 1960 wurde sie auf dem VI. Deutschen Bauernkongreß in Rostock mit dem Vaterländischen Verdienstorden ausgezeichnet. An einige Vorgänge und Zahlen, besonders aus dem Gründungsjahr, erinnere ich mich noch lebhaft. Meine Notizen habe ich nicht aus Nostalgie oder gar „Ostalgie“ zu Papier gebracht, sondern aus Achtung vor Leistungen, die von Menschen auf dem Lande in der Nachkriegszeit unter den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR vollbracht wurden.

Am 27. Januar 1953 schlossen sich in Gehrden neun Neubauernwirtschaften mit 16 Frauen und Männern in freier Entscheidung zu einer LPG vom Typ I zusammen. Als Vorsitzender wurde der Neubauer Walter Schöbel gewählt. Der landwirtschaftliche „Großbetrieb“ verfügte zu diesem Zeitpunkt lediglich über eine Ackerfläche von 48,13 Hektar. Hinzu kamen 2,34 Hektar Wiese. Bis zum Ende des Jahres stieg die Zahl der Mitglieder auf 25 (11 Männer und 14 Frauen) an. Jetzt waren 11 Wirtschaften mit einer Nutzfläche von 101 Hektar einbezogen. Nach der offiziellen Gründungsfeier, die auf dem Stützpunkt der Maschinen- und Traktorenstation (MTS) Gehrden stattfand, ging es sofort mit der genossenschaftlichen Arbeit los.

Auf der ersten Vollversammlung am 9. März 1953 wurde der Produktions- und Finanzplan beschlossen. Das Han-

Der steile Aufstieg der LPG „Einigkeit“ Gehrden Start mit einer Pferdestärke

die Kartoffel- und Rüben Aussaat melden. Auch bei der Planerfüllung für tierische Erzeugnissen schnitt er gut ab.

Ende April 1953 wurden durch die Einbeziehung eines weiteren Hofes Voraussetzungen geschaffen, zum höheren Typ III überzugehen, der nicht nur die gemeinsame Bewirtschaftung der Ackerflächen, sondern auch die kollektive Viehhaltung vorsah. Im Juni 1953 verfügte die LPG Gehrden über 19 Stück Jungvieh, 19 Kühe, 19 Schafe, 44 Schweine und 6 Pferde.

Anfang Juli 1953 kam für die LPG-Mitglieder ein besonderer Tag: Der erste im Kreisgebiet Zerbst eingesetzte Mähdräher, ein sowjetischer „S 4“, brachte ihre Wintergerste ein.

Damals erklärte ein Landarbeiter im Gespräch mit der „Volksstimme“: „Ich habe allerhand gesehen. Seit 1945 hat sich ja bei uns schon so manches verändert. Aber beim ‚S 4‘ bleibt mir die Spucke weg.“ Diese heutzutage naiv anmutenden Worte entsprachen durchaus in jener schweren Zeit des Neubeginns der Situation.

Auf dem Zerbster Heimatfest wurde die Gehrden LPG am 15. August 1953 als beste unter den 33 inzwischen bestehenden Genossenschaften des Kreises ausgezeichnet. Sie erhielt eine Prämie von 1 000 Mark, was damals viel Geld war, und eine Wanderfahne.

Auch in den folgenden Jahren spürten die Menschen in den vier zu Gehrden gehörenden Ortschaften das soziale sowie das kulturell-sportliche Engagement ihrer immer größer werdenden LPG. Durch deren Eigeninitiative entstanden 1962

in Lübs mit einem Kostenaufwand von 68000 Mark ein moderner Kindergarten und eine Kinderkrippe. Bald gab es auch eine erfolgreiche Volkstanzgruppe und einen Chor der Genossenschaft. Nicht selten waren Künstler zu Gast. Und auch der Sport kam nicht zu kurz. Die LPG sorgte dafür, daß sich die Sektionen Fußball, Tischtennis, Reiten und Leichtathletik gut entwickeln konnten.

Selbst im Ausland begann man sich für die rührige LPG zu interessieren. Delegationen aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern reisten an. So konnten die Genossenschaftsbauern z. B. eine polnische Abordnung unter Leitung des damaligen Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz begrüßen, der sich 1961 mit dem Aufbau und der innerbetrieblichen Organisation des Gehrden Landwirtschafsbetriebes vertraut machte. Tschechoslowakische Gäste fragten ihre DDR-Kollegen nach Strich und Faden über das Geheimnis ihrer Erfolge aus. Besucher aus Österreich, Italien, Frankreich, Marokko, Belgien und der BRD informierten sich an Ort und Stelle über die Lebensbedingungen der Genossenschaftsbauern. Im Spätherbst 1965 erschien sogar ein japanisches Fernseheteam, um Aufnahmen in der LPG „Einigkeit“ Gehrden zu machen.

Günther Röska

Unser Autor war von 1967 bis 1974 Lehrer in Lübs, Kreis Zerbst, und schrieb eine Broschüre mit dem Titel „Vom Ackerpferd zum E 512 – Aus der Geschichte der LPG „Einigkeit“ Gehrden“.

**Wo Oskar recht
hat, hat er recht**



**Gestaltung:
Heinz Herresbach**

delskontor Zerbst verpflichtete sich zu Unterstützung der jungen LPG. Hinsichtlich der Betreuung des Viehs kam man mit dem Zerbster Tierarzt Dr. Siebeck überein. Auch die MTS tat ihr Bestes, um den Genossenschaftsbauern spürbar unter die Arme zu greifen. Das war auch dringend notwendig, denn die Bauern besaßen anfangs nur ein einziges Pferd! Am 30. April wurde dann ein offizieller Freundschaftsvertrag zwischen den Arbeitern der MTS und den Bauern der LPG unterzeichnet. Schon zwei Monate nach ihrer Gründung konnte der neue Betrieb als erste Genossenschaft im Kreis den Abschluß der Frühjahrsbestellung bis auf

Am **1. Dezember** um **10 Uhr** spricht **Dr. Udo Stegemann**, Potsdam, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Neubrandenburg** im Soziokulturellen Zentrum „Arche N“, Reitbahnweg 38, zum Thema

**Über den Wert
der ideologischen
Arbeit**

Die **RF-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** lädt für den **1. Dezember** um **10 Uhr** zu einer Veranstaltung in Chemnitz, Rathaus, Lohstraße 2 (Getreidemarkt), ein.
Prof. Dr. Detlef Joseph spricht über das Thema

**Wie
antifaschistisch
war die DDR?**

Wie ich durch Zufall auf einen Gesinnungsgenossen stieß Fähnrich Johannes

Meine voraussichtlich letzte Arbeitsstelle fand ich 1998 nach kurzer Erwerbslosigkeit in einer mittelständischen Firma, die Kunststoffprofile herstellt und daraus auch Fenster produziert. Obwohl schon fast 52, wurde ich für die Extrusion eingestellt, also den Bereich, wo diese Profile im Dreischichtbetrieb gefertigt werden.

Gleich in den ersten Tagen lernte ich Johannes kennen. Er war nur wenig jünger als ich und Spätaussiedler aus der zerfallenen Sowjetunion. Wir kamen uns näher, weil ich mit meinen schwachen Russisch-Kenntnissen Dinge verstand, die er nicht auf Deutsch ausdrücken konnte. Eines Tages, bei gemeinsamer Arbeit, fragte er mich, ob ich in der DDR vielleicht Offizier gewesen sei. Er fand, wie er sagte, mein Auftreten sei sehr abweichend vom Verhalten der meisten anderen. Ich bejahte seine Frage. Da bekannte er sich als Kommunist und Fähnrich der Sowjetarmee, der aus blanker Not und Verzweiflung nach Deutschland gekommen sei. Er hatte in Rußland bereits zwei Herzinfarkte überlebt, war aus der Armee entlassen und bezog die in jener Zeit übliche Rente nach 25 Dienstjahren. Bis eines Tages die Zahlungen der nunmehr Russischen Streitkräfte immer unregelmäßiger kamen und manchmal ganz ausblieben. Er wußte nicht ein noch aus und besann sich seiner deutschen Abkunft.

Es war ganz einfach, erzählte er mir. Nur die Mitgliedschaft in der KPdSU und seinen Dienstgrad verschwieg er bei den drängenden Befragungen durch deutsche Beamte. Er redete sich mit Floskeln heraus. Aber was sollte er tun? Johannes fand Arbeit in der erwähnten Firma und konnte so sein Leben bestreiten. Einen weiteren Herzinfarkt überlebte er, wurde nun allerdings für teilweise berufsunfähig befunden und bekam eine kleine Rente, die aber nicht zum Leben reichte. Also ging er wieder arbeiten, mußte aber kürzer treten. Der Firmenchef und Gründer des Unternehmens hatte ein Herz und beschäftigte ihn als Hilfsarbeiter.

Eines Tages klappte Johannes bei der Arbeit leichenblass in sich zusammen. Der Notarzt war schnell da, und wir hörten lange nichts voneinander. Doch zu unserer Freude erschien er dann wieder im Betrieb. Er ließ uns wissen, daß ein Antrag auf volle Berufsunfähigkeit laufe, vorerst aber müsse er sich arbeitslos melden.

Später, es war Anfang Februar, rief er mich an und bat um Hilfe. Er hatte vom Arbeitsamt Post erhalten, wegen Leistungsbetruges alle bisherigen Zahlungen zurückzuerstatten. Überdies sei sein Versicherungsschutz erloschen. Nach einigem Hin und Her konnten wir in Erfahrung bringen, daß sich die Gesetzeslage geändert hatte, und der Bezug von zwei Leistungen, Rente plus Arbeitslosengeld,

nunmehr als Betrug betrachtet wurde. Ein Anwalt mußte eingeschaltet werden. Johannes erkrankte, sicher streßbedingt, erneut. Ich hatte inzwischen meinen Job verloren, nach der in unserer Firma üblichen Winterpause wurde ich einfach nicht mehr eingestellt. Vermutlich, weil mein Stundenlohn zu hoch war und neu in den Betrieb gekommene Spätaussiedler mit weniger Geld zufrieden sein mußten. Johannes erholte sich nur langsam. In dieser Phase lief ihm auch noch die Lebensgefährtin mitsamt den Möbeln davon. Er fand nur die fast leere Wohnung

vor. Seine verheiratete Tochter half ihm. Wir verloren uns aus den Augen. Doch dann gab mir ein ehemaliger Kollege die neue Telefonnummer. Ein, zwei Anrufe waren erst einmal alles. Aber inzwischen hat sich Johannes wieder gemeldet. Er wohnt in eigenen vier Wänden, gar nicht weit von mir. Es geht ihm besser, die Rente ist bewilligt, und er zeigt auch wieder Interesse am politischen Geschehen. So habe ich in der schwarzen Region einen Genossen für den Gedankenaustausch zurückgewonnen.

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Einer, der früher zu uns gehörte und in der BRD angekommen ist Der rastlose Frank

Einige Tage arbeitete ich schon in der Firma, da lernte ich Frank kennen. Er war Ende Zwanzig, machte einen netten und kompetenten Eindruck und fiel durch seinen Dialekt auf. Der paßte nicht zu Niedersachsen. Wir kamen bei gemeinsamen Schichten ins Gespräch. Frank stammte aus Magdeburg. Sein Vater war in der DDR ein wichtiger Mann bei der Bezirkseinsatzleitung. Der Sohn folgte ihm auf dem militärischen Pfad und hatte 1989 gerade die Offiziersausbildung als Leutnant des MfS abgeschlossen. So „gebrandmarkt“, ging die Familie in die Fremde, um dort Arbeit und ein Auskommen zu suchen. Der Vater verband sich nach gescheiterter Ehe mit einer anderen Frau und wurde LKW-Fahrer. Die Mutter fand ebenfalls einen Job. Frank, verheiratet und mit Kind, begann als Arbeiter in einem Kabelwerk, wechselte dann aber in die Firma, in der ich später auch beschäftigt war. Dort begegneten wir uns.

Frank hat die DDR und jegliche Politik inzwischen „hinter sich gelassen“. Er ist jetzt ganz der überall angepriesenen kleinstädtischen Gier nach Geld und Geltung verfallen. Dazu instrumentalisierte er seine Familie wie die Firma. Er schleimte sich in die Position des Schichtplaners hoch. Bis dahin wurde am Freitag irgendwie die kommende Woche organisiert. Persönliche Vorhaben ließen sich so nur eingeschränkt ins Auge fassen. Nun plante Frank für einen ganzen Monat, und sich selbst ausschließlich in die Nachtschicht. Es funktionierte, und er sicherte sich ständig einen steuerfreien Zuschlag von 25 Prozent. Damit verdiente er netto mehr als die Meister. Im Anschluß an die Nachtschicht zum Samstag blieb er gern bis Mittag. Das brachte wieder sechs bis acht zusätzliche, diesmal schwarz bezahlte Stunden. Und er hatte Zeit für seine Nebenjobs. Tagsüber und

an den Wochenenden fuhr er Mietwagen, also Krankentransporte, Taxitouren und ähnliches. Nebenbei malerte er mit einem Freund in privaten Neubauten. Auch das war natürlich Schwarzarbeit.

Wen wunderte es da, daß er eines Tages mit einem Hörsturz im Krankenhaus landete. Aber inzwischen war ein Haus gekauft worden. Seine Frau versah als Angestellte einen Kiosk. Beide hatten überdies einen Internetvertrieb für irgendwelche obskuren Mittelchen. Sein noch junger Körper verkraftete aber den Schock, regenerierte sich. Frank stieg voll wieder ein.

In der Firma machte er sich nun fast unersetzlich. Als Schichtleiter für die Nacht, als Planer für den ganzen Bereich, als Gesprächspartner für den Juniorchef, wenn der zu später Stunde durch die Hallen geisterte. Kurz gesagt, Frank ist im Kapitalismus angekommen. Haus, Auto, angeben, und dafür bis zum Umfallen schuften, ist inzwischen sein Lebensinhalt. Es gilt nur das Heute, Jetzt und Hier.

Mit dem Ende meiner Berufstätigkeit habe ich ihn aus den Augen verloren, aber aus dem Sinn ist er mir nicht gegangen. Wie wenig blieb doch in den ersten zwanzig Jahren bei ihm haften, daß er ohne moralische Hemmungen vom hoffnungsvollen jungen Offizier zum Arbeitstier für den scheinbar glücklichen Augenblick mutierte. Irgend etwas kann in der Familie, in den Massenorganisationen, in zwölf Jahren Schule, in der Lehre und auf der Offiziersschule nicht gestimmt haben. Ich denke immer wieder darüber nach, wie wenig wir doch bei manchem, ja bei vielen dauerhaft auszurichten vermochten. Die gesellschaftliche Praxis in der DDR hat nicht selten eher Karrieredenken und Bereitschaft zur Anpassung, also Opportunismus, hervorgebracht als das erhoffte Bewußtsein.

R. G. R.

Nach dem Ersten Weltkrieg übertrug der Völkerbund Großbritannien das Mandat über Palästina mit der Maßgabe, dort eine jüdische „Heimstätte“ zu schaffen. Das entsprach der durch die britische Regierung gegenüber der zionistischen Weltorganisation 1917 übernommenen Verpflichtung („Balfour-Deklaration“). Das Mandat sah keine Schritte zur Entwicklung eines unabhängigen Staates in Palästina vor. Es umfaßte das Territorium beiderseits des Jordan vom Mittelmeer bis zur syrischen, irakischen und (heutigen) saudi-arabischen Grenze. Um die zionistische Ansiedlung auf das Territorium westlich des Jordan zu beschränken, errichteten die Briten 1921 das Emirat Transjordanien. Alle Bestimmungen des Mandats, die nicht die jüdische Kolonisation betrafen, blieben bestehen. Als Emir setzten sie Abdallah ben Hussain al Haschemi, Sohn des später von den Saudis entmachteten Scherifen von Mekka, als Lohn für anti-osmanische Dienste im Ersten Weltkrieg ein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg brach die britische Kolonialmacht in Palästina zusammen. Die sprunghaft wachsende Zuwanderung von Überlebenden des Holocaust aus Europa verschärfte bereits bestehende Konflikte mit der von einer inneren Krise zerrütteten Kolonialmacht wie zwischen den Bevölkerungsteilen. Als die Briten die Situation nicht mehr unter Kontrolle bringen und ihre imperialistischen Ziele nicht mehr aus eigener Kraft realisieren konnten, übergaben sie die Palästinafrage an die UNO. Die Hoffnung Großbritanniens, Unterstützung für die Weiterführung der Mandats Herrschaft zu erlangen, scheiterte. Die USA verfolgten schon eigene Interessen. Und sowohl ein bedeutender Teil der jüdischen Siedler und der zionistischen Organisationen als auch die arabischen Palästinenser forderten mit Nachdruck ein Ende des Mandats. Ben Gurion und andere zionistische Führer hätten jedoch eine Verlängerung der britischen Herrschaft bevorzugt.

Der Vorschlag der arabischen Staaten, Palästina schnellstmöglich die Unabhängigkeit zu übertragen, fand in der UNO-Vollversammlung ebenso keine Mehrheit wie der sowjetische Vorschlag der Bildung eines demokratischen arabisch-jüdischen Einheitsstaates mit gleichen Rechten für Araber und Juden. Der sowjetische Vorschlag stützte sich u. a. auf die Erfahrung mit der kommunistischen Partei Palästinas. Die älteste kommunistische Partei des Nahen Ostens (sie wurde 1919 gegründet) vereinte jüdische und arabische Mitglieder, die auch nach der 1943 erfolgten Bildung eigenständiger Parteien weiter solidarisch zusammenwirkten.

Angesichts Großbritanniens Krise hing das Schicksal Palästinas faktisch von den Großmächten USA und UdSSR ab. Die Position der USA war zweischneidig: Während Präsident Truman und die Dulles-Brüder die Bildung eines jüdischen Staates favorisierten, waren einflußreiche Mitglieder seiner Regierung, vor allem Außenminister Marshall, dessen Nachfolger Acheson sowie Verteidigungsminister Forrestal

Vor 60 Jahren beschloß die UNO Palästinas Teilung Die historische Wahrheit

und General Eisenhower strikt dagegen. So gab schließlich die Position der UdSSR, die konsequent für die Beendigung der kolonialistischen Mandats Herrschaft eintrat, den Ausschlag.

Der Vertreter der UdSSR, A. A. Gromyko, erklärte auf einer Palästina-Sondertagung der Vereinten Nationen und schließlich auf der entscheidenden Sitzung der UNO-Vollversammlung am 26. 11. 1947, daß angesichts der unversöhnlichen Positionen der beiden Bevölkerungsteile die sowjetische Delegation nur der von der beauftragten UNO-Kommission empfohlenen „zweiten Variante, der Teilung Palästinas in zwei selbständige unabhängige demokratische Staaten – in einen arabischen und einen jüdischen“ – ihre Stimme geben könne. Die UdSSR ging davon aus, daß damit die antikolonialistischen Kräfte gestärkt würden und auch ihre eigene Position gegenüber dem damals als Hauptkontrahenten im Nahen Osten betrachteten Großbritannien.

Die sowjetische Führung begründete das „Recht der Juden auf einen eigenen Staat ... insbesondere angesichts der unbeschreiblichen Leiden und Opfer des jüdischen Volkes im letzten Krieg, ... der von den faschistischen Henkern ermordeten sechs Millionen Juden“. Gleichzeitig betonte sie, „daß den arabischen Völkern, wenn sie von der Sowjetunion Hilfe erwarten im Kampf für ihre legitimen Interessen und beim Versuch, sich von den Resten der internationalen Abhängigkeit zu befreien, Moskau mehr als einmal zur Seite stehen wird“.

Am 29. November 1947 beschloß die UNO-Vollversammlung die Resolution 181 zur Beendigung des britischen Mandats über Palästina, die Teilung des Mandatsgebiets und die Errichtung eines unabhängigen jüdischen und eines arabischen Staates.

Die beiden Staaten sowie ein internationales Sonderregime für den Stadtbezirk

von Jerusalem sollten „nicht später als am 1. Oktober 1948 zu bestehen anfangen“. Die Grenzen des arabischen und des jüdischen Staates sowie des Stadtbezirks von Jerusalem wurden in einem gesonderten Teil der Resolution im Detail festgelegt.

Laut „Teilungsbeschuß“ waren für den zu bildenden jüdischen Staat – bei einem Bevölkerungsanteil von ca. einem Drittel Juden (seit 1922 wuchs dieser von 86 000 auf ca. 600 000) – 14 100 km² (56 %) für den arabischen Staat 11 100 km² (43 %) und für die Internationale Zone Jerusalem 1 % des Territoriums des bisherigen Mandatsgebiets vorgesehen. Hintergrund dieser Relation war, daß nach dem Völkermord des deutschen Faschismus an den europäischen Juden der internationale Rückhalt für die Bildung eines lebensfähigen jüdischen Staates mit einem aufnahmefähigen Territorium sehr groß war.

Der Teilungsplan bedeutete auch, daß zahlreiche Dörfer und mehrere Städte mit ausschließlich arabischer Bevölkerung (insgesamt ca. 400 000 Menschen) gegen ihren Willen zu Israel kamen. Angesichts der bestehenden Gegensätze zwischen beiden Bevölkerungsgruppen waren damit Konflikte vorprogrammiert. Für die Resolution stimmte mit der UdSSR und den USA die UNO-Mehrheit. Großbritannien enthielt sich der Stimme. Nicht nur die arabische Seite lehnte den UNO-Teilungsplan ab. Auch die von den späteren israelischen Regierungschefs Begin und Schamir geführten zionistischen Milizen erklärten den Vorschlag für „illegal und für das jüdische Volk nicht bindend“.

Bald losbrechenden erbitterten bewaffneten Kämpfen zwischen zionistischen Milizen und Arabern folgten die Proklamation des Staates Israel, der erste israelisch-arabische Krieg, weitere Kriege und Jahrzehnte des den Weltfrieden gefährdenden Nahost-Konflikts.

Bernd Fischer

Krokodilstränen um Myanmar

Washington hat einen neuen „Schurkenstaat“ entdeckt: Das Militärregime in Myanmar (Burma) steht auf seiner Abschußliste. Imperialistische Politiker – an ihrer Spitze die gerne einen Schritt vorauseilende Bundeskanzlerin – überschlagen sich einmal mehr in zynischer Menschenrechtsheuchelei. Dabei dienen ihnen die in Rangun erschossenen Demonstranten, die gegen von der Weltbank und dem IWF geforderte massive Preiserhöhungen protestierten, als willkommener Vorwand. Sie wollen die von

ihnen gezüchtete und ausgehaltene „pro-westliche Opposition“ ans Ruder bringen, um in dem zwischen China und Indien strategisch günstig gelegenen Land ihre Stützpunkte zu errichten. Überdies geht es darum, der bereits von Konzernen der USA und Frankreichs wie Chevron und Total betriebenen Erdgasausbeutung in Myanmar weitere „Investitionen“ folgen zu lassen. Das zur Schau gestellte „Mitgefühl“ besteht aus Krokodilstränen.

R. F.

Warum die KP Venezuelas sich nicht in der PSUV aufgelöst hat Eine Massenorganisation als Partei?

Im revolutionären Venezuela vollzieht sich mit rasantem Tempo und beeindruckendem Elan der Aufbau der Vereinigten Sozialistischen Partei (PSUV) des Präsidenten Hugo Chávez. Dem persönlichen Freund Fidel Castros und engen Verbündeten Kubas ist es gelungen, 24 kleinere Parteien und Gruppierungen, die seinen Kurs auch bisher bejahten, in der PSUV zusammenzuführen. Die älteste politische Formation des Landes – die kampferprobte KP Venezuelas (PCV) – faßte auf ihrem Kongreß zu Jahresbeginn indes den Beschluß, Chávez und seine neue Partei zwar politisch zu unterstützen, sich aber nicht in der PSUV, wie ihr vorgeschlagen worden war, aufzulösen. Während sich eine Minderheit der Mitglieder des ZK der PCV dieser anschloß, vertrat die Parteitagsmehrheit den Standpunkt, ein Beitritt zur PSUV komme unter den derzeitigen Bedingungen nicht in Frage. Venezuelas revolutionärer Prozeß bedürfe auch in Zukunft der kritischen und solidarischen Begleitung durch eine marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse, zumal sich die PSUV nicht am wissenschaftlichen Sozialismus orientiere. Wie verlautete, soll Chávez allen, die sich als Marxisten-Leninisten empfinden, ausdrücklich geraten haben, der PCV beizutreten. Übrigens sind auch die beiden sozialdemokratischen Parteien, die der Präsident ebenfalls zur Teilnahme an der PSUV aufgefordert hatte, nicht in dieser aufgegangen.

Wie zu erfahren war, ließen sich für die „den Sozialismus“ anstrebende neue Partei bereits 5,7 Millionen Anwärter registrieren. In einigen Landesteilen Venezuelas überstieg die Zahl der eingetragenen PSUV-Aspiranten sogar die Gesamtheit jener, welche bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 für Chávez votiert hatten. Auf ihn waren im Maßstab der Republik 7,3 Millionen Stimmen entfallen. Wie im Juli mitgeteilt wurde, sollte auf mehr als 20 000 Versammlungen in allen Provinzen das politische Programm der Partei diskutiert werden. Dort ging es auch um die Wahl von Delegierten zum Gründungskongreß. Wie Venezuelas Vizepräsident Jorge Rodríguez bekanntgab, beabsichtigt man auf dem nationalen Territorium über 20 000 „sozialistische Bataillone“ aus jeweils 300 Bewerbern um eine Parteimitgliedschaft zu bilden. 25 000 „Stimulierer“ (Promoter) sollten in sämtlichen Städten und Gemeinden Beratungen einberufen. 16 000 von ihnen hatte Chávez bereits im Frühsommer persönlich vereidigt. Für die zum Ankurbeln der Parteibildungskampagne Ausgewählten wurden Wochenendkurse abgehalten, um sie mit der Methodik der Durchführung von Versammlungen vertraut zu machen. Jedes „sozialistische Bataillon“ sollte drei Zusammenkünfte einberufen und einen

Sprecher zur Teilnahme am Gründungsparlament wählen. Weiter wurde festgelegt, daß von den „Bataillonen“ Fragen zur PSUV-Struktur und „Konzepte wie Demokratie, Sozialismus, Souveränität und Antimperialismus“ zu erörtern seien.

Vor 15 000 PSUV-Aktivisten erklärte Präsident Chávez in Caracas, ein wichtiger Grund für die Schaffung der neuen Partei sei die „Konsolidierung der Revolution, deren Führung nicht einer Person allein überlassen werden“ könne. Kein anderer als Fidel habe ihm bedeutet, daß der revolutionäre Prozeß ohne Chávez „in den Wind gesetzt“ würde, sagte der venezolanische Staatschef. So sei er zu der Erkenntnis gelangt, „daß der Revolution ohne eine Partei, ohne eine große politische Maschine kein Erfolg beschieden“ sein könne. Seine Absicht sei es, „die größte Partei nicht nur in der Geschichte Venezuelas, sondern in ganz Lateinamerika zu schaffen“. Die PSUV werde „eine Partei der organisierten Massen, der organisierten Fronten, der Massenbewegungen, der großen Gruppen und der unterschiedlichen politischen Blöcke“ sein. Wie zu erfahren war, ist fast ein Drittel der als

Anwärter registrierten PSUV-Sympathisanten jünger als 30 Jahre.

Ohne Zweifel besitzt Venezuela in Hugo Chávez nicht nur einen charismatischen Führer, begnadeten Redner und entschlossenen Revolutionär. Mit seinem kompromißlosen Kampf gegen den Imperialismus, vor allem den der USA, und seiner Absicht, die gesellschaftlichen Verhältnisse im Lande nachhaltig zu verändern, hat er eine Mehrheit des Volkes hinter sich gebracht. Dabei ist es unwesentlich, ob die im Sommer in Caracas verbreiteten Zahlen-Prognosen den Praxistest in vollem Umfang bestehen werden. Offensichtlich handelt es sich bei der PSUV eher um eine Massenorganisation als um eine in sich geschlossene politische Partei. Die Entscheidung der venezolanischen Kommunisten, die PCV nicht voreilig aufzulösen und statt dessen deren anwachsende Reihen bei gleichzeitiger Unterstützung des Chávez-Lagers weiter zu stärken, Marx, Engels und Lenin auch in Zukunft die Treue zu halten, entspringt offensichtlich einer nüchternen Analyse der realen Situation.

**R. F., gestützt auf
„Venezuelanalysis“, Caracas**

**Hugo Chávez
auf einer
Großkundgebung
der PSUV**



Einen Happen für den „RotFuchs“?

Wie „RotFuchs“-Leser wissen, ist unsere Zeitschrift zwar parteilich, aber parteipolitisch unabhängig. Sie besitzt deshalb auch kein finanzielles Hinterland. Sie hat weder Gönner noch Sponsoren, wohl aber viele tausend hilfsbereite Freunde, die sie nicht im Stich lassen. Dank der Spendenbereitschaft der Leser und der Mitglieder des Fördervereins kommen wir über die Runden. Aber die Kosten steigen ständig, und der gegnerische Druck nimmt zu. Es versteht sich, daß die Autoren sowie alle in Redaktion und Vertrieb Mitwirkenden ehrenamtlich tätig sind. Unsere Mittel stecken wir gänzlich in Herstellung und Versand des RF sowie in die politische Bildungsarbeit des Vereins.

Obwohl unser politischer Gegner – gestützt auf die Staatsmacht und das Geld des Kapitals – derzeit „oben liegt“, kapitulieren wir nicht. Wir bleiben auf dem Posten und setzen den Kampf fort. Euer „RotFuchs“ braucht auch in diesem Jahr die materielle Solidarität derer, die etwas für ihn opfern wollen. Deshalb haben wir den Überweisungsträger beigelegt. Jenen Mitstreitern indes, die keine Spende erübrigen können, danken wir für ihren moralischen Beistand.

Das RF-Kollektiv

Solidarisch mit Ungarns Kommunisten

Auch in Ungarn tobt sich rabiatere Anti-Kommunismus aus. Die politisch und ökonomisch Herrschenden unternehmen alles, um die konsequentesten Kräfte der Arbeiterbewegung auszuschalten. Der Gesinnungs- und Justizterror richtet sich besonders gegen die Führer der Ungarischen Kommunistischen Arbeiterpartei (UKAP). Die Mitglieder des siebenköpfigen Parteipräsidiums sehen sich der unmittelbaren Gefahr ihrer Einkerkung gegenüber. Am 21. September hat das Stadtgericht von Szekesfehervar den „Fall“ behandelt und das Verfahren zunächst einmal bis zum 7. November vertagt. UKAP-Vorsitzender Gyula Thürmer und seine Genossen werden bezichtigt, den Straftatbestand der Verleumdung erfüllt zu haben.

Was liegt dem makabren Geschehen zugrunde?

Im Juni 2005 kam es in der UKAP zu schweren politisch-ideologischen Auseinandersetzungen. Ihr stellvertretender Vorsitzender Attila Vajnai forderte einen grundsätzlichen Kurswechsel. Er verlangte de facto ein Zusammengehen mit den Sozialisten, die Ungarn seit 2002 regierten. Vajnai fand Unterstützung bei UKAP-Mitgliedern in Städten und Kommunen, wo beide Parteien bereits auf lokaler Ebene kooperierten. Die Mehrheit des ZK und der Basis lehnte seine Position ab. Vajnais Ziel bestand darin, die UKAP von ihrem marxistisch-leninistischen Kurs abzudrängen und in eine Hilfstuppe der Bourgeoisie und deren SP-Regierung zu verwandeln. Der Klarheit halber sei gesagt: Die Sozialistische Partei Ungarns ist eine rechtssozialdemokratische Formation und ein fester Bestandteil des kapitalistischen Systems. Ihre Führung hat nicht

das geringste mit linker Programmatik oder linken Werten zu tun.

Am 12. März 2005 wurden Vajnai und sein Anhang auf Spitzenebene aus der UKAP ausgeschlossen. Zwei Monate später trat der 21. Parteitag zusammen, der diese Entscheidung bestätigte.

Vajnai, der seine Auffassungen damals – möglicherweise über österreichische Mittelsmänner – auch an den „RotFuchs“ herantragen ließ, was eine unglückliche Veröffentlichung zur Folge hatte, wandte sich nun an das Budapester Stadtgericht. Er beantragte, die ihn und seine Gruppe betreffenden Beschlüsse der UKAP für ungültig zu erklären. Am 8. Juni 2005 wurden daraufhin sämtliche Resolutionen des 21. Parteitags aufgehoben. Die Justiz der ungarischen Bourgeoisie stellte die Zugehörigkeit Vajnais und seines Anhangs zur UKAP und deren ZK wieder her.

Für Monate war die Tätigkeit der Partei durch diese Geschehnisse faktisch blockiert, so daß sie keine Vorbereitungen für die Parlamentswahlen im April 2006 treffen konnte. Die innerparteiliche Situation war aufs äußerste angespannt.

Das Präsidium der UKAP beurteilte die richterliche Entscheidung als politischen Racheakt für ein von der Partei initiiertes Referendum im Dezember 2004, bei dem sich zwei Millionen Ungarn gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens ausgesprochen hatten. Das Budapester

Stadtgericht reagierte harsch: Es verlangte, daß die UKAP ihren Standpunkt widerrufe und erkläre, daß die Festlegungen der Justiz nichts mit Politik zu tun hätten. Die UKAP-Führung lehnte das mit Nachdruck ab. Der Vorsitzende des Tribunals entschied nun, die Staatsanwaltschaft einzuschalten. Diese erhob Anklage wegen Verleumdung gegen die Mitglieder des UKAP-Präsidiums. Ihnen droht eine Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren. Natürlich geht es den Budapester Richtern nicht um irgendwelche Formalien, sondern um einen Beitrag zur Verfolgung und Ausschaltung der ungarischen Kommunisten. Bestimmte Kreise der das Land beherrschenden Reaktion fassen sogar ein Verbot der UKAP ins Auge. Das Geschehen in Ungarn erfolgt im Rahmen der vom EU-Parlament ausgehenden antikomunistischen Hetzkampagne und ist Bestandteil einer Tendenz zur Faschisierung, die in einigen Ländern des Kontinents – darunter der BRD – bereits weit vorangeschritten ist.

Der „RotFuchs“ drückt den von der ungarischen Klassenjustiz angegriffenen und bedrohten Genossen seine Solidarität aus. Gemeinsam mit vielen aufrechten Antifaschisten fordern wir: Hände weg von Gyula Thürmer und der UKAP! Freiheit für die Kommunisten in Ungarn!

R. F., gestützt auf eine Erklärung des Vorsitzenden der UKAP

Zehn Jahre lang führte das Pentagon seinen chemischen Krieg Vietnams Agent-Orange-Opfer

Zu den brutalsten Menschenrechtsverbrechen der USA gehört zweifellos der ein Jahrzehnt andauernde Einsatz des „Entlaubungsmittels“ Agent Orange gegen die Zivilbevölkerung Südvietnams.

Am 18. Juni fand vor dem New Yorker Appellationsgerichtshof das Berufungsverfahren gegen die mehr als zwei Jahre zurückliegende Entscheidung von Richter Jack Weinstein statt, die Klage von Opfern gegen den USA-Chemiewaffenkrieg in Vietnam brüsk abzuweisen. Die Anwälte von 36 einschlägigen Unternehmen – angeführt durch die Konzerne Monsanto und Dow Chemical – versicherten einmal mehr, ihre Mandanten hätten lediglich Washingtons Weisungen ausgeführt. Das Geschehen im Gerichtssaal erinnerte fatal an das Gebaren der Angeklagten und ihrer Verteidiger in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen.

Das Urteil der zweitinstanzlich tätigen Richter Robert Sack, Roger J. Miner und Peter Hall läßt indes noch auf sich warten. Durch die „Entlaubungschemikalie“ Agent Orange – vom Pentagon angeblich

nur zur „Aufhellung“ des Dschungels und zur Vernichtung von Ernten eingesetzt – haben drei Millionen Vietnamesen und deren Angehörige schwerste gesundheitliche Schäden davongetragen und unermeßliche Qualen erlitten. Bis heute ist die Zahl der Opfer in der zweiten und dritten Generation nicht zu beziffern.

Zwischen 1961 und 1971 wurde der Dioxin enthaltende Kampfstoff fast täglich angewandt. Er zog schlimmste Geburtsdefekte und furchtbare Deformationen nach sich. Etwa 5 Millionen Vietnamesen waren ihm ausgesetzt. Die bedrückenden Bilder vom Schicksal der Betroffenen gingen und gehen um die Welt.

Über Südvietnam wurden von USA-Flugzeugen rund 82 Millionen Liter der giftigen Chemikalie versprüht. Außer den erwähnten Folgen für die Land- und Forstwirtschaft verseuchten sie Flüsse und Seen. Vor allem aber trafen sie die Menschen.

Die Vietnamesische Vereinigung der Opfer von Agent Orange/Dioxin (VAVA) brachte in den USA jene Konzerne vor

Gericht, welche an der Produktion Milliarden Dollar „verdient“ hatten. Im März 2005 wies Richter Weinstein ihre Klage ab. Es wurde sofort das zulässige Rechtsmittel eingelegt. So fand der Prozeß in der nächsten Instanz seine Fortsetzung. Sollte diesmal zugunsten der Kläger entschieden werden, käme es zur Auswahl einer Geschworenengury. Deren Entscheidung wäre bei einem entsprechenden Votum für die finanzielle Entschädigung Tausender Nachkommen der Erstbetroffenen von Gewicht, könnte aber das immense menschliche Leid unzähliger Vietnamesen nicht kompensieren.

R. F., gestützt auf „The New Worker“, London

Am **2. Dezember** begeht unser langjähriger Leser, der Mathematiker und Genosse

Jürgen Urbanek

aus Ratingen, seinen **65. Geburtstag**. Das „RotFuchs“-Kollektiv wird sich stets daran erinnern, daß er der jungen Zeitschrift in den schweren Jahren des Anfangs solidarisch zur Seite gestanden hat. ■

Zunehmende Klerikalisierung der russischen Gesellschaft

Orthodoxer Obskurantismus

Wie in den anderen ehemals sozialistischen Ländern hat die Konterrevolution auch in Rußland viele Menschen in materielles Elend gestürzt und geistige Leere hinterlassen. In ihrer Not suchen viele einen Halt in der Religion. Diese hat geradezu eine Renaissance erfahren. Neben dem Islam in den südlichen Gebieten gilt dies vor allem für die russisch-orthodoxe Kirche. Fast zwei Drittel der Bevölkerung bezeichnen sich wieder als orthodox. Am religiösen Leben nimmt zwar die Mehrheit davon nicht teil, dennoch sind die Kirchen voll. Neue Gotteshäuser schießen wie Pilze aus dem Boden.

Bis 1917 war die orthodoxe Kirche eine aufs engste mit der zaristischen Selbstherrschaft verbundene Staatskirche. Mit der Revolution wurde eine strikte Trennung von Kirche und Staat herbeigeführt. Diese wird jedoch seit der Konterrevolution mehr und mehr aufgebrochen. Der orthodoxe Klerus nimmt wieder zunehmend Einfluß auf Staat und Politik.

Bei wichtigen Veranstaltungen sieht man die Kirchenfürsten direkt neben der Staatsführung. Wie Jelzin holte sich auch Putin bei seiner Inthronisation den Segen des Patriarchen. Auf den neuen Fahnen der Streitkräfte prangt das Georgskreuz. Popen segnen neue Waffen. Führende Vertreter des Staates nehmen an religiösen Zeremonien teil. Ende August hat der Klerus auf 800 Seiten die sogenannte Russische Doktrin als „Projekt zur Modernisierung Rußlands auf der Basis geistig-moralischer Werte und einer konservativen Ideologie“ vorgelegt. Er versucht, damit noch massiver in die politische Entwicklung einzugreifen.

Im Vordergrund steht seit längerem das staatliche Bildungswesen. Gefordert wird ein für alle Schüler obligatorisches Unterrichtsfach „Grundlagen der russisch-orthodoxen Kultur“ an den allgemeinbildenden Schulen. Es wurde in einigen Gebieten von den dortigen Behörden trotz des Protests von anderen Glaubensgemeinschaften angehörenden Eltern und Atheisten bereits eingeführt. An mehreren Hochschulen stehen Elementarkurse in russischer Orthodoxie für alle Studierenden auf dem Programm.

Im März verabschiedete das „XI. Weltkonzil“ eine Resolution über „Die Entwicklung des Systems der religiösen Bildung und Wissenschaft in Rußland“, in der gefordert wird, Theologie in die Liste der Wissenschaftsdisziplinen aufzunehmen. Außerdem heißt es darin, es sei erforderlich, einen Dialog mit den Behörden und der Gesellschaft zu führen, um „das in der Sowjetzeit entstandene Monopol der materialistischen Sicht der Welt im russischen Bildungssystem endlich zu beenden“.

Für zehn Mitglieder der russischen Akademie der Wissenschaften, darunter die Nobelpreisträger Schores Alfjorow und Vitali Ginsburg, war dies offensichtlich

der letzte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen gebracht hat. In einem offenen Brief an Präsident Putin warnten sie Ende Juli nachdrücklich vor der Klerikalisierung der Gesellschaft, insbesondere vor Versuchen, an die Stelle der Vermittlung eines wissenschaftlich begründeten materialistischen Weltbildes in den staatlichen Bildungseinrichtungen religiöse Glaubensdogmen zu setzen. Dies stehe eindeutig im Widerspruch zur Verfassung, die den weltlichen Charakter des Staates und das Prinzip der Trennung der Kirche vom staatlichen Bildungssystem festlege. Die Akademiemitglieder warnen entschieden vor den möglichen Folgen einer Einführung des Kurses „Grundlagen der russischen orthodoxen Kultur“ in den Schulen der multinationalen und multireligiösen Russischen Föderation. Sie sprechen von „orthodoxem Chauvinismus“ und davon, daß dies den Zerfall des Landes befördern könne.

Der offene Brief ist auf scharfe Reaktionen des Klerus gestoßen. In Pressekonferenzen und Interviews versuchten die Kirchenoberen die Vorwürfe zurückzuweisen. Radikale religiöse Gruppen stellten sogar Strafanzeige.

Präsident Putin, der Adressat des offenen Briefes, hüllte sich in Schweigen. Dies ist um so gefährlicher, als der orthodoxe Klerus nicht nur seine Glaubensdogmen in die Köpfe der Menschen pflanzen, sondern immer größeren Einfluß auf die politische Zukunft Rußlands nehmen will. Und dabei bedeutet für ihn „Zukunft“ in Wirklichkeit ein Zurückzerren in finstere Vergangenheit. Deutlich wird dies in der Verklärung der zaristischen Selbstherrschaft, vor allem des letzten Zaren.

Nikolai II. wurde am 17. Juli 1918 von Revolutionären in Jekaterinburg erschossen. Er hatte den Tod mehr als verdient. Auf sein Konto geht die Mitverantwortung für zwei imperialistische Kriege, den russisch-japanischen Krieg von 1904 bis

1905 und den ersten Weltkrieg, in denen Millionen Menschen den Tod fanden. An seinen Händen klebt das Blut der Petersburger Arbeiter, die am 9. Januar 1905 mit Zarenbildern und Kirchenfahnen vor den Winterpalast gezogen waren, um für die Verbesserung ihrer unerträglichen Lage zu bitten. Der Zar ließ sie zusammenschießen. Über 1000 Teilnehmer wurden damals ermordet und mehr als 2000 verwundet. 1912, bei einem Streik auf den Goldfeldern an der Lena, wurden auf Befehl von Nikolai II. mehr als 500 Arbeiter erschossen oder verletzt. Tausende Revolutionäre wurden vom Zarenregime ermordet, in die Zuchthäuser geworfen oder nach Sibirien verbannt, wo viele den Tod fanden.

Nach dem Sieg der Konterrevolution ließ Jelzin 1998 die Überreste des „blutigen Nikolai“ in einem Staatsakt in der Grabeskirche der Romanows in Petersburg beisetzen. Die orthodoxe Kirche legte nach und sprach den Zaren als „Märtyrer des Kampfes gegen den Kommunismus“ heilig. An den Stätten, wo der Zar erschossen wurde oder seine Überreste und die seiner Angehörigen gefunden worden sein sollen, wurden ihnen zu Ehren eine Kathedrale, Kirchen und ein Kloster mit sieben Kirchen für den Zaren und jedes seiner Familienmitglieder errichtet. In die Seitenwand der Kathedrale sind sieben Gedenktafeln eingelassen. Sie erinnern an Nikolai II., seine Frau und die fünf Kinder. Für die Bediensteten, die mit ihnen starben, „ist dagegen kein Platz im Himmel der orthodoxen Kirche“ – wie die Internetzeitung „Rußland aktuell“ zutreffend bemerkt.

Zu den Stätten des „Heiligen Nikolai II.“ werden von den Popen Pilgerfahrten aus ganz Rußland organisiert. In diesem Jahr sollen sich am Todestag des Zaren mehr als 10 000 Pilger in den Prozessionszug eingereiht haben, der von der „Blutkirche“ in Jekaterinburg bis ins 25 Kilometer entfernte „Kloster der heiligen Zarenfamilie“ führte.

Wenn es darum geht, die Schäfchen an die Gedenkstätten für den Zarismus zu bringen, scheuen die Popen vor keinem Hokuspokus zurück. So wird die Mär verbreitet, daß es im Kloster bereits zu einer wundersamen Erscheinung gekommen sei. Ein schwerhöriger Junge habe sich eine Zarenikone gekauft, sie ans Ohr gelegt und dafür gebetet, daß er wieder hören möge. Am nächsten Tag habe er dann tatsächlich hören können. Viele sollen inzwischen an die Wunderkraft des Zaren glauben. Und so ganz nebenbei rascheln die Rubelscheine für die verkauften Zarenbildchen in der Kasse der russisch-orthodoxen Kirche.

Willi Gerns

Als Kommunist, Interbrigadist,
Auschwitzüberlebender und
Journalist der DDR unvergessen!

**Kurt Julius
Goldstein**

★ 3. November 1914

† 24. September 2007

Unser Autor, ein namhafter Theoretiker der DKP, lebt in Bremen. Er hat sich als Rußlandexperte der UZ publizistisch einen Namen gemacht.

Diether Dehm schrieb den Partisanenroman „Bella Ciao“ An deiner Schulter

Es geht um das Lied der italienischen Partisanen. Und um Krieg und Widerstand. Nicht zuletzt lesen wir eine Liebesgeschichte. Hauptdarsteller: Anna, die Partisanin aus dem einfachen Volk, Renzo Rizzi, der behütete berühmte Liedermacher aus der Bourgeoisie, und Attila, derer beider Jugendfreund, Faschist und im Auftrag der deutschen Besatzer italienischer Regionalchef in Oberitalien. Zeit: der kurze Abschnitt nach dem Sturz Mussolinis, des „Duce“, durch General Badoglio 1943 (auch „Wende von Salerno“ genannt). Danach die Befreiung des faschistischen Führers Mussolini durch ein Sonderkommando der SS und seine Wiedereinsetzung als Herrscher der kleinen, künstlich geschaffenen Republik Salò in Norditalien entlang der Alpen und der dortigen bekannten Seen. Ort des Geschehens: die Berge und Täler rund um den Lago Maggiore. Man geht mit und kann zum besseren Verständnis eine Landkarte neben das Buch legen, um die diversen Auseinandersetzungen und Gefechte mitzuverfolgen. Das Lied „Bella Ciao“ bestimmt den menschlichen Gehalt des Romans. Allerdings nicht in der Version, wie wir es seit Jahrzehnten kennen und singen. Wir lernen die – auf der Linken umstrittene –, aber sehr gut nachvollziehbare Liedadaption von Diether Dehm kennen. Nachvollziehbar, weil im Roman klar wird, daß Partisanen nicht nur Helden – unsere Helden – sind, sondern auch Menschen mit ihrer Liebe, ihren Ängsten, den Sorgen um die eigene Familie. Dabei ist die Geschichte nicht leicht zu lesen. Erforderlich ist mehr als einfaches Grundwissen zum Verlauf des 2. Weltkrieges an seiner südeuropäischen Front, seiner Schlachten („Monte Cassino“) und der bestimmenden Abkommen der Alliierten (Teheran, Jalta). Denn alles hat Einfluß auf die Partisanenkämpfe der kommunistischen roten Garibaldini, der blauen Monarchisten und der grünen Kämpfer der Aktionspartei, einer Mischung aus Anarchisten, Sozialisten und radikalen Liberalen. Es geht um das Zusammenspiel der deutschen Wehrmacht mit italienischen Faschisten, um die Einflußnahme des britischen Geheimdienstes auf die Kämpfe in Norditalien von der Schweiz

aus. Wir bekommen auch einen Begriff davon, wie Mussolinis Anhänger, nunmehr als „Soziale Bewegung“ getarnt, trotz des absehbaren Kriegsendes weiter versuchen, die Bevölkerung des Ossolates von ihrer „Vision“ zu überzeugen: eine soziale und nationale Rechte zu sein und angeblich nur das Wohl der kleinen Leute im Auge zu haben. Bei einer Neuauflage des Buches sollte ein Glossar Begrifflichkeiten erklären, die nicht jedem geläufig sind: Wende von Salerno, Garibaldini, Abkommen von Jalta und Teheran, Goten-Linie, Persönlichkeitsdaten von Mussolini und General Badoglio. Dazu wäre ein grober Kartenausschnitt des betroffenen Gebiets rund um den Lago Maggiore nicht schlecht. Aus dem Epilog: „In Cannobio haben sich Anna und Renzo noch einmal getroffen. Auf einem Fest der ‚L’Unita‘, zufällig. Zuerst schwiegen sie. Dann stand sie auf und setzte sich ihm gegenüber und begann zu summen. Renzos Lied. Dann sah er ihre Tränen auf dem Tisch. Nachdem sie eine Weile so gesessen hatten, begann sie lauter zu summen und trotziger. Und mit ihrer Fingerkuppe vermischte sie ihrer beider Tränen auf dem harten Holz.“ An deiner Schulter, da wird es hell schon, bella ciao, bella ciao, bella ciao, ciao, ciao ...

Für Parteigänger eines kämpferischen Antifaschismus ist Diether Dehms Partisanenroman ein Muß.

Zum Autor: Er ist 57 Jahre, kommt politisch aus dem Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler (AUSS) in Frankfurt am Main. Danach war er langjährig Funktionär der Jungsozialisten, der Sozialistischen Jugend „Die Falken“ und der Frankfurter SPD. Unter seinem Künstlernamen „Lerryn – der Sänger mit den besseren Liedern“ dürfte der Liedermacher der 70er und 80er Jahre (LP Goya) manchem der Älteren noch ein Begriff sein. In Frankfurt am Main etablierte er mit städtischen Mitteln die sommerlichen „Lieder im Park“ als Open-air-Veranstaltung. Danach war er erfolgreicher Textautor und Manager von Klaus Lage („Faust auf Faust“) und BAP, ebenso der Gruppe „bots“ aus der Friedensbewegung und von vielen anderen. Seit frühester Jugend ist Diether Dehm Mitglied der VVN/Bund der Antifaschisten. 2005 zog er als Stamokap-Linker auf der Liste der Linkspartei in den Deutschen Bundestag ein, deren europapolitischer Sprecher er ist.

Rüdiger Deissler, Freiburg

Diether Dehm, Bella Ciao, Das Neue Berlin, 2007, 396 S., 19,90 €, ISBN 978-3-360-01292-0

Herzlich gratulieren Vereinsvorstand und Redaktion treuen und verdienten Genossinnen und Genossen, die in diesem Monat große Jubiläen begehen

Zum **85. Geburtstag** beglückwünschen wir

Rolf Richter (2. November) aus Leipzig,

Paul Pohland (10. November) aus Oelsnitz/Vogtland und

Dorothea Adloff (30. November) aus Teterow.

Zum **75. Geburtstag** gehen liebe Grüße an

Ulrich Schlaag (1. November) aus Belzig,

Martin Küster (4. November) aus Berlin,

Karl-Heinz Ziegenrucker (10. November) aus Erfurt,

Ralf Rüdiger (18. November) aus Berlin,

Edmund Schramm (20. November) aus Neubrandenburg
und unseren Autor

Hans-Joachim Hartlieb (21. November) aus Westerkappeln.

Zum **70.** senden wir gute Wünsche an

Peter Rudolph (15. November) in Linderbach und

Thea Saenger (20. November) in Jördenstorf.

Erst **65** wird

Hans Nollau (17. November) aus Lengfeld/Lippersdorf.

Im Anmarsch an die Veteranen ist

Ulrich Vanek aus Drebber, der am **4. November**
seinen **60. Geburtstag** begeht.

**Der „RotFuchs“ wünscht allen Geburtstagskindern
ein schönes Fest**

Am **15. November um 15.30 Uhr**
findet in **Güstrow**, Bürgerhaus (Saal),
Sonnenplatz 1, eine Veranstaltung
der Regionalgruppe

**Der 90. Jahrestag
der Oktober-
revolution**

statt.

Dr. habil. Hans-Jürgen Audehm,
Schwerin, spricht über die heutige
Bedeutung dieses Ereignisses.

Weltklassesportler Walter Meier resümiert sein Leben im Selbstinterview

Zehnkämpfer, Humorist, Optimist

Derzeit ist das autobiographische Angebot in den Buchhandlungen mehr als üppig. Personen der Zeitgeschichte, Sportler en masse und andere Prominente aus Kultur, Politik und Wirtschaft – nicht wenige davon selbsternannte „Promis“, die zum Zwecke der eigenen Darstellung ihre Vita von anderen aufschreiben ließen – gestatten uns einen Blick in ihr Leben. Von Becker über Beckham, Bohlen, Baumann, Drechsler, Effenberg und Feldbusch bis zu Kohl und Kahn geht die unendliche Autobiographie-Manie, die vor allem Leserinnen anlocken soll. Es menscht um so mehr, wenn der Bekannte auch seine Privatsphäre preisgibt, je deutlicher sich das Idol outet als einer „wie du und ich“. Vorsicht ist geboten bei derlei Selbstpromotion. Vorsicht beim Konsum dieser Art von Selbstvermarktung!

Wenn nun ein hallescher Leistungssportler der 50er (!) Jahre sein (zweites) Buch präsentiert, erwartet wohl jeder ähnliches wie in den dünnleibigen, aber gut bebilderten Bändchen, die (jemand für) Ulrich, Baumann, Feldbusch, Biedenkopf und andere schrieb. Elaborate meist, um Geld zu verdienen. Walter Meier aber motiviert anderes, und es erstaunt auch, daß er weniger sein Sportlerleben beleuchtet, als kritisch Stellung nimmt zu Vergangenenem, zu Gutem und Mißratenem in unserer Welt – sowohl im kleinen Mikrokosmos als auch zu globalen Problemen, letztlich auch zum Sport. Der zu DDR-Zeiten prominente Weltklasse-Zehnkämpfer, Olympia- und Europameisterschaftsteilnehmer, auch verantwortlicher Olympiatrainer des DDR-Leichtathletikverbandes und beim SC Chemie Halle, ist heute noch immer bekannt und beliebt: An seine kritischen literarischen Ergüsse in der Lokalpresse und dem „Eulenspiegel“ jedoch erinnern sich wohl ausschließlich die sportbessenen Zeitgenossen. „Markus Drey“ und „Tom Renner“, so seine Pseudonyme unter den damaligen Glossen zu Sportpersönlichkeiten und -geschehnissen, geißelten kleine und große Hemmnisse in unserer Sportbewegung, und sie sorgten manchmal für nicht geringe Aufregung an höherer Stelle sowie bei verantwortlichen Redakteuren.

Schon im Vorwort des Buches deutet Walter Meier an, daß er, weiter der „notorische Meckerer“, nicht gewillt ist, Duckmäuser und Abnicker zu sein. Zivilcourage war stets das Kennzeichen des prächtigen Athleten. Deshalb kriegen viele aus seinem früheren Umfeld im nachhinein ihr Fett ab. Seinem Charakter entsprechend, macht er sich aber auch über sich selbst lustig, „Saschas“, „Pampes“ (so seine Spitznamen) spontaner, treffender Humor ist seit Jahrzehnten bekannt und funkelt auf fast jeder Seite zwischen den Zeilen. Er war und ist sein Lebenselixier. Hätte er sonst ob manch mißratener Lebens-



Foto: Hellmuth Klimmer

phase jetzt, mit 80 und ohne Augenlicht, noch ein Buch schreiben können?

Für die heutige Sportlergeneration ist sein „Blick zurück ohne Zorn“ auf die Entwicklung des Sportbetriebes, besonders in Sachsen-Anhalt seit 1945 und in der Leichtathletik, mehr als ein sporthistorisches Resümee, das den Leser bestimmt nicht selten zu spontanem Lachen bringt – aber auch nachdenklich macht. Wie er, der Gärtnerlehrling und spätere Sportstudent, seinen ersten Zehnkampf (unabsichtlich) bestritt, daß er als jugendlicher Kriegsgefangener vor Hunger und Einsamkeit traurige Gedichte schrieb, wie er 1952 Ehrenbürger seines Geburtsortes Rogätz wurde, und man für ihn dort schon eine Grabtafel entwarf – das sind Episoden, die den Leser anrühren. Erste Liebe, und die vielen danach – wer könnte sie besser beschreiben als er, den Heinz-Florian Oertel einst als einen der „großen Charmeurs“ des halleschen Sports bezeichnete. Vieles hat er, der „als Sportler um die Welt“ (Titel seines ersten

Buches, 1964) zog, heute noch den Sporttreibenden zu sagen: So zum Merkantilismus im modernen Sport („... der ihn tötet! – Heute starten die Modellathleten einzig und allein noch für Moneten.“), zum Doping. Vieles aber erscheint ihm weit wichtiger: der Weltfrieden, die Unsinnigkeit von Kriegen; Fairneß im Umgang mit anderen Menschen; Fleiß und Moral ...

Als ehemaliger Kollege und Sportpädagoge erscheint mir heute, daß ihn der Sport wahrlich prägte, daß die vielgepriesene Charakterbildung durch Sport wenigstens bei ihm fruchtete.

Ob jeder Leser die Positionen des ewigen Querdenkers Meier, dieses „Spinners“ (Originalton Meier), teilt, darf angezweifelt werden. Wie zu DDR-Zeiten wird's hier und da wohl Protest oder Stirnrunzeln geben. Wäre es sonst ein gutes Buch?

Dem Verlag gilt Dank für die Herausgabe, die vorerst ein Risiko zu sein scheint. Bald aber wird wohl ein Nachdruck nötig werden – dann hoffentlich mit vielen Fotos, nicht nur auf dem Schutzumschlag.

Hellmuth Klimmer

Walter Meier: Interview mit mir selbst. Projekte-Verlag Halle, 2007, 480 Seiten, 24,50 €, ISBN 978-3-86634-276-7



Am 9. Oktober 1967 wurde Ernesto Che Guevara im bolivianischen La Higuera ermordet. Für die einen war er ein „Visionär und Prophet“, der den Mut hatte, sich „für die Utopie einer kommunistischen Gesellschaft“ (ND) einzusetzen; anderen galt er als „Exporteur der Revolution“.

Wir ehren in Che den opferbereiten Kämpfer, Mitstreiter Fidels in der Sierra Maestra und Erbauer des neuen Kuba.

Als Archie im Frühherbst des Jahres 2007 in Albena an der bulgarischen Schwarzmeerküste, Ende der 60er Jahre volksdemokratisch solide gegründet, von einem kleinen Hotelzimmerbalkon mit Meerblick, extra bezahlt, auf einem wackeligen Plastestühlchen saß und auf das unmittelbar vor dem Hotel tosende Wasser und auf den blitzezuckenden und wetterleuchtenden Wolkenhimmel blickte, schweiften seine Gedanken unwillkürlich ab zu seinem ersten Schwarzmeeraufenthalt vor mehr als 40 Jahren in Sotschi in der UdSSR. Albena hatte Archie deshalb gewählt, weil hier die Marktwirtschaft ihre Krallen samt Disco-Getöse für ihn als sanften Touristen noch nicht so spitz ausgefahren hatte. Die Preise zogen zwar auch an, und stellte man sich unbefugt unter einen Sonnenschirm am Strand, kam sofort einer angerannt und wollte unverzüglich Lewa auf die Hand. Als Archie später mit dem wackeligen Plastestühlchen auf dem Balkon unter Blitz und Donner zusammenbrach, konnte er dank seiner Russischkenntnisse der leicht abweisenden Stimme der Rezeptionsdame klarmachen, daß auf Billig-Plaste-Stühlen zusammenbrechende Touristen keinen werbewirksamen Effekt für Hotels hätten. Er bekam ein anderes instabiles Sitzmöbel.

Seine erste Fahrt zum Schwarzen Meer hatte Archie über „Jugendtourist“ unternommen, und zwar als Leiter einer Jugendgruppe, die sich im DDR-Fernsehen um den Aufbau der Sendung „Russisch für Sie“ verdient gemacht hatte. In Sotschi waren sie in einem altertümlichen hölzernen Hotelbau mit dem klingenden Namen „Kaukasische Riviera“, der einem Zaren schon als Unterkunft gedient haben soll, gut untergebracht. Die Jugendgruppe bestand aus solide ausgebildeten jungen Technikern beiderlei Geschlechts, die als erstes den Radioempfang im „Jugendhotel“ verbesserten. Das brachte Laune in den Laden, zumal sie Musikbänder von Tanzorchestern der DDR mithatten, die in der UdSSR beliebt waren.

Aber es gab auch Verdrießliches. Bis zur Hauptstadt ging es per Flugzeug, von Moskau aus mit der Bahn weiter, ein großes Erlebnis. Auf den Bahnsteigen, je mehr man in den Süden kam, standen Männer an den Kiosken herum und tranken Sekt, der unglaublich preiswert war. Wenn

Warum sich einer im bulgarischen Albena an Erlebnisse in Sotschi erinnert Archie am Schwarzen Meer

die jungen deutschen Frauen bei großer Wärme in kurzen Hosen während der oft längeren Aufenthalte Erfrischungen kaufen wollten, wurden sie von den Herren in gestreiften Schlafanzügen gelegentlich wegen ihrer „Unmoral“ beschimpft. Archie mußte da vermittelnd eingreifen, aber er stieß hier auf anders geprägte Verhaltensweisen. Ähnliches erlebte er in den 70er Jahren bei einem Gastspiel des Berliner Ensembles in Tbilissi. Doch davon abgesehen war es die Zeit, zu der man besonders in den südlichen Republiken der UdSSR als Tourist mit Gastfreundschaft schier überschüttet wurde. So war er einmal zusammen mit seiner deutschen Begleiterin in eine höherklassige Gaststätte Suchumis zum Umtrunk eingeladen worden. Sie wurden anschließend trotz Einspruchs von den Gastgebern per Taxi bis zum Hotel gebracht.

Es gibt Leute, die behaupten, als Tourist würde man nicht viel zu sehen bekommen. Archie sagt dann stets: Wer Armut, Arbeitslosigkeit, Asozialität, Kinderarbeit, Prostitution und ähnliches im Ausland nicht sieht, der ist auch im Inland blind. Es hängt also von den einzelnen und ihrem sozialen Status ab, was sie bemerken oder nicht bemerken wollen. Obwohl Archie von Irkutsk über die Baltischen Republiken bis in den Süden der UdSSR in vielen Städten und Dörfern herumgekommen ist, hat er damals die Krebschäden des Kapitals dort nicht beobachten können, auch nicht im letzten Winkel am Baikar, Alkoholmißbrauch gelegentlich schon.

Aber zurück zur ersten Reise ans Schwarze Meer Anfang der 60er Jahre. Archie kam mit seiner Gruppe im Trolleybus von einem Meeting, so nannte man damals Begegnungen mit internationalen Jugendgruppen, zurück. Unterwegs attackierte ihn voller Wut und Zorn ein älterer Mann mit ukrainischem Akzent. Er bezeichnete Archie als Stahlhelmlträger und deutschen Faschisten, riß sich das Hemd auf und zeigte Narben von Kriegsverletzungen. Dem Trolleybusfahrer wurde der Tumult zu viel, er stoppte, kam nach hinten und hielt dem Passagier eine Predigt. Er sagte sinngemäß, es zeuge von schlechten Manieren, einen mitfahrenden Ausländer mit solchen Anschuldigungen zu belästigen. Das störe die öffentliche Ordnung. Außerdem müsse der ausfällig gewordene Mann schwach im Rechnen sein, denn der von ihm Attackierte könne bei Kriegsende höchstens 14 Jahre alt gewesen sein. Archie meldete sich wie in der Schule und sagte: „Erst 11 Jahre, Genosse Busfahrer!“ Der donnerte los, das mache die Sache nur noch schlimmer. Er bedinge sich völlige Ruhe fürs Weiterfahren aus, sonst müsse er die Miliz rufen. Alle waren mucksmäuschenstill. Die Frauen schüttelten

mitleidig den Kopf, als ob Archie immer noch ein Elfjähriger sei.

Als sie den Bus verließen, stieg der ältere Mann stark humpelnd und schwer atmend aus. Er folgte der Gruppe. Es stellte sich heraus, daß er sich entschuldigen wollte. Er sah aus wie kurz vor einem Herzanfall, und die Jugendlichen führten ihn zu einer Bank, saßen und standen um ihn herum. Der alte Ukrainer fing an, die harte Geschichte seines Landes zu erzählen, von der Oktoberrevolution, die den Zarismus ablöste, von den Interventionskriegen gegen den jungen Staat, in denen sein Großvater verwundet wurde. Später arbeitete sein Vater auf den Großbaustellen



Collage:
Karlheinz Effenberger

des sozialistischen Aufbaus als Ingenieur, er selbst kämpfte an der Ukrainischen Front gegen die angreifenden deutschen Faschisten ... Er habe im Bus plötzlich die Vorstellung gehabt, es sei alles umsonst gewesen, die Faschisten säßen wieder unter ihnen. Dann fing der Mann wie ein kleines Kind zu weinen an. Die Mädchen taten es ihm gleich. Man tröstete sich gegenseitig und versicherte einander, daß es nie wieder Krieg geben dürfe.

Zum Schluß wurde ein Gruppenfoto gemacht, auf dem alle ganz glücklich aussehn. Aber so richtig begreifen kann Archie diesen alten ukrainischen Sowjetsoldaten von damals erst heute, in der Neige seiner Jahre.

Das sind Erinnerungen in der Jetztzeit auf einem Balkon am Schwarzen Meer in Bulgarien, kurz vor dem 90. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Manfred Hocke

Besonders herzliche Grüße
gehen an Genossin

Renate Rega

die am **7. November**
in Lauterbach/Rügen
ihren **65. Geburtstag** begeht.

Ihr ständiger Einsatz
für den „RotFuchs“
verdient hohe Anerkennung.

Ein halbes Jahrhundert Ethnograph, Filmer und Reiseschriftsteller

Zum 100. Geburtstag von Erich Wustmann

Vor 100 Jahren, am 9. November 1907, wurde Erich Wustmann als Sohn eines Briefträgers in Dresden-Niedersedlitz geboren. Mit vierzehn Jahren besuchte er die Volkshochschule und trat den „Naturfreunden“ bei. An ein geregeltes Studium war nicht zu denken. Wustmann wurde Schwarzhörer in Germanistik und Ethnologie an verschiedenen Universitäten. Früh betätigte er sich journalistisch und übernahm nebenbei fotografische Arbeiten. Mit knapp zwanzig Jahren schlug er sich mit einem Paddelboot zum Eismeer durch. Die Presse nannte ihn „den letzten Wikinger“. Dazu trieb ihn weniger die Abenteuerlust und mehr die Ausweglosigkeit, es in der Heimat zu etwas zu bringen. In neun Monaten kam er bis Tromsø, weit über dem Polarkreis und legte über 4000 Kilometer zurück. Dabei trieb er durch Nebelbänke und Schneewände, hatte viele Abenteuer und Havarien zu überstehen. Wustmann ging 1933 mit seiner Frau nach Norwegen, lebte unter den Samen.

1934 bekam er zufällig eine Normalfilmkamera in die Hand. Er machte Kultur- und Werbefilme und schrieb sein erstes Buch „Wunder ewigen Eises“. Den Lebensunterhalt verdiente er als Rentierzüchter, Goldwäscher und Pelztierjäger. Er schrieb die Lieder der nomadisierenden Lappen auf. Als 25jähriger wurde er das jüngste Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Polarforschung und als Ethnologe bei den subarktischen Völkerstämmen tätig. Die Wustmanns gingen zeitweilig nach Island, wo er sein Buch „Licht über den Bergen“ verfaßte und ausgedehnte Expeditionen unternahm. Von Island kehrten sie nach Norwegen zurück. Nach der Annexion des Landes durch Hitlerdeutschland suchte das Ehepaar Zuflucht in Schweden, das es nach Deutschland abschoß. Hier sollte Wustmann seine in Skandinavien gedrehten Filme zur Betreuung der Nazitruppen zunächst in Frankreich und dann in besetzten Teilen der Sowjetunion zeigen.

Nach Kriegsende gab er die Polarforschung auf und erhoffte sich, in tropischen Ländern einen neuen Wirkungsbereich zu finden, da er durch Erfrierungen kälteempfindlich geworden war. Reisen führten ihn nun nach

Indien, Ägypten, auf die Kanarischen Inseln und 1955 erstmals nach Südamerika. In fünfundzwanzig Jahren erforschte er Brasilien, Bolivien, Kolumbien, Peru und Ekuador. Wustmann war ein leidenschaftlicher Taucher und unternahm Unterwasserexpeditionen im Roten Meer und in der Karibischen See. Insgesamt 36 Indianerstämme lernte er während seiner Expeditionen kennen. Er lebte unter und mit den Indianern, filmte und fotografierte, berichtete schriftlich über sie. Welcher Ethnograph kann das nachweisen! Er verbrachte sieben Jahre bei den Xingus, Craos, Karajas, Yahuas und Chavante, die er noch von der Zivilisation unberührt antraf. Zwei Jahre hielt er sich in den Urwäldern Brasiliens auf. Wenn er mitunter nach langem Aufenthalt heimkam, galt es, in kurzer Zeit Filme, Tonbänder und Aufzeichnungen auszuwerten, um dann schon wieder die nächste Reise vorzubereiten. In seinem Buch „Indianer, wo bist du?“ bekannte er freimütig: „Die Reisen verschlingen ein Vermögen. Es ist mein sauer verdientes Geld. Ich habe nie mit irgendwelchen Zuschüssen gearbeitet.“ Oft schrieb er unterwegs mehrere Bücher in einem Jahr und hielt zugleich hunderte Dia-Vorträge, um die nötigen Mittel zusammenzubekommen. Die letzte Reise führte ihn 1976 nach Ekuador.

Seine exzellenten Bild-Text-Bände über die Indianerstämme Südamerikas aus dem Neumann-Verlag in Radebeul waren für gerade mal 12 bis 14 Mark der DDR schnell vergriffen, darunter: „Xingu – Paradies ohne Frieden“, „Crao – Indianer der roten Berge“, „Unter Palmen und braunen Menschen in Bahia“, „Indios im Hochland

der Kordilleren“, „Karaja – Indianer vom Rio Araguaya“, „Weiter Weg in Tropenglut. 36 000 Kilometer durch Brasilien“, „Wo das Eis die Grenze schuf“, „1000 Meilen im Rentierschlitten“, „Abschied von den Indianern“ und „Indianer, wo bist du?“

Entscheidend für den Reiseschriftsteller war immer, den Alltag, die Sitten und Bräuche der Indianer zu studieren, verständnisvoll die Kulturen anderer Völker mit denen der Indianer zu vergleichen. Wustmanns Reisebücher in Prosa, die im Mitteldeutschen Verlag Halle erschienen, waren ebenso begehrt, beispielsweise „Taowaki“, „Die junge Sonne Koata“, „Hrenki“, „Wilde Reiter im Sertao“ und „Durch Tundra, Wüste und Dschungel“. Seine rund sechzig Bücher liegen in einer Gesamtauflage von über 3,5 Millionen Exemplaren vor. Sie wurden auch in der Alt-BRD, in Frankreich, Italien, Norwegen, Dänemark und der Sowjetunion herausgebracht. Neben den Schriften ist die 15teilige Fernsehserie über seine Expeditionen und Reisen durch vier Kontinente „Unter Indianern, Lappen und Beduinen“ erwähnenswert. Deren Grundlage bildete sein einmaliges Film- und Tonmaterial aus fünfzig Jahren, das mit einfacher Technik unter schwierigsten Bedingungen entstand. Die Fernsehserie machte deutlich, welch einzigartiges ethnographisches Zeitdokument sie bildet. Mit ihr konnte Wustmann sein sehr reiches und ungewöhnliches Lebenswerk krönen.

Der Völkerkundler und Schriftsteller Erich Wustmann starb 1994 kurz vor seinem 87. Geburtstag in Bad Schandau-Ostrau.

Dieter Fechner



Die Führer der „freien Welt“: zwei schlicht, zwei kraus



Leserbriefe an RotFuchs



Nach mehr als fünfmonatiger Krankheit und Behandlung melde ich mich beim „RotFuchs“ zurück.

Aus meiner Heimat gibt es Erfreuliches zu berichten. Bei den Parlamentswahlen am 16. September erzielte die KP Griechenlands (KKE) ein Ergebnis von 8,2 % der Stimmen. Das brachte einen Zuwachs von 12 Mandaten. Wir haben jetzt 22 Abgeordnete. Die auch im Europaparlament vertretene rechtsopportunistische Synaspismos kam auf 1,5 % Zuwachs (5 % insgesamt) und acht weitere Sitze (insgesamt 14). Auf die konservative Nea Demokratia (wie die CDU/CSU bei uns heißt) entfielen 42 % und 152 Sitze. Die rechtssozialdemokratische PA.SO.K. erhielt 38 % und 102 Mandate. Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Parlaments ist die extrem rechte LA.O.S. (mit der NPD vergleichbar) vertreten (3,9 % / 10 Sitze).

Gestattet mir noch eine persönliche Bemerkung. Mit tiefer Erschütterung habe ich vom Tod meines Genossen, Freundes und Bruders im Geiste Karl Leonhardt erfahren. Meine Familie, ich selbst und alle Genossinnen und Genossen der KKE-Parteioorganisation Thessalonikis fühlen sich mit den Angehörigen des verstorbenen Generals der DDR-Grenztruppen eng verbunden und drücken ihnen unser Beileid aus.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Herzliche Grüße und Dank für Eure unermüdliche, notwendige Arbeit mit dem „RotFuchs“. Uns gibt er Anstöße für das, was wir hier versuchen, um der Verdummung mit einer kleinen Zeitung entgegenzuwirken.

Einer meiner Freunde, Genosse R. G. aus Pirna, möchte gern in den Leserkreis aufgenommen werden.

Madeleine Grotewohl, Börnersdorf

Die politische Situation in der Ukraine ist sehr ähnlich der bei Ihnen in Deutschland, so wie sie im Artikel von Klaus Steiniger „Wer faschisiert die BRD?“ beschrieben wurde. Dieses Material übersetze ich zur Zeit für unsere Genossen.

Ein paar Worte zu Ihrer Zeitschrift „RotFuchs“, die immer mehr auch unseren Interessen und Erfordernissen entspricht. Ich habe mehreren Genossen, die deutsch können, vorgeschlagen, den RF zu bestellen – in Kürze schicke ich Ihnen die Anschriften.

Seid dessen gewiß, daß Millionen Bürger der Ukraine und zwar nicht nur KPU-Mitglieder, sondern auch Parteilose solidarisch an Eurer Seite stehen. Vor allem Teilnehmer am Großen Vaterländischen Krieg, ehemalige KZ-Häftlinge, Menschen, die persönlich die Schrecken der faschistischen Besatzung erlebt haben. Möge die Freundschaft unserer Völker von Tag zu Tag erstarken, ebenso wie die gemeinsame Überzeugung von der Unbesiegbarkeit unserer Ideen!

Oberst a. D. Alexander A. Woizechowski, Kiew

Man kann nur zutiefst dankbar sein, daß uns Heinz Behrendt an das „Spiel des Todes“ in Kiew vor 65 Jahren erinnert. Wie alles scheinbar längst Vergangene hat auch dieser Beitrag seine aktuellen Komponenten – deutsches „Timing“ eben. Neben den zum 3. Oktober präzise platzierten Beiträgen von „BILD“, dem Fernsehfilm „Die Frau vom Checkpoint Charlie“, Anne Wills Talkshow „Unrecht vergeht nicht“ und pünktlich zur Stelle: Petra Paus „unfaßbar!“. Aber damit nicht genug: Die deutsche Frauen-Nationalmannschaft wurde in China Weltmeister; eigentlich ein Grund zur Freude. Aber nein, der „Sieg“ wird auf dem Frankfurter Römerberg in diesen wuchernden, unappetitlichen Chauvinismus

eingebettet, mit Hochrufen, dem Schwenken der schwarz-rot-goldenen Banner, mit Bierflaschen. Etwas Intellektuelles hat dieser Triumph nicht. Der „Event“ ist mit einem Vokabular von fünf bis acht Worten („Sieg“, „großartig“, „Feiern“, „Prinz“ u. ä.) reflektiert. Die Deutschen sind wieder einmal die Größten. Allerdings: Vor 65 Jahren wurde ihnen das in Kiew – und noch dazu von Slawen – gründlich vermasselt.

Walter Ruge, Potsdam

Liebe Genossen! Die Strafanzeige gegen Birthler & Co ist ganz große Klasse! Ich kann die Hetze in den Medien nicht mehr hören und sehen.

Thomas John, Halberstadt

Bei einer ISOR-Versammlung im Frühjahr hörte ich von Euch und bin seitdem ein „RotFuchs“. Ich finde jede Ausgabe der Zeitschrift hochinteressant, informativ und bildend, vor allem auch für jüngere Menschen – nicht nur im eigenen Land, wie man aus den Zuschriften erkennen kann.

Besonders überrascht und zugleich erfreut hat mich bei der Lektüre der Nr. 116 die eingelegte Strafanzeige des Hamburger Anwalts Armin Fiand gegen die Birthler-Behörde wegen Volksverhetzung. Ich finde es wirklich an der Zeit, gegen dieses sogenannte Bundesorgan strafrechtlich vorzugehen.

Siegfried Schlenker, Olbernhau

Mit Interesse habe ich die Strafanzeige des Hamburger Rechtsanwalts Armin Fiand gelesen. Ich möchte gern erfahren, wie die Angelegenheit weitergeht.

Als Jurist vermisste ich ein Datum für die Erstattung dieser Strafanzeige.

Ansonsten finde ich den Inhalt und die behandelten Themen in der Zeitschrift sehr aufschlußreich und informativ. Besonders beeindruckt mich die Vielfalt der kulturellen Fragen gewidmeten Beiträge, vor allem zu Schriftstellern und deren Werken.

Manfred Kohla, Berlin

Für die Veröffentlichung meiner Strafanzeige in einer Beilage zur September-Ausgabe des „RotFuchs“ bedanke ich mich bei den Damen und Herren der Redaktion und des Fördervereins, auch wenn ich weiß, daß ich mit der Anzeige im Ergebnis keinen Erfolg haben werde. Daß sie von möglichst vielen Menschen gelesen wird, ist auch schon eine ganze Menge wert. Die BRD ist nicht das, was sie zu sein vorgibt: ein Rechtsstaat. Das den Verantwortlichen in unserem Staat und der deutschen Justiz immer wieder vor Augen zu führen, ist mein Anliegen. Die mir zugesandten „RotFuchs“-Ausgaben habe ich mit Interesse gelesen. Ich finde, daß die Zeitschrift als Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland auf einem beachtlichen Niveau agiert und argumentiert. Das sage ich „ohne Schmus mit Löckchen“.

RA Armin Fiand, Hamburg

Ein großer Dank für das RF-Extra im September-„RotFuchs“: Die Polemik gegen den Dieterich-„Sozialismus“ von Prof. Dr. Wagner spricht mir aus dem Herzen. Die Kampagne um den sogenannten Sozialismus des 21. Jahrhunderts ist ja umfassend und allzu viele haben sich allzu leicht blenden lassen – so ist jedenfalls mein persönlicher Eindruck.

Unverständlich bleibt dennoch für mich, wie ausgerechnet der Text von Dieterich solch einen Anklang finden konnte, wimmelt doch der „ökonomische“ Teil des Buches von Widersprüchen, die selbst die bürgerliche Ökonomie aufdecken würde, und sein „kybernetischer Sozialismus“ scheint ein (von Dieterich unverstandenes?) Plagiat von Arbeiten des Kybernetikers Stafford Beer aus den 60er und 70er Jahren zu sein; dieser war allerdings weiter als Dieterich. Beim Lesen des Dieterich-Werkes drängte sich – mir jedenfalls – der Eindruck eines Sammelsuriums nicht zu Ende gedachter Ideen auf, unbefleckt von allzu tiefem Wissen. Möglicherweise lag

darin der „Charme“ des Buches – in dem Steinbruch von Ideen, die an den Sturm der Jugend erinnern, als man unbelastet von Erfahrungen und Wissen sich eine neue Welt ersann? Ideen, Dinge zu ändern, ohne sich tiefere Gedanken über die Konsequenzen zu machen. Vielleicht könnte da manch einer ins Schwärmen gekommen sein – bedenklich sind die alten Ideen im neuen Schlauch des 21. Jahrhunderts deswegen um so mehr.

Das Projekt „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ hat, wie Prof. Wagner klar darlegt, mit dem Marxismus nichts zu tun. Es hat in Dieterichscher Ausprägung aber auch kaum etwas mit der Realität zu tun (was Prof. Wagner ebenso ausführte). Fragte man mich – ich bin Dipl.-Volkswirt und Dipl.-Physiker – welches Etikett ich ihm geben würde, wäre meine Antwort: Scharlatanerie.

Wiljo Heinen, Böklund

Was der Autor des Beitrags „Absage an Dieterichs Alchimie“ in der September-Ausgabe als Antithesen zum „Projekt des 21. Jahrhunderts“ formuliert, ist m. E. nichts anderes als eine Wiederholung von Lehrsätzen aus der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA). Die kennen wir. Deren intensives Studium hat uns jedoch das Gegenteil von dem eingebracht, was diese Werke eigentlich bewirken sollten – den Sieg des Sozialismus/Kommunismus im Weltmaßstab.

Es wäre an der Zeit, ein Sozialismusmodell theoretisch zu fixieren, welches die Chance hätte, bei einem zweiten Anlauf länger als nur 70 oder 40 Jahre im Wettstreit mit der weltweiten Kapitalherrschaft zu bestehen.

Ein wenig getrübt hat mich der Artikel „Nachdenken aus heutiger Sicht“ im RF-Extra vom Juli 2007. Meinen Dank an Herrn Rolf Berthold dafür. Diese Ausführungen stellen eine lohnenswerte Diskussionsgrundlage zum Thema „Sozialismus heute, morgen und übermorgen“ dar.

Dr. Günter Fischer, Berlin

Bitte übermittelt Prof. Dr. Ingo Wagner mein herzlichstes Dankeschön. Schon lange habe ich auf diese marxistisch-leninistische Wertung des Buches „Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ von Heinz Dieterich gewartet, da alle bisherigen Artikel darüber für mich nicht tiefgründig genug waren. Mehr Hoffnung schöpfte ich dann mit dem Urteil im Juni-Heft „Über Riesen und Zwerge“ von Klaus Steiniger. Auch ich gehörte zu den Käfern des Buches von H. Dieterich, weil ich nach unserer Niederlage wißbegierig nach Antworten für die Zukunft suchte. Auch ich wurde durch das Vorwort von Manfred Wewerth motiviert und beim weiteren Lesen dann immer mehr irritiert. Ich suchte nach Klarheit und Gewißheit, nutzte Gespräche mit mir bekannten Genossen, las begierig entsprechende Artikel in den verschiedensten Zeitungen und Zeitschriften. Eine Antwort fand ich nicht. Deshalb war ich über den RF-Extra-Beitrag so erfreut, daß ich diesen sofort mit dem Vermerk „Endlich!“ verschah und gleich mehrmals kopierte.

Harald Holtz, Rostock

Ingo Wagner hat im RF 9/2007 eine schon längere Zeit laufende Debatte über das Bild der künftigen sozialistischen Gesellschaft (darin eingeschlossen die Frage nach der historischen Rolle der Warenproduktion) im Zusammenhang mit der Rezension des bekannten Buches von Heinz Hans Dieterich sehr problematisch weitergeführt. Für die vielen Anregungen, die sein Beitrag enthält, soll ihm an dieser Stelle ausdrücklich gedankt werden. Um Mißverständnisse auszuschließen, möchte ich aber ergänzen, daß im Kapitalismus, obwohl – wie Ingo Wagner selbstverständlich richtig schreibt –, der Äquivalententausch zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter beim Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft nur „ein Austausch zum Schein“ ist, gilt, was auf Seite 610 des Ersten Bandes des Kapitals (MEW, Bd. 23) steht: „So sehr die kapitalistische Aneignungsweise also den

ursprünglichen Gesetzen der Warenproduktion ins Gesicht zu schlagen scheint, so entspringt sie doch keineswegs aus der Verletzung, sondern im Gegenteil aus der Anwendung dieser Gesetze.“ Dies gilt ganz speziell auch für den Wert der Ware Arbeitskraft – damit für die theoretische Behandlung des Mehrwerts.

Herbert Münchow, Leipzig

Mit Interesse und noch größerer Verwunderung habe ich den Beitrag „Das russische Wunder“ gelesen. Ich habe in den 60er Jahren die Militärtechnische Akademie absolviert und in den 70er Jahren auch in Moskau promoviert. In den 90er Jahren bis 2000 habe ich mit Tschetschenen und Russen eine Fleischfabrik als Joint-venture zum Laufen gebracht.

Ich bin mit Ihnen darin einer Meinung: Es ist gut, daß Rußland durch die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und die günstige Preisentwicklung von Öl und Gas sowie den Verkauf anderer Rohstoffe wieder handlungsfähig wurde und endlich die imperialistischen USA ernst zu nehmende Gegenpole erhielten. Sonst sehe ich die Problematik doch etwas anders. Rußland ist ein reiches Land gewesen, und die Bürger waren bereit, alles für den Aufbau des Sozialismus zu geben. Aber Ende der 80er Jahre war die Sowjetunion wirtschaftlich in einer katastrophalen Lage. Dank auch solcher Führer wie Breschnew, Gorbatschow, Jelzin. Gewisse Leute haben schon früher lieber mit der BRD gemeuschelt und uns als Bruderstaat hintergangen.

Die politische Nomenklatura hat an der Ausplünderung Rußlands kräftig mitgewirkt. Ich habe ehemaligen Funktionären gegenübergesessen, und mir wurde übel von soviel Charakterlosigkeit. Daß ihre Kinder sofort in die USA geschickt wurden, ist noch das Geringste. Aber daß sie das Leben von Superreichen führen und ihre darbenenden ehemaligen Genossen noch schröpfen, ist einfach widerlich.

Auch ich hatte große Hoffnungen auf Putin gesetzt. Aber man sollte ihn erst dann als den Retter Rußlands feiern, wenn er die Frage stellen würde, woher die Superreichen ihre Millionen und Milliarden haben und wohin das Geld geflossen ist. Wenn ein ehemaliger Kommunist und KGB-Offizier mit den Popen die Feiertage begeht und sich ständig bekreuzigt, so zeugt dies anschaulich, wie verkommen die Gesellschaft ist.

Auch der Kreml Putins ist korrupt, selbst wenn man außenpolitisch Rußlands Rolle in der Welt wieder stärkt.

Dr.-Ing. Benno Zielesinski, Leipzig

Der RF ist für mich völlig neu. Aber die September-Ausgabe hat mich sofort fasziniert, als ich „Das russische Wunder“ las. Und was mich am meisten freute, ist die Überzeugung des Autors – und darin stimme ich ihm zu –, daß Rußland mit seinen liebenswerten Menschen die Talsohle der Erniedrigung seitens anderer Mächte durchschritten hat. Ich glaube, daß sich die Welt in Zukunft noch über Rußland wundern wird.

Ich habe meiner Enkelin bei ihrer Entscheidung für eine zweite Fremdsprache zu Russisch geraten. Sie hat das beherzigt. Als unsere Kinder erwachsen waren und mein Mann noch lebte, verbrachten wir beide jedes Jahr unseren Urlaub in der Sowjetunion, vor allem in Mittelasien und Sibirien. Die Erinnerungen an das Land und seine Menschen sind tief in meinem Herzen.

Gisela Burkamp, Premnitz

Der Leitartikel im September-Heft hebt die positive Entwicklung Rußlands hervor, insbesondere vor dem Hintergrund, Gegengewicht zu den USA zu sein. Die dabei leider ignorierte Frage ist aber: Was für ein Gegengewicht wächst da heran? Das heutige Rußland ist ein Staat, der sich in vielem nicht grundlegend positiv von den USA abhebt: Es ist ein kapitalistischer Staat mit einer extrem geöffneten Schere zwischen Arm und Reich, einem miserablen Sozialsystem,

aber einer steigenden Anzahl von Milliarden. Die Putin-treuen Kreml-Parteien fördern einen bedenklichen russischen Nationalismus, der den Nährboden für eine wachsende und immer militanter agierende Neonaziszene darstellt.

Daß Washingtons unilaterale Politik eines starken Widerparts bedarf, steht außer Frage. Ein geschätzter Gegenspieler zu den USA sollte aber ein paar Grundvoraussetzungen eines humanen (sozialistischen) Staates erfüllen. Putins Rußland tut dies nicht.

Erik Peter, Berlin

Der Faschismus kommt auf leisen Sohlen aus den Konzernzentralen, stellte ein ehemaliges Mitglied des IG-Metall-Vorstandes einmal fest, und „der Königsweg der Faschisierung führt durch die Institutionen“, heißt es im RF 115 unter Benennung von Roß und Reiter. Große Polizeieinheiten werden systematisch daran gewöhnt, Naziansammlungen zu schützen, staatliche Institutionen beschönigen rechte Gewalt (Milbradt ermittelt 24 Stunden nach Mügeln „in alle Richtungen“). „No-go-areas“ – Bezirke, in die sich Ausländer, besonders Farbige, nicht begeben sollten – sind Realität in Ost und West. De facto mit staatlicher Unterstützung, weil die braunen Akteure nahezu unbehelligt bleiben. Von der notwendigen Zivilcourage reden insbesondere diejenigen gerne, die Personenschutz genießen. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen, das gesellschaftlich geächtet und strafrechtlich verfolgt gehört! Verbotsdruck und Verbot sind geeignete Mittel, der Ausbreitung des Faschismus im gesellschaftlichen Alltag entgegenzuwirken. Ein NPD-Verbot wäre ein wichtiger Anfang.

Dr. Walter Lambrecht, Gelbensande

Auf dem Gebiet der DDR waren Tausende Agenten westlicher Geheimdienste – darunter des BND, des MAD und des CIA – eingesetzt. Diese erhalten jetzt eine „Opferpension“, sofern sie von den DDR-Sicherheitsorganen entdeckt, festgenommen und gerichtlich wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit zu einer mehr als halbjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurden. Das war in aller Regel der Fall.

In den Genuß dieser „Opferpension“ kommen auch alle früheren DDR-Bürger, die wegen Republikflucht, staatsfeindlicher Hetze und Menschenhandels verurteilt wurden. In Sachsen-Anhalt sind das rund 6000 Personen. Diese vergingen sich gegen das sozialistische System. Jetzt werden sie als „Widerstandskämpfer“ honoriert. Übrigens waren darunter auch etliche „Braune“.

Udo Hammelsbeck, Drübeck

Im Spanienbeitrag der RF-Oktober-Ausgabe wird Hans Beimler als Mitglied des Politbüros der KPD bezeichnet. Das trifft allerdings nicht zu: Beimler gehörte weder dem ZK noch dem Politbüro an, sondern übte KPD-Führungsfunktionen in Bayern aus und war seit 1932 Abgeordneter des Deutschen Reichstags.

Dr. Peter Fisch, Dresden

Anläßlich seines 70. Geburtstages gab der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) dem Springerblatt „Berliner Morgenpost“ ein bemerkenswertes Interview. 35 Jahre seines beruflichen Lebens verbrachte er bei der Bundeswehr, ehe er sich in der Berliner und brandenburgischen Politik versuchte. Aber Schönbohm legt Wert darauf, auch weiterhin als Militär zu gelten. „Ich werde in Uniform beigesetzt“, erklärte er der Zeitung.

Deren letzte Frage lautete: „Sehen Sie sich eher als General oder als Politiker?“ Schönbohms Antwort: „Als General wußte ich, wo der Feind steht. In der Politik ist man immer überrascht, wo er herkommt.“ Ergo: Schönbohm hatte ein unverrückbares Feindbild als einer der führenden Militärs der Bundesrepublik (alt) und er hat es unverändert als Politiker der Bundesrepublik (neu).

Schönbohms Feindbild-Eingeständnis nach so vielen Jahren der verlogenen Behauptung,

nur in der DDR und deren Volksarmee habe es Feindbilder gegeben, macht stutzig.

Oberst a. D. Dr. Dieter Langer, Königs Wusterhausen

Bereits am 9. September erfuhr man aus dem Rundfunk, daß ein Berlin-Institut seine angeblich wissenschaftlichen Mitarbeiter in einem Gutachten empfohlen ließ, demnächst sollte in dünn besiedelten Regionen Brandenburgs wie der Uckermark ein „Verabschiedungsgeld“ eingeführt werden. Schließlich seien ja ganze Landstriche in Brandenburg schon fast menschenleer. Auf diese Weise könnten nach Ansicht der „Experten“ die vorhandenen Mittel in die Infrastruktur dichter besiedelter Gegenden gesteckt werden – zum Beispiel in den Speckgürtel um Berlin. Große Teile des Landes sollten in ein „Naturerlebnisgebiet Wildnis“ umgewandelt werden.

Zielt dieses „Gutachten“ nicht auf die Begünstigung einer Lobby, welche dann die leergeräumten Regionen leichter zum Anbau von Pflanzen für Biokraftstoff profitabel nutzen könnte? Oder vielleicht verbinden die Ratgeber damit auch die Erwartung, das Protestpotential im Osten vorbeugend ausbürgern zu können?

Übrigens war es Herr Platzacks Brandenburger Landesregierung, die das Gutachten in Auftrag gegeben hat.

Horst Geßler, Randowtal

Der Berliner CDU-Politiker Friedhelm Pflüger kritisierte in einem Gespräch mit dpa, daß eine „schleichende Verharmlosung der SED-Diktatur und der Verbrechen von SED- und Stasi“ im Gange sei. Er verkündete, daß „die zweite deutsche Diktatur zu wenig aufgearbeitet“ werde, „insbesondere im Schulunterricht“.

Zur Kenntnis für den unwissenden Herrn Pflüger: An der sogenannten Aufarbeitung der DDR-Geschichte beteiligten sich über 1200 Forschungsprojekte, etwa 250 Archive und Bibliotheken, rund 50 Institutionen der „politischen Bildung“, 65 Museen und „Gedenkstätten“ sowie 20 Fachzeitschriften. In dieser Aufzählung sind Fernsehdokumentationen, Filme, Verlage, einschlägige Schulbücher und die inzwischen allseits bekannte Behörde der einstigen Katechetin und Gemeindegewerter Birthler (BSTV) nicht enthalten. So wird in deren 7. Tätigkeitsbericht festgestellt, daß die dort vorhandenen Unterlagen „auch für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr genutzt wurden und werden“. Allein bis Juni 2005 gingen bei der BSTV insgesamt 216 080 Anträge zur Unterstützung der Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden ein. Darunter befand sich eine Vielzahl von Anträgen, die vor allem auf „die Gewinnung von Ermittlungsansätzen zu Straftaten ehemaliger Angehöriger des MfS“ gerichtet waren.

Übrigens: Altbundeskanzler Konrad Adenauer forderte schon Anfang der 50er Jahre, „mit der Nazirecherchei Schluß zu machen, weil mit dem Nürnberger Prozeß und dem Wilhelmstraßen-Prozeß die Nazizeit bewältigt“ sei. Herr Pflüger und seinesgleichen sollten sich also fragen, was sie wann tun wollen, um die Defizite der alten BRD im Hinblick auf die Aufarbeitung des nazistischen Terror- und Verbrechersystems zu beheben.

Prof. Dr. Manfred Naundorf, Rangsdorf

Am 21. September wollte Generaloberst a. D. Werner Großmann sein Buch „Bonn im Blick“ beim Lichtenberger Stadtfest in einer Buchhandlung am Anton-Saefkow-Platz signieren. Bereits am Vorabend wurde in der Abendschau des RBB von CDU-Leuten eine widerliche und haßerfüllte Hetze gegen Genossen Großmann und den Buchhändler losgetreten. Am 21. rief ich beim Buchhändler mit der Bitte an, mir ein signiertes Exemplar zurückzulegen. Er sah sich zu der Antwort gezwungen: „Herr Großmann hat abgesagt.“ Nichtsdestotrotz bekamen wir das Buch mit seinem Namenszug.

Gerda Greifzu, Berlin

In unserem „Vogtland-Anzeiger“ hat der Schriftsteller Lutz Rathenow unlängst behauptet, wir Grenzer hätten seinerzeit in „eintrainierter Tötungsbereitschaft“ gehandelt. Ich habe mich an die Zeitung und an Herrn Rathenow gewandt, um gegen seine infame Äußerung zu protestieren. Auch hier liegt m. E. ein Fall von Volksverhetzung vor. Wie andere Grenzzoffiziere verlange ich die Unterlassung solcher Äußerungen.

Manfred Georg Merlach, Mylau/Vogtland

Der Kreisverband Kaufbeuren-Ostallgäu der Partei „Die Linke“ hat, wie die „Augsburger Allgemeine“ berichtete, unlängst der „schönen Fürther CSU-Landrätin“ Gabriele Pauli für alle Fälle eine politische Heimat angeboten. Was ist das für eine „Linke“, die sich für abgehalfterte oder gescheiterte Politiker der Rechten nicht einmal zu schade ist! Im System dabeizusein, gilt ihr wohl als höchster Wert.

Hansjörg Schupp, Appetshofen

Ich möchte den Verantwortlichen unserer „Sammlungsbewegung“ empfehlen, darüber nachzudenken, daß für den „RotFuchs“ mit einem erkennbaren Trend zum „akademischen Fernstudienmaterial“ die Gefahr besteht, seiner Orientierung auf einen vielschichtigen Leserkreis ungewollt entgegenzuwirken. Damit möchte ich keinen Zweifel an der guten Absicht und der aner kennenswerten Arbeit der Genannten aufkommen lassen. Um mit gegenseitiger Achtung und Respekt sowie auf gleicher Augenhöhe den begonnenen schwierigen Neuanfang unseres Kampfes langfristig erfolgreich fortsetzen zu können, muß man Herz und Hirn eines jeden gewinnen. Deshalb laßt uns Fehler der Vergangenheit keinen neuen Raum bieten. Kommt es nicht in Veranstaltungen vor, daß sich Erkenntnis suchende zurücknehmen oder erst gar nicht ums Wort bitten? Zum einen wegen der zu knapp eingeräumten Zeit für wirklich freien und auch kontroversen Gedankenaustausch. Andererseits ist gestandenen Wissenschaftlern oder erprobten Funktionären anzuraten, sich nicht dazu verleiten zu lassen, den Beiträgen weniger befähigter Diskussionsredner sofort Wertungen folgen zu lassen. Es geht doch um einen für alle und durch alle fruchtbaren Gedankenaustausch.

Übrigens halte ich die schon mehrfach genutzten Erfahrungen der russischen Revolutionäre zu Aufbau und Gestaltung der „Iskra“ gerade derzeit für besonders wertvoll. Hervorheben möchte ich nur die Organisation eines Netzes von Vertrauensleuten im ganzen Land. Korrespondiert das nicht mit unserem erfolgreichen Arbeitsstil der Selbstständigkeit und verantwortungsbewußten Einbeziehung unserer Mitstreiter? Am Schluß noch ein Wort zu mir selbst. Ich habe ein fünfeinhalbjähriges Studium der Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität sowie am Potsdamer Institut für Militärgeschichte 1987 erfolgreich abgeschlossen. Als Fachlehrer für Geschichte bin ich an der Offiziershochschule der Volksmarine „Karl Liebknecht“ tätig gewesen.

Joachim König, Dresden

Bezeichnenderweise zu vorgerückter Abendstunde wurde in der ARD-Sendung „Kontraste“ am 28. August darüber berichtet, daß in Büchel bei Cochem noch immer rund 20 Atomwaffen der USA-Streitkräfte lagern, von denen jede die Vernichtungswirkung der Hiroshima-Nagasaki-Bomben bei weitem übertreffen würde. Sie befinden sich im Standort des Jagdbombergeschwaders 33 der Bundesluftwaffe und werden von dessen Angehörigen bewacht. Frau Merkel befürwortete das Vorhandensein dieser Massenvernichtungswaffen in Deutschland, obwohl ihr zweifellos die hiervon ausgehenden Gefahren bekannt sind, hat sie doch in der von ihr so arg geschmähten DDR als Physikerin promovieren „müssen“. Mit ihrem Einverständnis zur Lagerung dieser Waffen auf deutschem Boden

sucht sie ihre uneingeschränkte Zustimmung zu Bushs Kriegspolitik auszudrücken. Unver gessen bleibt, daß sie 2003 in die USA reiste und dort verkündete, daß sie mit Schröders Entscheidung, nicht am Überfall auf Irak teilzunehmen, keineswegs einverstanden sei.

In der oben erwähnten Sendung wurde ausdrücklich betont, daß die CDU/CSU die einzige Bundestagspartei ist, die für die Beibehaltung dieses gefährlichen Relikts des „kalten Krieges“ eintritt.

Leider ist im noch gültigen überarbeiteten Chemnitz Programm der Linkspartei/PDS keine Forderung nach Abzug dieser verheerenden Waffen vom deutschen und europäischen Territorium enthalten.

Heinz Behrendt, Plauen/Vogtland

Mit dem hervorragenden Beitrag Rolf Bertholds über Theorie und Praxis der Politik der KP Chinas wird nicht nur der Ignoranz der „modernen Sozialisten“ wirksam entgegengetreten. Er zeigt auch, daß die Auffassung vom Dogmatismus der sowjetischen Parteiführung und deren Unfähigkeit zu jeglicher Reform der sozialistischen Gesellschaft diskutierfähig geworden ist.

Die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung verzeichnet harte Kämpfe und schwere Opfer, aber auch großartige Erfolge und Siege. Die Erinnerung daran gibt uns Kraft.

Die Sowjetunion und mit ihr die sozialistische Staatengemeinschaft waren aufgrund ihres ökonomischen Potentials und ihres politisch-moralischen Einflusses eine Weltmacht. Ihre militärische Stärke hat sie, auch bei nicht zu übersehenden wirtschaftlichen Problemen, unantastbar gemacht (wie das selbst für das heutige Rußland nach wie vor gilt). Das heißt, die Existenzfrage hat aus diesen Gründen für die sozialistische Gemeinschaft nie gestanden. Deren Potential wurde allerdings aufgrund des von der Sowjetunion ausgehenden Dogmatismus und der absoluten Reformfeindlichkeit ihrer Führung nicht im möglichen Maße genutzt und entwickelt. Das Ausmaß der Erstarrung muß uns bei der Wahrnehmung der unglaublichen Dynamik und des Ausmaßes an sozialistischer Lebenskraft, das die Volksrepublik China demonstriert, bewußt werden.

Reiner Hofmann, Panketal

Ich bedanke mich für die laufende Zusendung des RF, den ich immer sehnsüchtig erwarte. Jedes Mal finde ich in den Artikeln meine eigenen Gedankengänge bestätigt. Ich bezeichne mich als überzeugten Marxisten, obwohl ich nicht in der SED war, weil mir die Parteidisziplin nicht behagte. Ich habe aber meine jungen Kollegen ständig über den Kapitalismus aufzuklären versucht. 1989 sagte ich ihnen voraus, was ihnen blühen werde. Heute gebe ich die „RotFuchse“ nach dem Durcharbeiten an ebensolche jungen Leute weiter, und ich glaube, daß dies nicht ganz ohne Erfolg sein wird.

Gerhard Bräunlich, Jena

Wenn wieder einmal unsere Kanzlerin Angie durch die Welt düst, dann kann sich die jeweilige Regierung, die sie mit ihrem Besuch beehrt, auf hochmütige Belehrungen in puncto Menschenrechte, Demokratie und Freiheit gefaßt machen. Wie eine Rachegöttin überzieht diese Frau, sich in der Illusion einer weltweiten Führungsrolle wählend, ihre Gesprächspartner mit völlig unangebrachten Vorhaltungen. Ihr Idol ist dabei Dabbelju Bush. Ob ihre Allüren und Eskapaden wirklich ernst genommen werden, steht auf einem anderen Blatt, besonders wenn es sich um einen Staat wie die VR China handelt, deren Führer es nicht nötig haben, sich von dieser Frau Ratschläge erteilen zu lassen.

Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln

Das im RF aufgegriffene Thema „Privatisierung des Durstes“ wird auch in einem spannenden Krimi behandelt: „Fremde Wasser“ von Wolfgang Schorlau. Da ist sehr einleuchtend gezeigt, wie „Heuschrecken“ mit dem Grundlebensmittel Wasser umgehen: durch Lobbyarbeit und

Korruption privatisieren lassen, Investitionen stoppen, Preise erhöhen, Anlagen der Verrottung anheim geben. Auf diese Weise können ca. 15 Jahre lang traumhafte Profitraten erzielt werden. Wenn die Versorgung zusammenbricht, wird der Staat wohl wieder gefragt sein. Er muß dann die Anlagen vermutlich zurückkaufen und sanieren. Den Preis zahlt (zum zweiten Mal!) der Verbraucher.

Hier wird deutlich, wieso Lenin den Imperialismus als „parasitären, sterbenden Kapitalismus“ bezeichnete. Als diese Gesellschaftsordnung noch „in voller Blüte stand“, machten die Kapitaleigner ihren Profit damit, daß sie die Produktivkräfte entwickelten. Heute dagegen macht der Kapitalismus damit Profit, daß er Produktivkräfte zerstört. Damit zeigt er seine historische Überlebensfähigkeit.

Fritz Dittmar, Hamburg

Lieber Dr. Udo Stegemann, Ihr Artikel war Klasse! Diesen fundierten Beitrag sollten jene ehemals Verantwortlichen lesen, die sich unter Hinweis auf „die Konterrevolution“ einfach aus der Affäre ziehen wollen. Dabei ist unbestritten: Elemente einer Konterrevolution waren dabei. Aber der „Vorgang“ war komplexer. Auch eine Annexion (sprachlich gesehen) ist es nicht gewesen, wohl eher ein scheindemokratischer Anschluß.

Eine große Rolle hat zweifellos die kleinbürgerliche Ideologie gespielt. Honecker förderte sie – vielleicht sogar unbewußt – mit dem ständigen Japsen nach mehr Weststandard. Die grandiosen Wertvorstellungen des Sozialismus wurden immer mehr verdrängt. Ohne Honeckers Verdienste schmälern zu wollen: In seinem Herzen war bei aller klassenkämpferischen Pose ein Rest kleinbürgerlichen Verhaltens. E. H. war großartig und mutig, als er „das atomare Teufelszeug“, das in der DDR stationiert wurde, verwünschte. Er kannte die Gefahren des Ernstfalls und auch jene im Vorfeld. Doch seine Äußerung „Die Mauer kann noch 100 Jahre stehenbleiben“ war unrealistisch, da zu diesem Zeitpunkt keine Hoffnung mehr bestand. Der Flüchtlingsstrom wurde größer – danach. Ab 1987 war es geboten, die Grenze in kontrollierter Weise durchlässiger zu machen. Die Zeit begünstigte das nach dem erfolgreichen Staatsbesuch 1987 in Bonn.

Artur K. Führer, Bottrop

Seit fünf Monaten bin ich Leser des RF. Jedes Mal erwarte ich mit Ungeduld die nächste Ausgabe, gibt mir doch die Zeitschrift den notwendigen ideologischen Rückhalt und zeigt sie mir, daß ich mit meinen politischen Ansichten nicht allein dastehe. Als Sprecher eines Ortsverbandes der Partei „Die Linke“ in Bayern und ehemaliger DDR-Bürger erlebe ich wie meine Genossen, daß wir täglich von den bürgerlichen Demagogen angegriffen, verunglimpft und beschimpft werden.

Unverkennbar ist die Linkspartei derzeit einer Belastungsprobe ohnegleichen ausgesetzt. Denn die Angriffe kommen auch von Leuten wie André Brie und Petra Pau, die nicht darauf verzichtete, sich wiederholt für die „Greuel des SED-Regimes“ zu entschuldigen.

Es gibt also auch bei uns jene, welche weder Marx noch Lenin in ihrem Programm haben wollen. Große Hochachtung kann ich da nur unserer Sahara Wagenknecht zollen.

Andererseits bietet „Die Linke“ derzeit die Möglichkeit, progressive Politik zu machen und die Menschen aufzurütteln. Meine Genossen sind inzwischen alle RF-Leser geworden, weil sie der Meinung sind, daß wir aus den Fehlern vor 1989 gelernt haben und in unserer Arbeit einen politischen Leitfadern brauchen, den uns die Linkspartei bis heute nicht bieten kann.

Wenn alle, die den marxistischen Ideen in diesem Land treu geblieben sind, fest zusammenstehen und jeder an seinem Platz diese Gedanken weiterträgt, werden es unsere Enkel eines Tages erleben, daß das Kapital ausgespielt hat.

Hans-Peter Ackermann, Oberviechtach



Tausch der Ideale

Grafik: Klaus Parche

Dr. Siegmund Jähn beim RF zu Gast!

Am **9. November**
um **16.30 Uhr** spricht der
DDR-Fliegerkosmonaut und
Generalmajor a. D. im Saal 1
des ND-Gebäudes am
Franz-Mehring-Platz 1
auf einer Veranstaltung der
Regionalgruppe Berlin.

Sein Thema:

Deutsche Beiträge zur bemannten Raumfahrt

**Anlaß ist der 50. Jahrestag
des ersten Sputnikstarts**

Am **10. November**
um **10.00 Uhr** findet in
Leipzig, Str. des 18. Oktober,
Wohngebietstreff, Saal, eine
gemeinsame Veranstaltung linker
Organisationen

Der 90. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

statt.

Es spricht

Prof. Dr. Götz Dieckmann
stellvertretender Vorsitzender des
RF-Fördervereins.

Am **24. November** um **10 Uhr**
ist **Dr. Klaus Steiniger**
bei den

Dresdener „RotFüchsen“
in der Drogenmühle
Heidenau zu Gast.
Das Thema des
RF-Chefredakteurs:

Neues in der revolutionären Weltbewegung

Gäste sind herzlich willkommen.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“
ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik
und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schanser

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnick
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Matho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Karl Schlimme
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
Heinrich Ruynat

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe

(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.